

Stichwort
Stichwort
Stichwort
Stichwort
Stichwort

BAYER in Spanien S. 10
BAYER gegen Blüm? S. 12 ff.
BAYER in Lateinamerika S. 16 ff.
BAYER-Pestizide S. 15 ff.
BAYER-Kollegin im Landtag S. 28 ff.

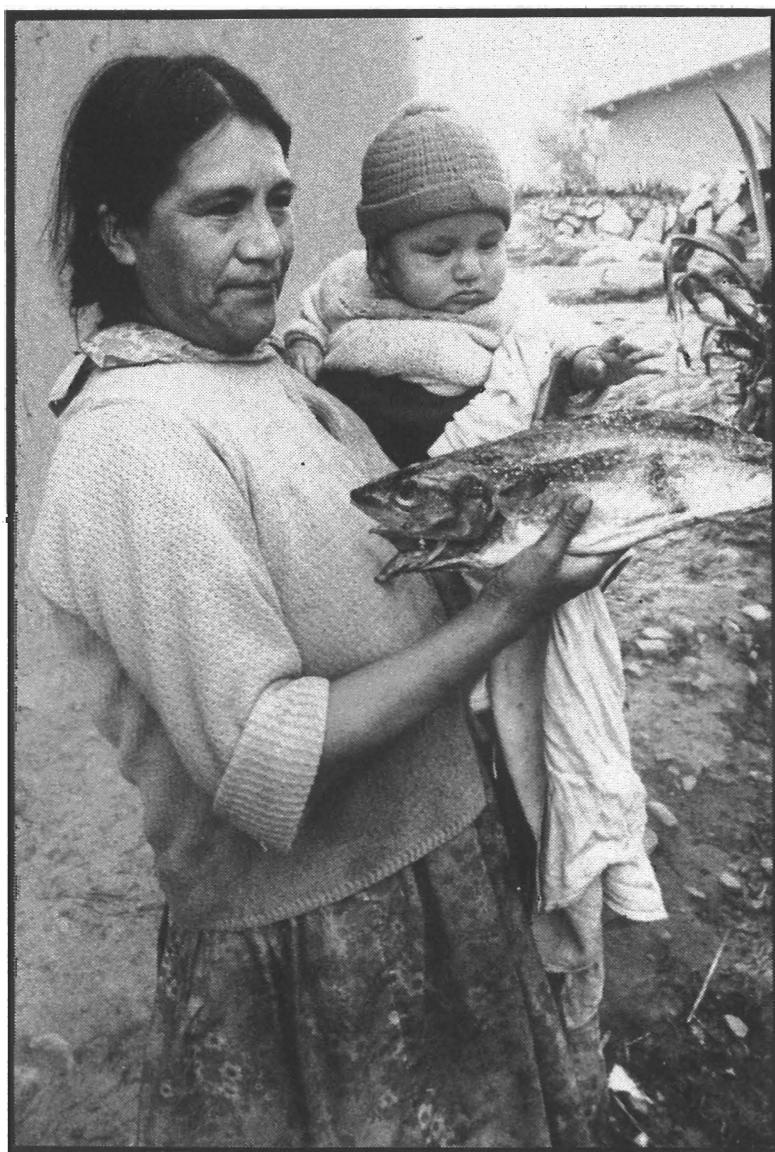


Foto: dpa

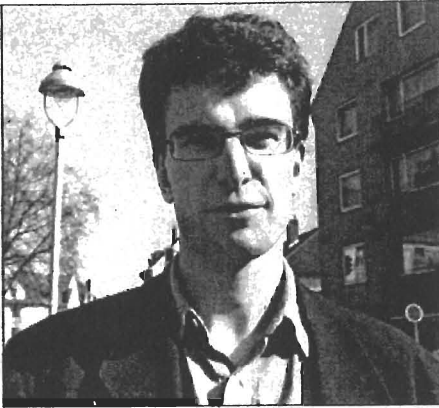
8. Jg. November/Dezember 1990

Nr. 5/6 *

STICHWORT

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern.

* siehe S. 3



Hubert Ostendorf, Redakteur von 'Stichwort'

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer hätte das gedacht: Die Mitglieder der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' sind vermißt worden beim ersten bundesweiten Tag der offenen Tür.

Kinder unter 14 Jahren mußten draußen bleiben. Während sie mit reichlich Spielgerät beschäftigt wurden, suchten die Eltern das, was BAYER im Schulterschuß mit der gesamten Branche in ganzseitigen Anzeigen auflagenstark 'Chemie im Dialog' getauft hatte.

'Kompetenz und Verantwortung', so der aktuelle Werbeslogan, zu demonstrieren, sei der durch öffentliche Kritik arg gebeutelte Konzern angetreten, hieß es. Die gleich massenhaft angereisten BesucherInnen hätten sich selbst von dem, was in einem Werk passiert, überzeugen können. Kritische Fragen zum Thema Umweltschutz seien stets von wahrheitsbeflissenen 'Experten' beantwortet worden.

Drei Lehrstücke in Sachen 'Dialogbereitschaft'.

26. Februar 1990, 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' Seite 10. Werbung des 'Verbandes der Chemischen Industrie', deren Vorsitz BAYER-Chef Strenger derzeit innehat. 'Die deutsche chemische Industrie' garantiert in fetten Lettern, 'Pflanzenschutzmittel, die sich schnell abbauen und nicht in das Grundwasser gelangen', zu entwickeln und läßt sodann in nachstehender Erklärung, durchblicken, daß die EG-Trinkwasserverordnung - '0,0000001 Gramm ... pro Liter' - nicht eingehalten wird. Akzeptiere man diesen 'Quasi-Nullwert' doch lediglich 'als Ziel'. Weil nämlich, so werden Europaparlamentarier korrigiert, 'dieser Grenzwert über eine vernünftige Vorsorge hinausgeht'.

24./25. April 1990. Ein hochkarätig besetztes Industrieseminar zum Thema 'Unternehmen 2000' am Beispiel des BAYER-Konzerns. Problem: Der absehbare Engpaß bei Spitzenpersonal. Lösung: BAYER müsse eine konsequente Ethik leben. Denn: Davon werde die Attraktivität am Arbeitsmarkt stärker denn je abhängen. Hausverbote für kritische WDR-Reporter etwa schädigten das Firmenimage und vergraule Top-Manager.

Köln, 19. Juni 1990, zwei Monate später: BAYER hindert gleich mehrfach kritische AktionärInnen daran, das ihnen per Gesetz zustehende Rede- und Antragsrecht wahrzunehmen. Unliebsame Beiträge werden per Abschaltung des Mikrophons schlichtweg erdrosselt.

Ausgerechnet an jenem 15. September aber soll er stattgefunden haben, der 'Dialog' der chemischen Industrie. In Leverkusen, Dormagen, Krefeld, Monheim, Brunsbüttel und Wuppertal. Bundesweit gar. Daß ich nicht lache!

Stattdessen: Entertainment allenorts. 'Die Welt' etwa resümiert: 'Tanzmusik..., bunte Luftballons und Kaffeekränzchen ließen Problembewußtsein erst gar nicht aufkommen ... 'Chemie im Dialog' schien' bei BAYER/Leverkusen 'nicht beabsichtigt zu sein, eher 'Chemie im Monolog'. War es die Angst vor zu kritischen Fragen?'

Derartiger Angriff von gewohnt loyaler Seite löst bei BAYER-Sprecher Wolfgang van Loon glatt 'Ratlosigkeit' aus. Ob 'denn nur die spektakuläre Auseinandersetzung mit Gegnern und Kritikern ein Dialog' sei, begehrt es in ihm auf. So mag beinahe schon Bedauern mitschwingen, wenn er feststellt: 'Die 'professionellen' Kritiker sind der Einladung nicht gefolgt oder haben sich nicht zu erkennen gegeben.'

Sie werden gewußt haben, warum.

IMPRESSUM

Herausgeber Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V.
Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit. Hofstr. 27 a, D-5650 Solingen 11, (0)212 - 334954
Ziel Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das von dem multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multi kritisch begleitet.
Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Je ein Exemplar von 'Stichwort' wird dem Vorstand der BAYER AG, Kaiser-Wilhelm-Allee, 5090 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzeption zu bitten, zu bestimmen, in 'Stichwort' behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Verlag Eigenverlag Redaktion Uwe Friedrich (uf), Ellen Frings (ef), Rüdiger Gotzes (fg), Henry Mathews (hm), Hubert Ostendorf (ho)
Stichwort, Jägerstr. 78, D-4000 Düsseldorf 1, (0)211 - 2292601
Erscheinungsweise 6 x jährlich V.i.S.d.P. Axel Köhler-Schnura, Hubert Ostendorf Layout Hubert Ostendorf Satz Ökonzept Düsseldorf
Druck TIAMAT, Düsseldorf Anzeigen Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01. Januar 1990 Nachdruck Der Nachdruck von Artikeln aus

'Stichwort' ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden. Dankverb. Ökobank Frankfurt Kto. Nr.: 1/9612 Bezugspreise Einzelheft DM 5,-, Abo DM 30,-/Jahr, Mitglieder erhalten 'Stichwort' im Rahmen ihrer Mitgliedschaft Eigentumsverhältnis Das Informationsdienst 'Stichwort' bleibt so lange Eigentum des Absenders, bis er/der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Wird 'Stichwort' darf/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit Angabe des Grundes der Nichtauslieferung zurückzusenden! Haftung für nennentlich gekennzeichnete Beiträge halten ausschließlich die AutorInnen selbst. Für unvollständig eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Persischer Golf

Wir berichten kontinuierlich über den Verlauf der Golfkrise. Wir bieten Hintergrund zu Krisenstrategien, zu regionalen Verwicklungen, zu Waffengeschäften, zu Innenansichten der Konfliktparteien.

Nr.10/Oktobre 1990
Für Bush in den Golfkrieg? ■ Kein Ausweg aus der Kuwaitkrise? ■ Irak-BRD: Illegale Giftgasgeschäfte ■ Aufruf zu einer gewaltfreien Lösung der Golfkrise

Nr.11-12/Nov.-Dez. 1990
Golfkrise vor dem Siedepunkt ■ Innenansichten aus dem Irak ■ Irakische Opposition zum Golfkrieg

Nr.1/Januar 1991
Golfkonflikt - ein Verteilungskrieg? ■ Innenansicht Kuwaits ■ Chancen für einen Kompromiß? (erscheint Ende Dez.)

40 Seiten, 4,50 DM
Probeabo: 3 Hefte für 10 DM;
keine automatische Verlängerung
Jahresabo: 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: Interabo,
Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Ich möchte

- ein DRITTE WELT Probeabo (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)
 ein DRITTE WELT Jahresabo

Vorname, Name:

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

DRITTE WELT

Monatsmagazin für internationale
Politik, Wirtschaft und Kultur

Abfall	S. 9
Altlasten	S. 7
Aktiv	S. 5
BAYER 2000	S. 27
Belegschaft/Arbeitsplätze	S. 6
Buchbesprechungen	S. 31
Das Allerletzte	S. 32
Dritte Welt	S. 16
Ex-DDR	S. 26
Gen-/Biotechnologie	S. 11
Giftmüll	S. 10
Imperium	S. 22
Interview	S. 28
Kunststoffe	S. 25
Pestizide	S. 13
Pharma	S. 11
Produktionssicherheit	S. 7
Sport	S. 26
Standorte	S. 22
Tierversuche	S. 13
Verbrennung	S. 11
Wissenschaft/Forschung	S. 31

8. Jg. November/Dezember 1990

Nr. 5/6 *

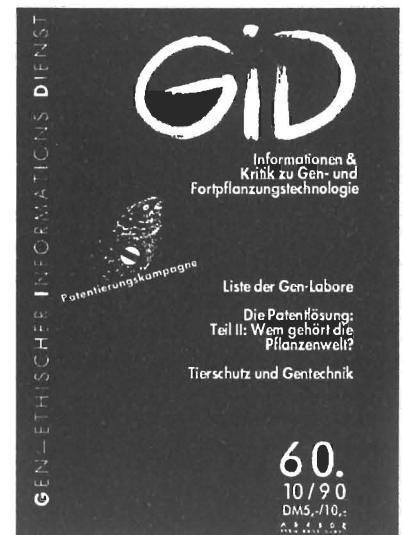
STICHWORT

Informationen der Coordination gegen BAYER-Gefahren

BAYER

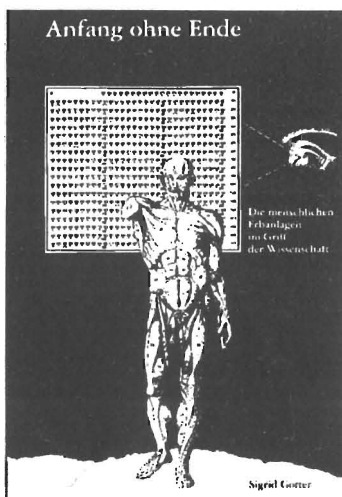
* Dies ist eine Abbildung.
Dies ist kein Zeitschriftentitel.
Nach Aufnahme in den portosparenden Postzeitungsdienst ist es uns verwehrt, den Namen 'BAYER' im Titel zu führen.

Vom Risikofaktor zur Risikoperson von Menschen und Mikroben von Ökologie und Ökonomie von Widerstand und Widersprüchen



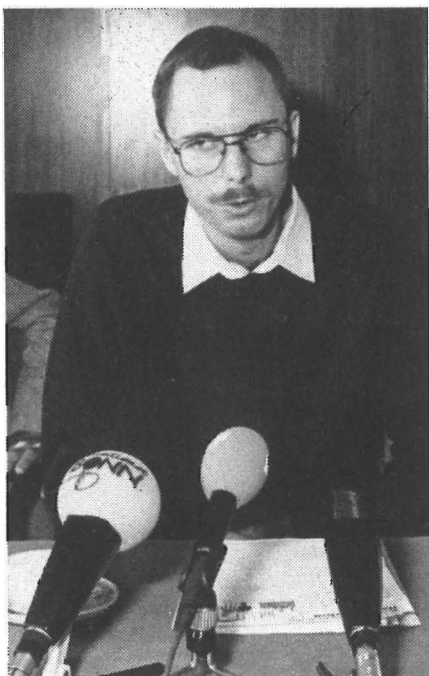
Brandaktuell und kritisch über Neues und scheinbar Neues aus der Bio Tech-Szene und dem Widerstand.

Der GID: Eine Aufforderung zum Einmischen...
Einzelheft: 5,- DM; Jahresabo (12 Ausgaben) 60,- DM



Neu im Herbst 1990: **ANFANG OHNE ENDE**
Broschüre des GeN über die menschlichen Erbanlagen
im Griff der Wissenschaft. 30 Seiten, 5,- DM

GeN Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Winterfeldstraße 3
1000 Berlin 30



Uwe Friedrich prangerte die Grundwasserbelastung durch Pestizide an. Foto: J. Schaden

Aktiv

Enquete-Kommission Chemie angeregt

Die GRÜNEN im Bundestag haben eine Enquete-Kommission zu Grundsatzfragen der chemischen Produktion angeregt. Die Kommission soll politische Vorgaben für eine Konversion der Chemieindustrie hin zu einer ökologisch verträglichen Produktion erarbeiten. Vor allem die "Chlorchemie" stieß bei den Experten auf massive Kritik, da sie kaum wieder gut zu machende Schäden angerichtet hat. Der BAYER-Konzern ist mit einer Kapazität von etwa 840.000 t/Jahr der größte deutsche Chlorproduzent. (rg) □

Pestizide vergiften unser Wasser!

Die verantwortlichen Politiker schweigen.

Die chemische Industrie produziert und verkauft jährlich über 30.000 Tonnen Pestizide, die unser Grundwasser verseuchen. Fordern Sie mit uns die sofortige Einstellung der Produktion aller Pestizide, die das Grundwasser gefährden.

VERANTWORTLICHE PESTIZIDHERSTELLER UND -VERTEILER:

BASF, 6700-LUDWIGSHAFEN, **BAYER**, 5090 LEVERKUSEN, **CIBA-GEIGY**, POSTFACH 110353, 6000 FRANKFURT/M. **COMPO**, POSTFACH 2105, 4400 MÜNSTER. **DOW ELANCO**, BERG-AM-LAIM-STR. 47, 8000 MÜNCHEN 80. **DUPONT**, DUPONTSTR.1, 6380 BAD HOMBURG. **HOECHST AG**, POSTFACH 800320, 6230 FRANKFURT 80. **ICI**, POSTFACH 500728, 6000 FRANKFURT. **RHONE-POULENC**, EMIL-HOFFMANN-STR.1A, 5000 KÖLN 50. **SHELL AGRAR**, POSTFACH 300, 6507 INGELHEIM. **SCHERING**, POSTFACH 190329, 4000 DÜSSELDORF 11. **SPIESS**, POSTFACH 1260, 6718 GRÜNSTADT. **STÄHLER**, POSTFACH 2047, 2160 STADE. **URANIA**, POSTFACH 304068, 2000 HAMBURG 36, **UND ANDERE.**

Wir fordern **Keine Gifte mehr in unser Wasser!**



KRISTALL

Leben braucht Wasser.

COUPON

Ja, ich will mehr über Kristall wissen. Also, 2,- Briefmarken beifügen und ab geht die Post

Name _____
Straße _____
Wohnort _____

Kristall e.V.
Reduzierstraße 62-66
50088 Köln 41
Tel. 02 21/44 92 32

Pestizide vergiften unser Wasser

Über 22'000 Unterschriften in Bonn an Töpfer übergeben

Wenn es um die Reinhaltung des Wassers geht, der wichtigsten Lebensgrundlage des Menschen, stoßen Warnungen und düstere Prognosen immer noch auf taube Ohren: Nach wie vor verseuchen Pestizide und nitrathaltige Düngemittel Boden und Grundwasser, Gifteinleitungen aus der Industrie töten weiterhin viele Gewässer, dringend erforderliche technische Verbesserungen an Kläranlagen bleiben aus. Grund genug für die "Coordination gegen BAYER-Gefahren" zusammen mit dem BUND, dem Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN), dem Verein RHEINSCHUTZ und der VerbraucherInitiative eine Aktion des Vereins KRISTALL "Keine Gifte mehr in unser Wasser" tatkräftig zu unterstützen. Die Beteiligten und viele weitere sammelten in kurzer Zeit über 22.000 Unterschriften, die sich vorrangig an das Bonner Umweltministerium aber auch an die eigentlichen Verursacher der Wasserverschmutzung richteten. Auf einer Pressekonferenz am 25. Oktober in Bonn wies der Vertreter der "Coordination", Uwe Friedrich, auf die produktionsbedingten Altlasten von BAYER, BASF und HOECHST und deren Auswirkungen auf Grundwasserqualität hin. Allein der laufende Grundwasserbedarf des BAYER-Konzerns erzeugt zumindest im Einzugsgebiet der Entnahmestandorte bei Monheim am Rhein

erhebliche ökologische Schäden. Die bedrohten lebenswichtigen Wasser-Reservoirs zu erhalten, erfordert sofortiges Handeln. Nicht saubere Politiker-Reden, sondern konkrete Maßnahme-Programme sind gefragt. Dieser Appell der beteiligten Organisationen wurden in zahlreichen Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 1 Million veröffentlicht. Das Echo in Fernseh- und Rundfunkberichterstattung war groß. Die gesammelten 22.000 Unterschriften wurden im Anschluß an die Pressekonferenz an Umweltminister Töpfer übergeben, der sich dadurch genötigt sah, eine eigene Pressemitteilung zur Gewässerschutzpolitik der Bundesregierung an die Medien zu geben. Die Aktion beweist, daß gemeinsame fundierte Kritik Wirkung zeigt: in der breiten Öffentlichkeit wie bei den Verantwortlichen. Weitere Übertragungen sind geplant! □

Embryonenschutzgesetz völlig unzureichend

Jede Menge Schlupflöcher

Ende 1989 legte die Bundesregierung den Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes vor. Ähnlich wie bei der Gentechnik machten es Stand der Technik und grausige Realität im Forschungsalltag sowie zunehmende gesellschaftliche Diskussionen erforderlich, den rechtsfreien Raum zu füllen. Die grüne Bundestagsfraktion hat sich in einer Stellungnahme kritisch mit dem Embryonenschutzgesetz auseinandergesetzt. Eine Würdigung von Ellen Frings.

Das am 24. Oktober verabschiedete Gesetzeswerk ist in einem Spannungsfeld der unterschiedlichsten Interessen entstanden. Es ist gleichermaßen ein Kompromiß zwischen ForscherInnen, die am liebsten gar kein Gesetz hätten, und LebensschützerInnen aus Kirchen und Ökologiebewegung, die ein striktes Verbot fordern. Das Ergebnis: ein Gesetz, das zwar als weltweit restriktivstes bezeichnet wird, doch jede Menge Schlupflöcher für Wissenschaft und Industrie bietet. Die ReproduktionsmedizinerInnen können also weiter ihrem obersten Interesse nachkommen, menschliches Erbmaterial für Forschung und genetische Manipulation zu gewinnen.

Fazit: Lücken bleiben, Mißbrauch ist noch immer nicht ausgeschlossen.

Kurz vor der Sommerpause veröffentlichte die Fraktion der Grünen im Bundestag eine Stellungnahme zu dem Entwurf.

Sie liefert eine Analyse der individuellen und der gesellschaftlichen Risiken auf der Basis einer Darstellung von Stand und Ziel der Embryonenforschung. Grundsätzlich keine Beachtung in dem Gesetzesentwurf finden die individuellen Gefahren für Frauen und die gesellschaftliche Entwicklung. Im Gegenteil: Frauen

werden zum "fötales Umfeld" degradiert, die Embryonen zum "eigenständigen" Rechtssubjekt erklärt. Embryonenschutzgesetz: der Name ist Programm.

Aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Entwicklung muß bezweifelt werden, daß sich der Anspruch des Gesetzes - umfassender Schutz des Embryos - , verwirklichen läßt. Denn Jahrzehnte bereits ist das Embryo zum begehrten Forschungsobjekt und Rohstoff für die Medizin.

Kritikwürdig schließlich ist auch der Entwurf eines Fortpflanzungsgesetzes der SPD, denn auch er akzeptiert Fortpflanzungstechnologien und die Embryonenforschung grundsätzlich. Nach Ansicht der Autorinnen weist er daher - von wenigen Punkten abgesehen - ähnliche Schwachstellen wie das Regierungskonzept auf.

Die Grünen fordern die Entwicklung von Bewertungssystemen für medizinische Techniken sowie eine breite öffentliche Debatte über die Grenzen der Forschungsfreiheit.

Die Stellungnahme kann angefordert werden bei:

Die GRÜNEN im Bundestag, Arbeitskreis VI, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Belegschaft/Arbeitsplätze

Vertrauensleutewahl in Wuppertal

Gezielte Einflußnahme

"Generelle Neuwahl der Vertrauensleuteleitung mit erneuten Kandidatenvorschlägen, öffentlicher Bekanntmachung, exakter Fristen, mit Wahlurnen im Betrieb und öffentlicher Auszählung", lautet die Forderung. Nachhilfe in Sachen Demokratie bei BAYER in Wuppertal.

Schon bei den Betriebsratswahlen im Wuppertaler BAYER-Werk hatte sich die IG CHEMIE-Leitung gegen die Basis im Betrieb gestellt. Mit einer zweiten Liste, unverhofft als As aus dem Ärmel gezogen, machte sie den unbequemen eigenen Mitgliedern vor Ort Konkurrenz. Kollege Siegfried Hufschmidt damals: "Die satte Mehrheit der Rechten hat uns aus allen wichtigen Gremien herausgedrängt. Wirkliche Betriebsratsarbeit können wir da kaum noch machen." (SWB 4/90, S. 10)

Ende Oktober fanden nun Vertrauensleutewahlen statt, die die IG CHEMIE-

Leitung durch die Art der Abwicklung wieder zu Ungunsten der aktiven GewerkschafterInnen beeinflusst hat. In einem Brief an den Hauptvorstand der IG CHEMIE in Hannover fechten die Betroffenen daher die Wahl "gemäß 62 der Satzung" an. Denn: Die Vorankündigung sei in einem Brief zur Beitragsangleichung und somit völlig unzureichend erfolgt. Von der Vertrauensleutekörperleitung sei weder jemand im Wahlvorstand, noch sonst irgendwie an der Abwicklung beteiligt worden. Die Entscheidung, daß die Wahl als Briefwahl stattfindet, überraschend

Laux europaweit

Der BAYER-Betriebsratsvorsitzende Paul Laux möchte den industriefreundlichen Kurs der bundesdeutschen IG Chemie gerne auch auf die Chemiarbeiter der europäischen Nachbarländer übertragen. Der Münchener Zeitschrift "Management Wissen" verriet er:

"Für die Kollegen, die ihre Aufgabe darin sehen - ohne Rücksicht auf das gesamte Unternehmen-, immer nur zu versuchen, die meisten Mittel für die Beschäftigten herauszuschlagen, ist es sicher nicht einfach zu begreifen, daß Mitbestimmung im Aufsichtsrat auch Mitverantwortung bedeutet. Aber ich bin optimistisch, daß sich die Kollegen in den Nachbarländern immer mehr unserem System zuwenden werden." (...) "Die großen Unternehmen spielen mit ihren Töchtern eine wichtige Rolle in der Harmonisierung."

Proletarier aller Länder - der große Bruder vereinigt Euch! (hm)

Klage gegen Vollkonti

Während BAYER Zufriedenheit mit dem neuen Vollkonti-Schichtsystem bei den KollegInnen ausmacht, weist nach Ansicht großer Teile der Belegschaft weist das noch im Probelauf befindliche System zahlreiche Mängel auf (SWB 3/89, S. 10). Unter anderem ergäbe sich unter'm Strich ein Abzug von 5 Tagen Tarifurlaub durch die neue Regelung (SWB 3/90, S. 5, vgl. Interview in diesem Heft).

Einige Brunsbütteler KollegInnen wollen jetzt vor Gericht gehen, um die Zulässigkeit dieses Vorgehens zu klären. Sie haben bereits über 50 UnterstützerInnen gefunden. (ef)

te die KollegInnen quasi über Nacht. BAYER sei vor Ort der einzige Betrieb, der so verfare. Durch die Form der generellen Briefwahl werde aber die Wahl nicht mehr als Akt gewerkschaftlicher Präsenz im Betrieb erkenntlich. Daher vermutlich auch eine überaus geringe Beteiligung.

Die Beeinträchtigungen gipfeln schließlich in der Nichtberücksichtigung von fristgerecht eingereichten Kandidatenvorschlägen. Kommt hinzu, daß Wahlkreisänderungen, die "völlig unsinnig" sind, vorgenommen und KollegInnen Wahlbereichen zugeordnet wurden, in denen sie nicht tätig und somit weniger bekannt sind. "Das sind zu viele Pannen", protestieren die KollegInnen in dem Brief an die Hannoveraner Gewerkschaftsleitung. Und: "Wir befürchten, daß hier seitens des Geschäftsführers der IG CHEMIE gezielt Einfluß auf die Wahl ausgeübt" worden ist. (ho)

Produktionssicherheit

Dioxin-Belastung am Arbeitsplatz

Dioxine entstehen allernorts, nicht nur bei der Müllverbrennung. Als Verunreinigung bei der Herstellung und der Umsetzung von Chloratomen und bei der Weiterverarbeitung chlorierter Kohlenwasserstoffe durchziehen sie den gesamten Bereich der Chlorchemie.

Bei BAYER als größtem Chlorproduzenten der Bundesrepublik (800.000 t/a) bestehen vielfältige Möglichkeiten zur Entstehung des gefährlichen Seveso-Giftes, sei es bei der Chlorelektrolyse (v.a. mittels Graphitelektroden), bei der Herstellung von Polyurethanen über Phosgen und Diisocyanaten oder des neuen, vielgelobten Kunststoffes Polyphenylsulfis (PPS). Ein besonders hohes Gefahrenpotentioal bei BAYER besteht im Bereich der Analytik, wo Dioxine aufkonzentriert oder sogar isoliert und hergestellt werden, um Material für Vergleichsproben zu gewinnen.

Das krebserzeugende Potential und die Fruchtbarkeitsschädigende Wirkung von Dioxinen sind durch zahlreiche Studien inzwischen hinlänglich nachgewiesen. Besonders gefährdet sind jedoch die Beschäftigten in der produzierenden und weiterverarbeitenden Industrie. Das belegen die Ergebnisse zweier neuer Studien, die im Sommer dieses Jahres erschienen sind:

1984 wurde das BOEHRINGER-Werk in Hamburg stillgelegt, nachdem ein Gericht dem Unternehmen verboten hatte, weiter dioxinhaltige Abfälle auf dem Werksgelände zu lagern. Jetzt, sechs Jahre später, legte der Gesundheitsminister von

Hamburg eine Studie über die Todesursache von BOEHRINGER-Arbeitern vor. Was lange geflissentlich verharmlost worden war, gilt nun als belegt: die Beschäftigten bei BOEHRINGER leben kürzer als andere Bevölkerungsgruppen. Jeder Dritte starb bereits an Krebs.

Zeitgleich erschien eine Studie der Berufsgenossenschaft Chemie (BG). Auch dieses Untersuchungsprogramm ergab eine erhöhte Krebsrate bei Beschäftigten aus Unternehmen, mit wahrscheinlich erhöhten Dioxinmissionen.

Trotzdem wird noch immer gerne ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Dioxin-Kontamination und Krankheit bzw. Tod negiert. Kein Wunder daß eine Anerkennung von Dioxinschädigungen als Berufskrankheit bares Geld kostet. Zur Zeit steht die Witwe eines ehemaligen BOEHRINGER-Arbeiters vor Gericht, der sich Chlorakne, Nervenleiden und zuletzt Speiseröhrenkrebs zugezogen hatte, um die Zahlung einer Rente von der Berufsgenossenschaft zu erkämpfen.

Stellt sich die Frage, ob die Anklagebank nicht falsch besetzt ist. Besser säßen dort diejenigen, die nach wie vor auf einen Industriezweig setzen, dessen Produktionsprozesse und Produkte die Auslöser für diese Krankheiten sind. (ef)

Altlasten

Grundwassergefährdungen in Wuppertal und Leverkusen

Erheblich stinkendes Wasser

Über erhebliches Gefährdungspotential durch BAYER-Industrierückstände klagen Experten - und dies aktuell gleich zweimal. Während in Wuppertal Altlasten ans Tageslicht kamen, wurde Bauarbeitern in Leverkusen schlichtweg übel, als sie auf stinkendes Wasser gestoßen waren.

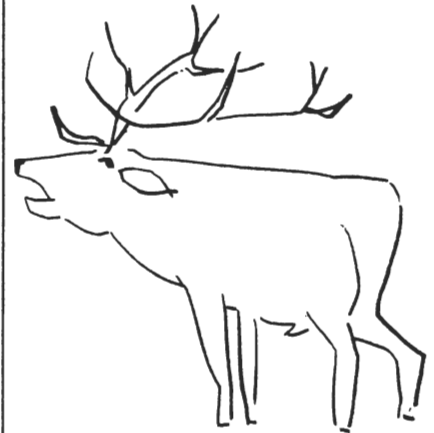
Anzunehmende Gesundheitsbeeinträchtigungen bis hin zur Krebsbildung werden, wie durch unzählige andere Fälle belegt, vermutlich nie in ursächlichem Zusammenhang mit dem entdeckten Giftgemisch zu bringen sein.

Ein Speziallabor ermittelte immerhin über 30 zum Teil ultratoxische Substanzen. Reste aus der Pestizid- und Giftgas-Produktion, von BAYER nach dem zweiten Weltkrieg auf einem Gelände an der Wuppertaler Industriestraße abgekippt,

einer ehemaligen städtische Deponie, die 30 Jahre lang als Parkplatz diente. Bei Bauarbeiten im August war man auf die brisante Hinterlassenschaft des Konzerns gestoßen, von der einige tausend Tonnen im Boden lagern. Detlev Gerds, Altlastenexperte beim Wuppertaler Umweltamt, hält eine Grundwasserbelastung für nahezu zwangsläufig gegeben. Aufwendige Bohrungen und Messungen zur Klärung dieses Sachverhaltes verschlingen über 300.000 Mark, die zum Teil vom Regierungspräsidenten getragen werden.

Das bereits aufgebaggerte Erdreich, 2.000 Tonnen, ein Bruchteil der gesamten kontaminierten Fläche, wird seit November (90) in speziellen, hermetisch abgedeckten Lastwagen über öffentliche Straßen zur BAYER-Sondermülldeponie in der Nähe der berühmtem Leverkusener

Anzeige



Aus dem Dickicht treten -

Werben in
"Stichwort: BAYER"

"Stichwort: BAYER"-LeserInnen tanken bleifrei. Sie lieben Wald und Flur ... und die Natur.

Ihre umweltgerechten Produkte interessieren sie röhrend! Mit einer Anzeige an dieser Stelle treten Sie aus dem Dickicht hervor. Dies übrigens derzeit dann besonders preisgünstig, wenn Sie eine Spalte für ein ganzes Jahr, also in sechs Ausgaben, erwerben.

Rufen Sie uns an. Wir beraten Sie gerne. Auch bei der Herstellung einer marktgerechten Druckvorlage.

Tel. 021 1 216018.

Dhünnauer Altlast verfrachtet (SWB 2/90). Geplant ist, den gesamten verseuchten Boden auszukoffern und in Leverkusen unterzubringen. Für wie überaus brisant allein schon der Transport eingeschätzt wird, verdeutlichen intensive Sicherheitsberatungen von Umwelt-, Gesundheits-, Gewerbeaufsichtsbehörde und Tiefbaugenossenschaft.

Während die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' entsprechend Verursacherprinzip fordert, daß BAYER die Entsorgungs- und Sanierungskosten trägt, streiten sich Stadt, der ehemalige Grundstücksbesitzer und der Konzern just darüber. Erfolge, das lehrt das Beispiel der Dhünnau, lassen sich jedoch ohne öffentlichen Druck nicht erwirken.

Szenenwechsel: In Leverkusen-Wiesdorf hatten an einer städtischen Baustelle in Nähe der BAYER-Werksmauer mehrere Arbeiter panikartig einen Kanalschacht verlassen, weil sie plötzlich von Übelkeit und starken Kopfschmerzen befallen wurden. Die Ursache war eine 'gelb-grüne schlecht riechende' Brühe. Detlev Stoller, Vorsitzender der ortsansässigen Altlasteninitiative, erklärt: 'Die Arbeiter hatten die Dämpfe des

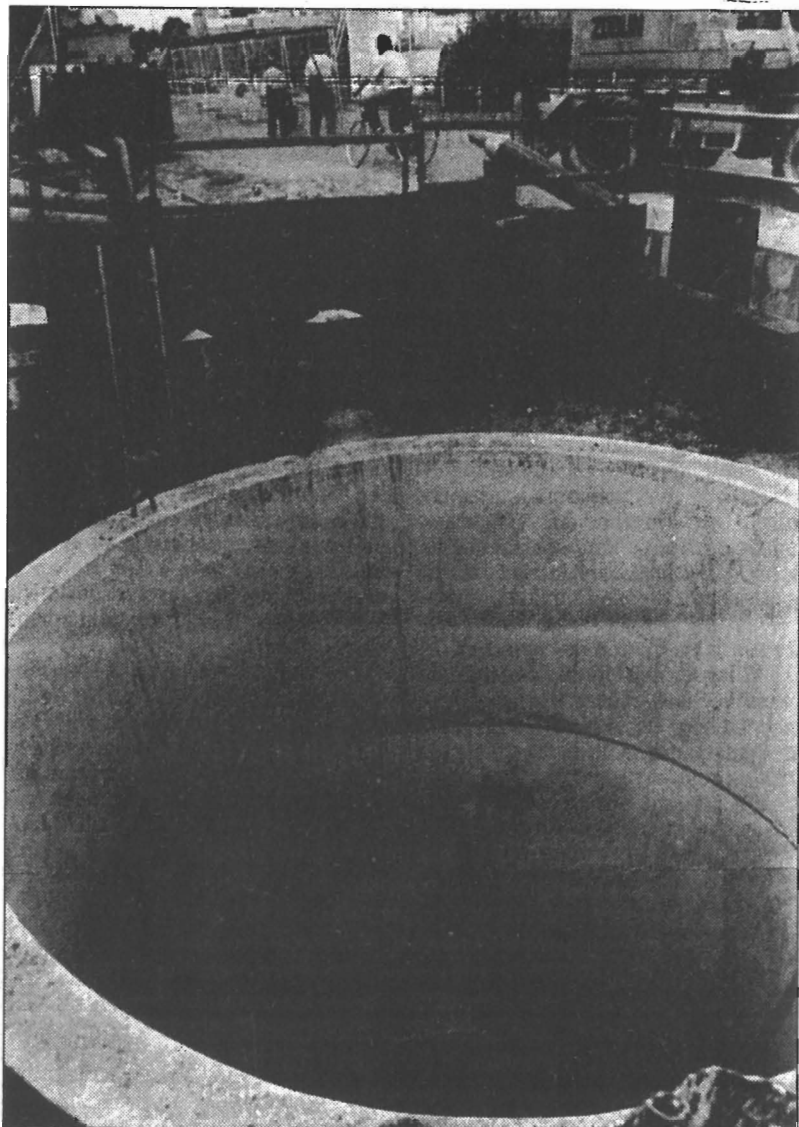
Grundwassers eingeatmet. Die zum Trockenlegen des Schachtes eingesetzte Saugpumpe war in das sog. Bio-Kanal-System von BAYER eingedrungen. Dieser Bio-Kanal besteht aus einem Haufen von Pumpen die den Grundwasserstrom unter dem Werk sammeln und in die von Werk und Kommune gemeinsam betriebene Kläranlage in Bürrig leiten. Das Grundwasser, das den Boden des Werkes durchfließt, verläßt das Werk hochgradig verseucht. Alte und undichte Produktionsstätten, Leckagen, Störfälle sowie die ständig auftretenden diffusen Emissionen haben den Boden des Werksgeländes zu einem Sammelsurium der chemischen Giftküche werden lassen.'

Der Umweltdezernent der Stadt Leverkusen, Gerald Bruchhausen, kann auch nicht anders, als festzustellen: 'Es ist im Prinzip unstrittig, daß Teile des Wiedorfer BAYER-Werkes kontaminiert sind.' Belastete Bereiche gäbe es vor allem im Bereich alter Betriebseinheiten. Bei der Werksleitung ist dieser Tatbestand hinlänglich bekannt. Warum sonst werden seit Jahren - mit Zustimmung der Behörden! - täglich ca.200'000 Kubikmeter kontaminiertes Grundwasser abgepumpt, um als Kühlwasser in der Pro-

duktion verwendet zu werden? Auf diese Weise habe, wie Bruchhausen glauben machen will, all die Jahre verhindert werden können, daß die Giftbrühe unkontrolliert den Werksbereich verlassen konnte.

Auf 'das ganze Spektrum der Chemie aus der Jahrhundertwende' ist Dr. Heinz Spittank vom Chemischen Untersuchungsamt gestoßen. Doch bleiben die Gesundheitsschäden schließt er aus, relativierend hinzufügend, nicht Mediziner, sondern Chemiker zu sein. Da fällt es freilich einem Werkssprecher leicht, Gefahren für die Umwelt ebenfalls nicht zu erkennen. Die unheilige Allianz zwischen Aufsichtsbehörden, Politikern und Industrie ist wieder einmal perfekt. So nimmt es schließlich nicht wunder, daß die Stadt als Betreiberin der Baustelle, die Sicherungskosten in Höhe von mindestens 100'000 DM tragen soll. Das am Baugrund befindliche verseuchte Wasser mußte abgepumpt und - wie im Wuppertaler Fall - via Straße ins Werk transportiert werden.

Die Fraktion der Grünen im Leverkusener Rathaus nahm den Skandal zum Anlaß, in einem offenen Brief an Oberstadtdirektor Dr. Walter Mende die Frage aufzuwerfen, wie das Problem der Grundwasserverseuchung in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu handhaben sei. Scharf kritisiert sie, daß 'der technische Mehraufwand für' ein benötigtes 'Drucksystem von der Stadt finanziert werden muß'. Schließlich stehe fest, daß 'das gesamte Werksgelände als eine riesige Altlast anzusehen ist'. (ho)



D. Stoller: "Sammelsurium der chemischen Giftküche"

Standpunkt

Neues Umwelthaftungsrecht - von Hubert Ostendorf

Kaum ein Monat vergeht, ohne daß nicht Schädigungen von Mensch und Umwelt durch die Industrie bekannt werden. Selten jedoch lassen sich die Verursacher als solche dingfest machen. Immer wieder läßt etwa BAYER verlautbaren, Gefahren seien zu keiner Zeit aufgetreten.

Schwierig auch der Nachweis eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen aufgetretenem Schaden und Störfall. Scheint dieser offensichtlich, werden durch Gutachten und Gegen-Gutachten die Zusammenhänge verschleiert und negiert. Zum Schaden der Betroffenen.

Dabei taugt das Umwelthaftungsrecht nicht im mindesten, einen halbwegs fairen Schadensausgleich, so er objektiv überhaupt noch möglich wäre, zu regeln.

Deshalb auch wurde in der Vergangenheit der Ruf nach einer Novellierung, die nun bevorsteht, allentorts laut. Be-

BAYER-Sondermülldeponie unter Kritik

Die BAYER-Sondermülldeponie in Leverkusen, Bestandteil des als modernst und beispielhaft bezeichneten Entsorgungsparks Leverkusen-Bürrig, ist zur Zeit zentrales Diskussionsthema der zuständigen Aufsichtsbehörden.

Der Regierungspräsident von Köln, Franz Josef Antwerpes, veranlasste - u.a. aufgrund verschärfter gesetzlicher Bestimmungen - eine Neufassung des Genehmigungsbescheids für den weiteren Betrieb der Sondermülldeponie. Im Rahmen des laufenden Änderungsverfahrens solle ein neuer Auflagenkatalog erarbeitet werden, der den notwendigen Sicherheitsanforderungen Rechnung tragen soll. So gewährleistete die bisherige Konzeption eine Abdichtung der Halde nur unzureichend.

Gefordert werden Maßnahmen, die die Entstehung von Sickerwasser verhindern sowie den Eintrag von Sickerwasser aus dem Müllkörper in die angrenzenden Bodenschichten und in das

Grundwasser verringern. BAYER plant, demnächst noch mehr Giftmüll in Bürrig abzulagern.

Zur Diskussion steht eine Maßnahmenkombination folgender Art: eine horizontale Abdichtung soll den Eintrag von Regenwasser in die Deponie verhindern, während durch Brunnen, aus denen Grundwasser abgepumpt wird sowie durch Sperrwände das Grundwasser geschützt werden soll.

Bei der Stadtverwaltung von Leverkusen weckt das Verfahren neue Hoffnung, daß die Konzernleitung bei dieser Gelegenheit die dringend erforderliche Abdichtung der Altlast Dhünnaue, wie seinerzeit versprochen (SWB 2/90, S. 9) vornimmt. Eine schriftliche Zusage jedoch steht bis heute aus. (ef) □

Altlastensanierung in Leverkusen

Keine schriftliche Zusage gegeben

Öffentlicher Druck erst konnte BAYER dazu bewegen, eine verbale Zusage zur Sanierung der Altdeponie Dhünnaue in Leverkusen, eine der größten und gefährlichsten Altlasten des Landes überhaupt, abzugeben (SWB 2/90, S. 9). Doch heute, Monate später, scheint der Verursacher sich wieder aus der Verantwortung zu ziehen.

Während Experten den Finanzbedarf auf mindestens 150 Mio. DM schätzen, geht BAYER bereits mit erheblichen kalkulatorischen Abschlägen an die Öffent-

lichkeit. Grundwasserbarrieren im Bereich der Bürriger Deponie, heißt es, würden zwar vermutlich 50 Mio. DM verschlingen. Ob diese jedoch für die Dhünnaue überhaupt nötig seien, hänge vom Ausgang der zu erstellenden Untersuchungen ab, die der Konzern in eigener Regie vornimmt. So ließen sich leicht 100 Mio. DM und mehr einsparen.

Unterdessen wurde aus Kreisen der Leverkusener Stadtverwaltung bekannt, daß eine schriftliche Bestätigung Kostenübernahmezusage des Verursachers nicht vorliegt. Rein vorsorglich habe man deshalb dem Unternehmen mitgeteilt, daß eine finanzielle Beteiligung der Stadt nicht in Frage komme. (ho) □

Mehr Schutz für Geschädigte?

rechtigte Zweifel am Funktionieren der von der Bonner Regierung geplanten "verschuldensunabhängigen Gefährdungshaftung" sind allerdings erlaubt. Ihrzu Folge soll für eine Quelle erhöhter Gefahr haften, wer auch ohne Verschulden einen Schaden verursacht. Immerhin: Wird dieser Plan in die Tat umgesetzt, ist er als eindeutiges Zugeständnis an die Umweltbewegung zu werten. Für Industrieinhaber entsteht eine völlig neue Haftungssituation, die sie jetzt bereits schon versicherungstechnisch abzuwälzen sucht.

Bleibt also abzuwarten, ob ein neues Umwelthaftungsrecht es den Geschädigten erleichtert, ihre Ansprüche durchzusetzen. Dürften doch immerhin auch nach geltendem Recht Persilscheinsprüche, wie etwa gegen die BAYER/DESOWAG-Holzgiftgeschädigten nicht vorkommen. Ein Frankfurter Gericht hat ihre Klage gar nicht erst zugelassen (SWB 4/90). Bleibt schließlich zu erwarten, daß auch weiterhin politisch-ökonomische Macht auf der einen sowie öffentlicher Druck auf der anderen Seite prozeßentscheidend ist.

Abfall

'Coordination' auf Müllkongreß der Grünen

Alternativen zur Chlorchemie

Am Wochenende des 14.-16. September haben sich auf Einladung der Grünen Bürgerinitiativen, FachexpertInnen, BürgerInnenbewegungen aus Ost und West, Verwaltungsfachleute und Interessierte in Aachen getroffen, um über "Wege aus der Abfallgesellschaft" zu beraten und zu diskutieren. Insgesamt nahmen mehr als 300 Menschen an dem Kongreß teil.

Als Eröffnung fand ein Streitgespräch zwischen den ParteienvertreterInnen, Verwaltungsmitgliedern und Vertretern der Industrie statt. Am Folgenden Tag debattierten sechs verschiedene Foren die Bereiche "Lebenskultur", "Verwaltung

und Politik" sowie "Wirtschaft". Den Abschluß fand das Wochenende in einem weiteren Streitgespräch. Begleitet wurde der Kongreß von einem sog. Markt der Möglichkeiten, wo die verschiedenen Gruppen und BI's einen Einblick in ihre Arbeit vor Ort gaben - so auch die Coordination gegen BAYER-Gefahren.

Einen Weg aus der Abfallgesellschaft fanden die TeilnehmerInnen des Kongresses jedoch trotz konzentrierter Arbeitsatmosphäre und z.T. anregender Diskussionen nicht. Stattdessen tauschten sie Erfahrungen aus der praktischen Arbeit auf den verschiedenen Ebenen aus und bestätigten sich viele Gemeinsamkeiten.

Herausragend, die Forderung nach ökologischer Produktion, Ausstieg aus der Chlorchemie und Abkehr von der Kuppelproduktion als dringlichste Schritte zur Müllvermeidung und -entgiftung. So stellte Dieter Gremler, Dpl. Chemiker, als Referent der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' im Forum "Wirtschaft: Die Quellen austrocknen" beispielhaft die Entwicklung der Chlorchemie bei BAYER dar und skizzierte das Prinzip der Chlor-Stoffströme beim Konzern.

Der "Emissionspfad Produkt", so wurde deutlich, ist immer noch weitgehend ungeregt. Durch das Prinzip der Kuppelproduktion - von BAYER und dem VCI als Weiterverwertung vielgepriesen - werden emissionsreiche und gefährdende Produktionszweige gerechtfertigt. Der dabei anfallende Sondermüll wird schlichtweg als Produkt deklariert und gegen Geld breitgestreut in die Umwelt eingetragen. Beispiel: Die Verwendung von PARA-DICHLORBENZOL, Abfallprodukt der BAYER-Pestizidproduktion, in Pinkelsteinen und Schleifsteinen (SWB 2/90, S. 17).

Als möglichen Ansatz für eine abfallvermindernde Produktion forderte Gremler, Produktionsprozesse einer öf-

fentlichen und demokratischen Kontrolle zugänglich zu machen (Freedom-of-information-act). Einig waren sich die UmweltschützerInnen in der Einschätzung, daß eine sanftere Chemie nur dann zu erwarten sei, wenn größter politischer Druck ausgeübt wird.

Eine Utopie zum Weiterspinnen gab am Ende des Müllkongresses die Grüne Bundesvorständlerin Maria Heider mit auf den Weg:

"BenutzerInnen sollten das Recht haben, das von ihnen genutzte Produkt später an den Produzenten zurückzugeben." Da klangen bereits die Hilfeschreie von BAYER in den Ohren. (ef) □

Hilferuf der spanischen Koordinationsgruppe gegen Giftmüll

Wir sind der Industriemülleimer der Welt

Eine ganze Herde Schafe starb 1985, nachdem sie Wasser im Bereich einer Quecksilbermine im spanischen Almaden getrunken hatte. Die Bewohner leiden an mysteriösen Krankheiten. Doch internationale Chemiefirmen, darunter BAYER, laden ihren Müll dort weiterhin ab.

Sie verlassen sich auf die Angabe der Betreiberfirma MINAS DE ALMADEN Y ARRAYANE (MAYASA), der angelieferte Giftmüll werde ordnungsgemäß wiederaufbereitet. Um den Absatz zu steigern, hatte die Quecksilbermine ihren Kunden angeboten, das Entsorgungsproblem zu übernehmen. Diese nahmen bereitwillig an und verwandelten die Gegend in einen "Industriemülleimer" ersten

Ranges. Denn: Die angebliche Aufbereitungsanlage arbeitet fast zum Schein. Aufgebaut ohne die Hilfe von Ingenieuren, ohne Wirtschaftlichkeits- und Umweltstudien sowie ohne Zustimmung der Behörden, soll sie bis heute erst 250 Tonnen Müll verarbeitet haben.

Analysen von Gewässern, vorgenommen durch die Gesundheitsbehörde von Castilla-La Mancha, belegen das

Gefährdungspotential. Sie ermittelten Quecksilberrückstände von mehr als einem Mikrogramm pro Liter. Der Befund deutet darauf hin, daß Oberflächen- und Grundwasser verseucht sind. BAYER hat nach Angaben der Zeitung "El Independiente" unlängst 2'013 Tonnen Müll, darunter 178 Tonnen Quecksilberabfall, an die Mine "zurückgegeben". Die Fässer lagern völlig unkontrolliert unter freiem Himmel. Sie sind zerrotet und zerborstet. Ihr Inhalt hat sich u. a. in den Fluß Valdezogues ergossen, der Trinkwasser für zahlreiche Dörfer liefert und der Feldbewässerung dient. Nachdem die Deponierung in die Schlagzeilen geraten ist,



soll nun eine Verbrennungsanlage für Industriemüll aus der ganzen Welt errichtet werden.

Die "Koordinationsgruppe gegen Giftmüll in der Region Almaden" will Anzeige gegen die Firma MAYASA vor dem Europaparlament erstatten. Vorwurf: Sie habe ohne Berücksichtigung von gleich sechs EG-Richtlinien "Giftmüll importiert, transportiert, deponiert und behandelt". Mit einem Brief an die "Coordination gegen BAYER-Gefahren" wendet sie sich nun hilfeschend an die "lieben Freunde in

Deutschland": "Eines Morgens im Mai erfuhren wir aus den Medien, daß wir seit zehn Jahren in unseren Dörfern mit 11'000 Tonnen Quecksilbermüll leben müssen: gefährliche Industrierückstände, ... von multinationalen Chemiekonzernen aus aller Welt importiert. ... Regierung und Minenverantwortliche haben bislang lediglich versucht, uns zu beruhigen und behaupten, daß man eine "Sicherheitsdeponie" bauen werde. ...

Bis heute haben die ... Industrieunternehmen der entwickelten Länder

ihre großen Abfallprobleme nach Almaden oder in arme Länder der Dritten Welt exportiert. Wir aber glauben, daß ... dort wo der Industriemüll entsteht, ... nach mehr Möglichkeiten (ge)forcht (werden sollte), wie gefährliche Abfälle eingeschränkt werden können. ... Wirklichen Fortschritt erzielen wir nur durch Bewußtseinsbildung und Solidarität." (ho)

Verbrennung

Dr. Anders Vorsitzender des
IHK-Umweltausschusses

IHK für Müllverbrennung

Einvernehmlich mit der BAYER-Abfallpolitik appellierte der Umweltausschuß der Industrie- und Handelskammer (IHK) für einen zügigen Bau von Entsorgungsanlagen: "Ein Industriestandort wie der Mittlere Niederrhein braucht eine gesicherte Entsorgung." Als neuer Vorsitzender des Umweltausschusses ist der Dormagener BAYER-Werksleiter Dr. Bertram Anders gewählt worden.

Der Ausschusses gab als Grund für seine Forderung die zunehmenden Engpässe im Müllnotstandsland NRW an. Verschärft werde die Situation durch die strengeren Bestimmungen der neuen TA-Abfall, die am 1. Okt. dieses Jahres in Kraft getreten ist. Die TA-Abfall stellt nicht nur höhere Anforderungen an die Entsorgungsanlagen, sondern schreibt auch Entsorgungswege - und zwar erstmals bundeseinheitlich - bindend vor. Sonderabfälle, die bisher noch überwiegend durch (Hausmüll-) Deponierung beseitigt wurden, müssen nun, Zugeständnis an alte BAYER-Forderungen, verbrannt werden.

Die Kosten für die Entsorgung von Sonderabfällen werden allerdings durch den Vollzug der TA-Luft z.T. drastisch erhöht.

Der entstehende Kostendruck führt jedoch nicht - wie von vielen erhofft - zu verstärkten Bemühungen um Vermeidungs- und Verwertungsstrategien, sondern zum Schrei nach mehr und größeren Entsorgungsanlagen -s. o..(ef) □

Pharma

Norby böse!

Strenger findet DDR-Rabatt bei Medikamenten unakzeptabel

Trotz des niedrigen Lohnniveaus in den neuen Bundesländern will BAYER keine Konzessionen bei den Pharmapreisen machen. Nicht nur die Betroffenen ärgern sich. Auch der Bundesarbeitsminister, als eher moderater Typ bekannt, hat Klartext gesprochen. Doch mit der "Industrie auf(zu)räumen", dürfte ihm kaum gelingen. Die Verhältnisse sind andere, in diesem Land.

Die Pharmaindustrie ist Kostentreiber Nummer eins des bundesdeutschen Gesundheitswesens. Kein Wunder, daß PatientInnen als Betroffene immer weniger Verständnis zeigen. Wie etwa, bitte

Gen-/Biotechnologie

Jeden ethischen Ballast abgeworfen

Das Gentechnikschutzgesetz wird, wie von Kritikern ehemals befürchtet, von der Wirklichkeit mühelos eingeholt. Pausenlos Verantwortung heuchelnde Anwender in Industrie und Forschung verlieren, so scheint es, unterdessen immer mehr Skrupel. Während die Heidelberger Firma ANGEWANDTE GENTECHNOLOGIE SYSTEME ihr mangelndes Gespür für die sich zunehmend sorgende Öffentlichkeit gar arglos zur Schau stellt, beschwört BAYER pausenlos die Harmlosigkeit der neuen Technologie, wie vom Konzern praktiziert. Ein Standpunkt von Manfred Kriener (aus taz, 30.10.90).



Echt niedlich?
Werbung
mit
Schimäre
der
Firma
Angewandte
Gentechnologie
Systeme
GmbH.

Während sich die Naturschützer noch über das Sterben der Arten beklagen, sind die Gentechniker munter dabei, neue herzustellen. Das jetzt bekanntgewordene Papier der Fischereireferenten der Länder über den Einsatz von Genmanipulationen und anderen neuen Biotechnologien in der Fischzucht zeigt, welche Dynamik die Gentechnik inzwischen entwickelt hat. Vor allem: sie hat längst jeden ethischen Ballast abgeworfen.

Es gibt nur noch biologische Machbarkeiten, umgesetzt von einem rein ökonomischen Kalkül, und ein kleiner Rest von Gefahrenabwehr. Die Achtung vor der Kreatur, der Respekt vor dem Lebendigen sind in den Retortengläsern beim alltäglichen Hantieren mit den Grundbausteinen des Lebens verdampft. Leben reduziert sich vom göttlichen Schöpfungsakt zum geschickten Handgriff des Gen-Ingenieurs — fast beiläufig irgendwann zwischen Kaffeepause und Schichtwechsel ausgeführt. Die Gentechnik ist mit der Begleitmusik einer breiten ethischen Debatte eingeführt worden. Von ihr ist nichts übriggeblieben als das Entsetzen bei jenen, die sowieso „dagegen“ waren.

Das Fischerei-Papier zeigt aber noch etwas anderes. Die Gentec-Revolution ist zu einem Selbst-

läufer geworden, hat Forschung und Landwirtschaft durchdrungen bis hinunter in die letzten Teiche der Fischzuchtbetriebe. Neue Entwicklungen werden nicht mehr diskutiert, sondern nur noch zur Kenntnis genommen. Und während wir uns noch über die ausgebleichten genmanipulierten Petunien freuen, schwimmen Buntbarsche mit menschlichen Wachstumsgenen in bundesdeutschen Institutsaquarien.

Auch den Fischereireferenten der Länder geht es in ihrem Gutachten im Prinzip ausschließlich um Schadensbegrenzung. Eine Entwicklung jenseits moderner Biotechnologie oder deren ethisch-moralische Zählung scheinen schon gar nicht mehr vorstellbar. Wie ein roter Faden zieht sich die Klage durch das Papier, daß das Unheil sowieso nicht mehr aufhaltbar ist. Wie auch, wenn sich niemand mehr traut, die modernen Züchtungsmethoden als das zu benennen was sie sind: bestialisch. Was steht am Ende einer Entwicklung, die damit begonnen hat, Forellenmännchen zu Weibchen zu machen, die anschließend wieder von Weibchen begattet werden, die man dafür aber zu Männchen umwandelt? Wann kommt die Forelle mit dem Elefanten-Gen? Ach so: die kriegt man dann nicht mehr in die Pfanne rein.



Angewandte Gentechnologie
Systeme GmbH

freilich kaum anzunehmen.

Die Ausgabenseite der Krankenkassen zu verringern ist Arbeitsminister Norbert Blum angetreten, als er mit der vielbescholtenen Gesundheitsreform im

schön, will man ihnen auch erklären, daß das gleiche Präparat des gleichen Konzerns zum Beispiel in Portugal 70 % unter bundesdeutschem Preis erhältlich ist. Daß der Hersteller dabei draufzahlt ist

Gepäck die Vorstandsetagen der Pillenhersteller schockierte. Festpreise für 43 Wirksubstanzen sorgen nun dafür, die rasanten Preise sog. Originalpräparate wenigstens zu bremsen. Die Kehrseite: Nachahmerfirmen, ehemals spottbillig, haben ihre Tarife in Richtung Festpreinsniveau angehoben. Dennoch: Durch die Blüm'sche Formel werden nach Berechnungen des 'Wissenschaftlichen Institutes der Ortskrankenkassen' (WidO) jährlich über 800 Mio. DM eingespart. Und doch: Lächerlich wenig, immer noch, angesichts eines Pharmabudgets der Kassen von satten 20 Mrd. DM.

Die von den Konzernen herbeischworenen drastischen Einbußen sind ausgeblieben. Durch Preissenkung bei Originalpräparaten, wie etwa dem BAYER-Renner ADALAT, auf vorgegebene Höchstwerte hat eine erwartete Umsatzverschiebung weg von den Großen nicht stattgefunden. Umsätze und Gewinne sind nach anfänglichen leichten Beeinträchtigungen sogar wieder auf das 'Vor-Festbetragsniveau' gestiegen. Der BAYER-Sektor Gesundheit mauserte sich im ersten Halbjahr 1990 gegenüber dem Vorjahreszeitraum sogar um 4,7 % auf fast 3,8 Mrd. DM - trotz Gesundheitsreform. Andererseits: Zuzahlungspflichtige Präparate mußten Einbußen hinnehmen. So etwa ADALAT RETARD SL, dessen Marktanteil von 25 auf 10 Prozent gesunken ist. Weil Blüm am falschen Ende spare und dadurch Forschung und Fortschritt mutwillig unterminiere, wartete die 'Medizinisch Pharmazeutische Studiengesellschaft' (MPI) unlängst mit einem Vorschlag auf, der garantiert, daß die einzusparenden Millionen der Industrie nicht verlorengehen. Ihr Vorstandsmitglied Walter Wenniger, Leiter des Sektors Gesundheit bei BAYER, sprach sich für eine gestaffelte Selbstbeteiligung zwischen null und hundert Prozent für nicht verschreibungspflichtige Präparate aus. Zwar wäre hiervon prinzipiell auch ASPIRIN betroffen, ein Mittel allerdings, das in den meisten Fällen bereits heute schon von den PatientInnen selbst bezahlt wird.

Als Korrektiv der Praxis in der ehemaligen DDR sieht Wenniger seine marktorientierten Vorschläge. Falsch sei daher die alte Praxis, der zufolge es fast gar keine Selbstbeteiligung gegeben hat. Schon gar nicht richtig findet sein Chef, der BAYER-Vorstandsvorsitzende Hermann Josef Strenger, neuere Pläne aus dem ungeliebten Hause Blüm. Als 'völlig unakzeptabel', lehnt er den Vorschlag, bis 1993 die Entwicklung der Arzneimittelkosten in der ehemaligen DDR an das Lohnniveau zu koppeln ab. Während die MitbürgerInnen dort im Schnitt mit 60 % weniger D-Mark nach Hause gehen - die

Summe der Krankenkassenbeiträge fällt ebenfalls entsprechend niedrig aus - wollen BAYER und Co bundesdeutsche Spitzenpreise abkassieren. Wenn nichts passiere, so fürchtete Blüm, würden im nächsten Jahr bereits sechs Mrd. DM für Medikamente in der Ex-DDR benötigt. Also wurde, wie WidO-Experte Kirsch auf Nachfrage von 'Stichwort:' mitteilte, ein 'DDR-Abschlag' von zunächst 55 % im Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Regierungen in Ost und West vereinbart. Stehe freilich zu bezweifeln, meint er, daß es dabei bleibe. Strenger, so scheint es, will da auf seine Art beipflichten, wenn er erpresserisch droht: 'Unter dieser Bedingung können wir aus wirtschaftlichen Gründen nicht liefern.'

Prof. Dr. Michael Oettel, Direktor des Akademie-Zentralinstituts für Mikrobiologie und experimentelle Therapie in Jena, hält die Gentechnik für eine unerläßliche Methode im Kampf gegen bisher unheilbare Krankheiten.



Pharma-Fortschritt? Er ist bei vielen Krankheiten die letzte Chance.

Professor Oettel kann sich die Entwicklung neuer hochspezifischer und sicherer Arzneimittel ohne die Gentechnik kaum mehr vorstellen. Vergessen wird beim Streit um die Gentechnik allzuoft, wieviel menschliches Leid mit ihrer Hilfe geheilt werden könnte. Ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein ist dabei gefordert, denn die

Norbert Blüm wird unterdessen böse. Die Pharmazeutische Industrie gehöre, so erregt er sich, nicht mehr in den 'Kreis ernst zu nehmender Gesprächspartner'. Einer Notiz des Bundesverbandes der Branche zufolge, habe der Minister eines Nachts folgende 'Botschaft' per Telefon übermittelt: 'Das Spiel ist aus. Ab morgen wird keine Rücksicht mehr auf diese Industrie genommen. Die Sabbelei der letzten Wochen hat den BPI (Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie, d. Red.) endgültig entlarvt. Ich kenne diese 'christlich-soziale Sabbelei' seit vielen Jahren. Und wenn ich selbst dabei über die 'Wupper gehe', jetzt wird endgültig mit der Industrie aufgeräumt.' (ho) □

Anwendung gentechnischer Methoden muß abwägend, sorgfältig und sicherheitsbewußt erfolgen. Eine Aufgabe, die am besten von einer starken und unabhängigen pharmazeutischen Forschung bewältigt wird - wie richtungsweisende Entwicklungen auf dem Arzneimittelsektor bewiesen haben.



Pharma-Fortschritt ist Fortschritt für die Menschen

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.

Pharma-Imagewerbung: Entwicklung ohne Gentechnik für BAYER und den BPI kaum mehr vorstellbar.

Bei Medikamenteneinnahme Vorsicht geboten

Probleme mit AKTREN und CIPROBAY

BAYER preist sein Antibiotikum CIPROBAY als wahren Tausendsassa für alle möglichen Infektionen an.

So wird dieser sog. Gyrasehemmer neuerdings als Therapie der Wahl bei der Geschlechtskrankheit Gonorrhoe empfohlen. Die Einnahme einer einzigen Tablette (250 mg) schon reicht zur Bekämpfung der Krankheit aus. Doch Vorsicht ist geboten: Ebenso wie andere Antibiotika, entwickeln die Erreger auch gegen CIPROBAY rasch Resistenzen. Deshalb gilt der Einsatz dieses an Nebenwirkungen reichen Medikamentes bei kritischen PharmazeutInnen als Ultima Ratio.

Die kleinste CIPROBAY-Packung mit 10 Tabletten kostet 46,60 DM. Schlimm wäre es, wenn Ostasien-Touristen die Pillen "für alle Fälle" im Handgepäck mitnehmen. Die Darreichungsform wird jedoch der unkontrollierten Einnahme und

somit der Resistenzentwicklung weiter Vorschub leisten.

Durch eine weitaus schwerwiegenderen Nebenwirkung macht das rezeptfrei erhältliche, als harmlos eingestufte BAYER-Präparat AKTREN von sich Reden. Das millionenfach über den Tresen deutscher Apotheken gehende Altpräparat in neuer Schachtel (SWB 1-2/89) verursacht bisweilen eine spezielle Form der lebensgefährlichen Hirnhautentzündungen, bei der kein Erreger nachweisbar ist. Der Mechanismus für die vereinzelt schwerwiegenden Störwirkungen ist unklar.

Die "Coordination gegen BAYER-Gefahren" fordert, den soeben vom Bundesgesundheitsamt aus der Rezeptpflicht entlassenen Wirkstoff wieder zu beschränken sowie ein Verbot der Werbung für AKTREN und andere Präparate gleichen Wirkstoffes. (ho) □

Tierversuche

Versuche immer zärtlicher ?

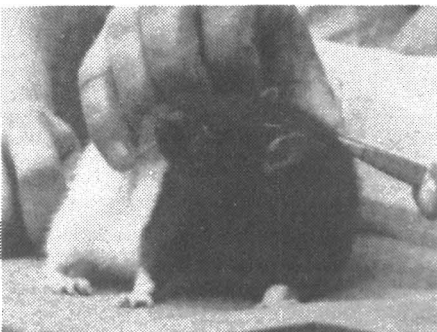
Auch für Tierversuche bei BAYER hat der Vorstand jetzt medienwirksame "Grundsätze" beschlossen, die an der Realität freilich wenig ändern dürften. Als Dokument des Zynismus hier eine Auswahl:

* Tierversuche sind sorgfältig zu planen und unter Anwendung moderner Forschungsmethoden durchzuführen.

* Schmerzen, Leiden und Schäden von Versuchstieren sind soweit wie möglich zu verhindern, bzw. auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

* Für Tierversuche sind nur sorgfältig ausgewählte und sorgfältig betreute Tiere zu verwenden.

* Haltung und Behandlung der Versuchstiere haben tiergerecht nach dem neuesten Stand der Wissenschaft zu erfolgen." (hm) □



Der BAYER-Tierschutzbeauftragte Dr. Günter Meister at work. Foto: Tierversuchsgegner NRW

Pestizide

Bio-Pestizide?

Das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) veranstaltete vom 12. bis 14. Oktober in Rudesheim ein Seminar, das der Frage nachging, welche Möglichkeiten verschiedene Methoden des nicht-chemisch-synthetischen Pflanzenschutzes in der Zukunft bieten können. Eine Seminarbesprechung von Henry Mathews.

Das Seminar verzichtete nach anfänglicher Diskussion auf eine strenge Abgrenzung derjenigen Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen, die Gegenstand der Betrachtungen sein sollten. Unter dem Arbeitstitel "Bio-Pestizide" wurden vielmehr all jene Substanzen und Verfahren verstanden, die in irgend einer Weise auf natürlich vorkommenden Stoffen basieren.

Ganz im Gegensatz zur Tradition von PAN-Seminaren hatte mit Georg Leber ein Vertreter der Pestizid-Industrie die Möglichkeit zum ersten Referat. Der Geschäftsführer des Industrieverbandes Agrar (IVA) sollte die "Rahmenbedingungen und Probleme des chemischen Pflanzenschutzes" umreißen. Wie die anschließende Diskussion verriet, wurde Leber dabei jedoch den Ansprüchen des überwiegend fachkundigen Publikums nicht gerecht. Der Wissenstand der Teilnehmer um insbesondere die Probleme des Pestizideinsatzes war deutlich höher, als ihn der IVA-Vertreter für das Seminar ansetzen mochte. Dennoch wartete er mit zwei interessanten Aussagen auf:

"Integrierter Pflanzenschutz - das heißt Pflanzenschutzmittel nur einzusetzen, wenn es unbedingt nötig ist."

ASPIRIN: Warnung für Schwangere

Schwangere Frauen werden davor gewarnt, in den letzten drei Monaten der Schwangerschaft ohne ärztlichen Rat ASPIRIN einzunehmen. In der späten Schwangerschaft angewandt, kann ASPIRIN unerwünschte Wirkungen auf den kindlichen Kreislauf und die Kontraktion der Gebärmutter haben, die Gefahren für das Baby und Probleme während der Geburt verursachen können. Diese Warnung wurde von der US-Medikamenten-Kontrollbehörde FDA ausgegeben. □

Interessant ist hierbei nicht die Aussage an sich, sondern der Umstand, daß damit erstmals auch der IVA diejenige Definition für Integrierten Pflanzenschutz (IPS) anerkennt, die das Pflanzenschutz-Gesetz der Bundesrepublik festlegt. Bislang hatte der IVA stets von Pestiziden als unverzichtbarem Bestandteil des IPS gesprochen.

"Ich prophezeie, daß Lindan niemals im Grundwasser gefunden wird." Die aufkommende Unruhe belegte, daß viele Seminarteilnehmer dieses Orakel zumindest skeptisch beurteilten. Die Jahre werden zeigen, ob Georg Leber mit seiner Einschätzung über das vielbenutzte Insektizid Recht behält.

Chance für Entwicklungsländer

Den Ansprüchen des Fachpublikums gerechter wurden die Professoren Schmutterer und Hummel vom Institut für Phytopathologie der Universität Gießen. Ihre Ausführungen über den Einsatz von Pflanzenextrakten und Pheromonen im Pflanzenschutz stellten die anwesenden Laien auf eine harte Probe, riefen aber eine Unzahl fachlicher Nachfragen hervor.

In beiden Referaten und einigen anschließenden Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, daß zahlreiche Verfahren dieser Bereiche schon weit über den Stand ihrer Erforschung und Entwicklung hinaus sind. Vielmehr wurden nicht wenige Beispiele angeführt, in denen bedeutende Pestizid-Konzerne "Bio-Pestizide" auf den Markt gebracht haben. Professor Schmutterer wies zudem darauf hin, die BAYER AG habe ihr Pestizid-Screening auch auf Pflanzenextrakte ausgeweitet.

Schmutterer bezeichnete insbesondere das aus dem Neem-Baum gewonnene Insektizid als große Chance für die Entwicklungsländer. Sie müßten dabei aus ihrer Produktion jedoch zuerst den Eigenbedarf an diesem "Bio-Pestizid" decken, bevor sie die Produkte des tropischen Baumes auch in die Industrieländer exportierten.

Blamage für BAYER

Einen ausgesprochen unrühmlichen Auftritt hatte Günter Naumann aus dem BAYER Pestizidzentrum Monheim. Ungeachtet gewaltiger Nahrungsmittel-Überschüsse in einigen Teilen der Welt kon-

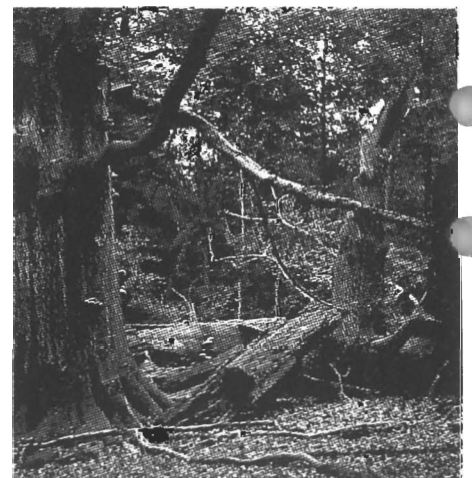
frontierte er die Zuhörer in seiner Einführung mit der These, der "Wettlauf zwischen Pflug und Storch" sei bisher weltweit immer annähernd ausgeglichen gewesen. Nur in einigen Regionen, die vom Weltmarkt abgekoppelt seien, und die sich die entscheidenden Güter nicht leisten könnten, würden Hungersnöte herrschen. Die ausbeuterischen Beziehungen zwischen sogenannter erster und dritter Welt fanden im Vortrag des BAYER-Chemikers indes keine Erwähnung.

Als Repräsentant des IVA sollte Naumann "Alternativen zum Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel" beschreiben. Stattdessen führte er den Seminarteilnehmern die Schwierigkeiten der Industrie mit Naturstoff-Pestiziden vor Augen: Die meisten in Frage kommenden Naturstoffe seien nicht oder nur unwirtschaftlich synthetisierbar. Ihre Extraktion aus Pflanzenbestandteilen scheitere in der Regel an nicht in ausreichender Menge verfügbarem Rohmaterial und dem geringen Wirkstoffgehalt der Pflanzen. Zudem seien zahlreiche schädlingspathogene Naturstoffe auch für den Menschen toxisch.

Obwohl BAYER gegenwärtig etwa ein Sechstel bis ein Fünftel seiner Pestizid-Forschungskosten auf Naturstoffe verwende, sei bei dem Unternehmen in den nächsten 10 Jahren nicht mit der Marktreife eines synthetisierten Naturstoffes als Pestizid-Wirkstoff zu rechnen, versicherte Naumann.

Ein Positivbeispiel nannte er lediglich im Bereich des Biologischen Pflanzenschutzes, indem er ankündigte, BAYER werde demnächst ein auf parasitierenden Pilzen beruhendes Präparat gegen den Dickmaulrüssler auf den Markt bringen.

Der Eindruck einer Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Möglichkeiten und den Darstellungen der Pestizid-Industrie entstand zu Unrecht - wie ein Vertreter der HOECHST AG betonte.



Pestizide stören das Gleichgewicht der Natur.

Umdenken für Forscher

Das Bestehen von Alternativen zum chemisch-synthetischen Pflanzenschutz bekräftigte hingegen Christian Schüler. Als Repräsentant der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau schilderte er die Möglichkeiten, die die von seinem Verband geförderte Landbauform bietet. Wie er einräumen mußte, wird trotzdem weniger als ein Prozent der Anbaufläche in der Bundesrepublik ökologisch bewirtschaftet.

Uwe Meier als letzter Referent forderte ein radikales Umdenken im Pflanzenschutz: Die Orientierung der Maßnahmen auf den Schädling muß nach seiner Ansicht der Orientierung auf die Nutzpflanze weichen. Nicht die Befallsstärke sei entscheidend, sondern der tatsächliche Ernteverlust, erläuterte der Mitarbeiter der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft. Deshalb dürfe das Ziel nicht die Tötung des Schadorganismus, sondern müsse die Stärkung der Nutzpflanze sein. Diese Stärkung beginnt für Meier bei der entsprechenden Sortenwahl und endet beim Einsatz von Präparaten, die die Widerstandskraft der Pflanze gegen schädliche Einflüsse erhöhen.

Mogelpackung "Integrierter Pflanzenbau"

"Integrierter Pflanzenbau" lautet die neue Devise von BAYER und der gesamten Pestizidbranche im 'Industrieverband Agrar', eigens erfunden, kritische Geister zu beruhigen. Und dennoch: Alternative Meinungen ernst zu nehmen, fällt dem Konzern, der zur Weltspitze der Pestizidhersteller zählt, schwer. Aber lesen Sie selbst. "Alternativ ist keine Alternative", titelt das BAYER-Magazin sein Editorial, aus dem wir im folgenden wörtlich zitieren:

"... Landwirtschaft ist eine Lebensaufgabe. Besser gesagt: eine Überlebensaufgabe. Immer weniger Menschen widmen sich dem Anbau von Nut- und Kulturpflanzen, die unsere Ernährungsgrundlage bilden. ... Die Ernährer des Volkes werden zur Minderheit. Auch die Ackerfläche verkleinert sich kontinuierlich. ... Der von den Bauern mit viel Engagement und Können praktizierte Pflanzenschutz gerät in die öffentliche Diskussion. Die Notwendigkeit chemischer Präparate ... wird in Frage gestellt. Bio-Produkte, die auf ungespritzten Feldern wachsen, könnten unsere Ernährung ebensogut sicherstellen, glauben viele. Können sie das wirklich? ...

Die Antwort der Fachleute auf diese Frage ist eindeutig: nein! Die großen Ernteauffälle, die durch den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel unvermeidbar sind, würden die Preise für Nahrungsmittel um rund 200 Prozent in die Höhe treiben. Nur unter den Bedingungen der Überproduktion können wenige Bauern Obst, Gemüse, Getreide und tierische Produkte auch mit alternativen Methoden bei gleichzeitig sehr hohen Preisen wirtschaftlich erzeugen.

Und Pilze, Viren und Insekten sind heute noch so aktiv, wie vor Jahrzehnten. ...

Das Schlüsselwort heißt integrierter Pflanzenbau. Diese Methode soll dem behutsamen Umgang mit der Natur die gleiche Bedeutung geben wie der Ökonomie. Der integrierte Pflanzenbau ist ein Puzzle, das sich aus verschiedenen Mosaiksteinen zusammensetzt: die Bearbeitung des Bodens, die Unkrautbekämpfung, ... die Nutzung von Vögeln und Insekten als natürliche Pflanzenschützer. ... Wenn sich Schädlinge und Krankheitserreger trotz aller Maßnahmen in so starkem Maße vermehren, ... erst dann unterstützt die Chemie die Arbeit der Landwirte. ...

Die ungebremsste Bevölkerungsexplosion läßt den Bedarf an Nahrungsmitteln unaufhörlich ansteigen. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden mehr als sechs Milliarden Menschen die Erde bevölkern. ...

Moderne Chemie-Präparate, die sich bei tausenden von Laboranalysen und einer mehrjährigen Freilandprüfung auf Versuchsgütern der BAYER AG bewähren, werden strengen Anforderungen der Umwelt- und Gesundheitsvorsorge gerecht. ..."

Greenpeace-Studie beweist:

MOBAY exportiert nicht-registrierte Pestizide

Am 31. Januar 1990 verurteilte die amerikanische Umweltbehörde EPA die BAYER-Tochter MOBAY zu insgesamt 48.000 Dollar Strafe wegen des Exports von Tokuthion in 17 Fällen in nicht-englischsprachige Länder. Die gefährliche Fracht war lediglich mit englischer Beschriftung versehen - ein Verstoß gegen Internationale Sicherheits- und Handelsstatuten.

Eine mittlerweile veröffentlichte Studie von Greenpeace International macht anhand von vier Fallstudien auf Exportpraktiken großer Pestizidproduzenten aufmerksam. Die untersuchten Pestizide - Butachlor von Monsanto, Haloxyfop und Nuarimol von Dow Elanco sowie Prothiophos von Mobay - wurden im Ursprungsland USA niemals registriert und zum Teil schon seit Jahren vornehmlich in Länder der sogenannten Dritten Welt exportiert. Die BAYER-Tochter Mobay in Missouri stellt das hochtoxische Organophosphor-Pestizid Prothiophos in

Kansas City seit 1976 her und verkauft es unter dem Handelsnamen Tokuthion.

Der Wirkstoff Prothiophos wird in einer Vielzahl von Ländern der "Dritten Welt" benutzt. Pestizidrückstände in für Industriestaaten bestimmte Nahrungsmitteln machen deutlich, daß spätestens wenn Kiwis und Äpfel aus Neuseeland oder Palmöl aus Indonesien die Heimat der Pestizidhersteller erreichen der "Kreislauf der Gifte" wieder geschlossen ist. Mit Prothiophos von Mobay behandelte neuseeländische Äpfel machten 1989 etwa 18% des amerikanischen Imports an Speiseäpfeln aus. Ähnliches gilt für weitere "hochwertige" Exportgüter aus den sog. Entwicklungsländern (japanische Birnen, indonesischen Tee, australischen Wein). Die Greenpeace-Studie zeigt nur die Spitze eines Eisberges perfider Praktiken, die landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduzenten wie heimischen Verbrauchern unkalkulierbare Risiken aufbürden - jenseits jeder behördlichen Kontrolle. (uf) □

10 % Weltmarktanteil bei Pestiziden

BAYER weltweit auf Platz drei

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) legt alljährlich eine neue Schreckensbilanz vor. Wenngleich der Umsatz an Pestiziden rückläufig ist, sind die absoluten Zahlen horrend. Tödlich hoch.

Trotz rückläufiger Tendenz ist die insgesamt in der Bundesrepublik produzierte Tonnage von über 123'000 Tonnen an Pestiziden erschreckend. Hinzu kommen fast 26'000 Tonnen eingeführter Gifte. Während ca. 20 % der Summe im Inland ausgebracht wird, ist die größte Menge für den Export in alle Welt bestimmt.

Der weltweite Umsatz im Geschäft mit Pestiziden umfaßte 1989 einen geschätzten Wert von 36,2 Mrd. DM und lag damit um 8 % über dem Vorjahreswert. BAYER, international auf Platz drei - hinter CIBA GEIGY und ICI - und in der Bundesrepublik sogar Spitzenreiter, ist mit der Entwicklung relativ zufrieden. Dies obwohl der Konzernumsatz mit Pestiziden von knapp 2,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 1988 auf etwa 1,9 Mrd. US-Dollar im Jahr 1989 gesunken ist. "Das Geschäft hat sich weiter kräftig erholt", jubelt der offizielle Geschäftsbericht sogar.

Die bedeutendsten bundesdeutschen Agrogiftproduzenten sind neben BAYER der HOECHST- und der BASF-Konzern auf Platz acht und neun der Weltrangliste. BAYER allein hat einen Anteil am Pestizid-Weltmarkt von 10 %. 48,6 %

des Umsatzes werden in Europa erzielt, wo BAYER eigenen Angaben zufolge Marktführer ist. Der asiatisch pazifische Raum trägt mit 19,9 % zum Umsatz bei. Nordamerika hat einen Anteil von 15,1 %, Lateinamerika von 12,1 %. Konnte der Umsatz 1989 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 7,6 % gesteigert werden, so im Fungizidbereich gar um 17 %. Auf dem weltweiten Fungizid-Markt nimmt BAYER nach CIBA GEIGY die Nummer zwei ein. Bei den Herbiziden sank der Umsatz von 1987 auf 1988 um 7 %, konnte aber von 1988 auf 1989 wieder um 14 % gesteigert werden. BAYER-Manager hoffen, künftig durch neue Produkte den Absatz erneut beleben zu können.

BAYER's Strategie zur Umsatzsteigerung umfaßt vor allem drei Bereiche: 1. die Entwicklung neuer Produkte unter Heranzuziehung der Methoden der Gentechnik, 2. die Abrundung der BAYER-Produktpalette durch aktive Lizenzpolitik sowie 3. Akzeptanzsteigerung durch Propagierung des Konzeptes "Integrierter Pflanzenschutz", vom "Industrieverband Agrar" eigens erfunden, den Pestizideinsatz als umweltverträglich auszuweisen. (ho) □

Es stand in Konkret*

BAYER-Kritiker juristisch mundtot gemacht!

Viel zuviel hat uns der vom BAYER-Konzern aufgezwungene Prozeß schon gekostet.

Um weiterhin effektive Arbeit leisten zu können und die Verfassungsbeschwerde finanziell durchzustehen, sind wir dringend auf Spenden angewiesen.

COUPON

Ich möchte weitere Informationen

- DM 5,- für kleines Infopaket
 DM 20,- für großes Infopaket
 Ich möchte Mitglied werden

Absender: _____

Datum/Unterschrift: _____

Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Achim Schmottlach
 Hofstraße 27a
 5650 Solingen 11

Spendenkonto:

Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Post Giro A Essen 4536 85431

*J. Ausgabe 5/89: Irene Meichner schrieb über die Verleumdungsklage des BAYER-Konzerns gegen die "Coordination gegen BAYER-Gefahren".

Solidaritätsarbeit für KollegInnen bei BAYER DO BRASIL bringt Konzern in Rechtfertigungszwang

Partei ergreifen für die Entrechteten

Kaum ein Ereignis in den letzten Monaten hat derart das Image von BAYER geschädigt, wie die harte Gangart des Konzerns gegen die brasilianischen Kolleginnen und Kollegen. "Repression statt Lohn", so titelte das Sonderheft von "Stichwort: BAYER". Auf beispielhafte Weise organisierten kritische GewerkschafterInnen und Kirchenmitglieder sowie die "Coordination gegen BAYER-Gefahren" praktische Solidarität. Dies nicht ohne Erfolg: In Brasilien rausgeschmissene Gewerkschafter mußten wieder eingestellt werden. Doch noch immer sind fast 200 Menschen entlassen, noch immer zahlt BAYER Löhne unterhalb des Existenzminimums. Zusammen mit der Kritik wächst unterdessen der Rechtfertigungsdruck des Konzerns. Deshalb vielleicht durften Ende August (1990) KollegInnen aus bundesdeutschen Chemiekonzernen und aus der kirchlichen Solidaritätsarbeit für die sogenannte 3. Welt, sich vor Ort ein Bild von den Lebens- und Arbeitsbedingungen machen. Ein beschränktes freilich. Denn BAYER ließ sich nur ungerne in die Karten schauen. Die Reisegruppe interessierte besonders, ob sich die Aussage der Geschäftsleitungen von BAYER und anderen Firmen bestätigen würde, in ihren Unternehmen würden weltweit die gleichen Standards eingehalten. Das Hauptaugenmerk richtete sich somit auf die Bedingungen bezüglich Arbeitssicherheit, Umweltschutz und soziale Lage in den Niederlassungen bzw. Tochtergesellschaften deutscher Chemiegiganten. Ein Reisebericht von Beatrix Sasser mann.

Zugegeben, in drei Wochen kann man sich sicher kein umfassendes Bild machen, und Eindrücke, Erfahrungen sind oft subjektiv. Aber wir haben festgestellt, daß sie sich decken mit den Erfahrungen, die andere KollegInnen in diesem Land gemacht haben, und mit Informationen, die in einschlägigen Broschüren veröffentlicht sind. Brasilien ist die achtgrößte Industrienation und trotzdem das drittärmste Land der Erde.

Doppelter Standard: Lohn

Wen wundert da, daß es, angesichts dieser Lage, in den letzten Jahren verstärkt zu Lohnkämpfen gekommen ist. So hat es z.B. im Juni 1989 seit 25 Jahren den ersten Streik bei Bayer do Brasil (Werk Belford Roxo) gegeben, bei dem die Geschäftsleitung 12 Mitglieder der Gewerkschaftsleitung und weitere 65 Kollegen feuerte und die Militärpolizei "zu Hilfe" rief (SWB 1/2 89 S. 15, SWB 2/90 S. 20).

Auch jetzt standen in diesem Werk wieder Lohnverhandlungen an. Die KollegInnen hatten durch Inflation einen Lohnverlust von 95% in den letzten 12 Monaten erlitten und forderten einen entsprechenden Ausgleich. Eine Gewerkschaftsversammlung stimmte über das letzte Verhandlungsangebot von Bayer ab. Die Geschäftsleitung hatte Vorgesetzte und Mitarbeiter der Verwaltung aufgerufen, sich an der Versammlung zu beteiligen. In Brasilien sind Arbeiterversammlungen für alle offen und es findet nicht die bei uns übliche bürokratische Kontrolle vor Anwesenheit, Spesen, Fahrgehd etc. statt. Eine knappe, aber deutliche Mehrheit (ca. 60% : 40% der Anwesenden) entschied sich für Annahme des Vorschlags. Entscheidend war dabei wohl weniger die Zufriedenheit über das erzielte Ergebnis als die Angst vieler KollegInnen vor einem neuen Streik, bei dem wieder mit Repressionen und Entlassungen zu rechnen gewesen wäre.

Auch in anderen Betrieben und Bran-

chen gab es Lohnauseinandersetzungen. Die fortschrittliche CUT-Gewerkschaft versuchte die Kampfkraft zu bündeln und am 12. September eine Art Generalstreik zu organisieren, der den Protest zu den Regierungsplänen zum Ausdruck bringen sollte. Der Aufruf wurde nur zum Teil befolgt, u.a. bei den kampfstarken Beschäftigten der Banken.

Bezogen auf unsere Fragestellung war herausgekommen: In den brasilianischen Fabriken von Glasurit, Bayer und Hoechst werden die gleichen Produkte gefertigt wie in deutschen Werken. Nur, der Produktionsfaktor "Arbeit" in Form des Lohnes ist fünf mal billiger. Und das bei Lebenshaltungskosten, die Zweidrittel von den unsrigen ausmachen.

Die Philosophie der Arbeitssicherheit: Weltweit gültig?

Bei den verschiedensten Gelegenheiten, Treffen mit den Kollegen aus Brasilien, von Instituten, von Gewerkschaften wurde uns übereinstimmend und unabhängig von einander berichtet, daß in den meisten Fällen die Kollegen am Kessel in der Produktion und selbst die in der CIPA (paritätische Arbeitssicherheitskommission) nicht wüßten, mit welchen Stoffen sie umgehen und was deren Gefährdungspotential ist. Oftmals sind die Behälter "codiert", durch Farben oder Buchstaben gekennzeichnet, zu denen es nur sehr allgemeine Arbeitsanweisungen gibt. Die Arbeiter haben die Codes notiert und die CUT-Gewerkschaft oder Institute haben die "Fürsorgepflicht der Arbeitgeber erfüllt", indem sie die Bezeichnungen entschlüsselt und über die gesundheitlichen Gefährdungen aufgeklärt haben.

Allerdings wurde uns bei dem Werkbesuch bei Bayer die weltweite Sicherheitsphilosophie erläutert. Auf Nachfrage wurde uns versichert, daß sehr wohl die Arbeiter in der Produktion u.a. über sogenannte "Sicherheitsblätter" auf die Eigenschaften der Stoffe und deren Ge-

fahren hingewiesen würden. Als Beweis wurden uns Exemplare dieser Sicherheitsblätter überreicht, die wir gleich an Kollegen aus dem Betrieb weitergeben haben. Diese hatten bisher weder von den Blättern gehört noch welche gesehen.

Gesehen haben auch wir bei den Werksbesuchen nicht viel. Wir wurden im Bus herumgefahren. Bei Bayer waren die Werkstraßen trotz Mittagszeit wie leergefegt. Das was wir vom Werks Gelände sehen konnten, sah sauber, aufgeräumt und zum Teil moderner als in den deutschen Werken aus. Wir haben allerdings keinen Betrieb von innen gesehen, mit keinem Kollegen an seinem Arbeitsplatz sprechen können. Wie uns Kollegen später erzählten, wurde unser Besuch in der Weise vorbereitet, daß alles sauber zu machen sei, der Kontakt mit den Besuchern vermieden werden sollte, die Sitzordnung in der Kantine verändert wurde.

Der Umwelt keine Chance

Es gibt noch nicht lange Gesetze und Richtlinien zum Umweltschutz. Obwohl sie sich auf dem Stand der 50'er Jahre befinden, wird laufend dagegen verstoßen. Das Arbeitsministerium soll die Einhaltung gewährleisten. Den Verursachern geschieht bei Verstößen in den seltensten Fällen etwas.

Bayer hat laut Aussagen der brasilianischen Umweltkontrollbehörde bis vor wenigen Jahren drei Tonnen Chrom pro Tag in den Sarapuí-Fluß und somit in die idyllische Guanaraba-Bucht "entsorgt". Bis heute hält Bayer die vorgeschriebenen Grenzwerte für Chrom (Cr 6+ ist krebserregend) nicht ein. Einer Untersuchung zufolge wurden auch die Richtwerte für vier weitere Stoffe (Phenol, Ammoniak, Schmierstoffe und Öle, Kupfer) nicht eingehalten. Für die Höchstmenge der Chromeinleitung in den Fluß wurde eine erneute Fristverlängerung bis nächstes Jahr gewährt.



500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Encuentro Continental del Pueblo Indígena

DIE ERKLÄRUNG VON QUITO

Die neue Qualität des Widerstands von indianischen Völkern zeigte sich auf der ersten kontinentalen Versammlung vom 17.-21. Juli in Quito, Ecuador. Die rund 300 VertreterInnen, von 120 indianischen Nationen, bekräftigten dort ihre gemeinsame Offensive zum Recht auf Selbstbestimmung in eigenen Territorien, zum Ende der nun fünf Jahrhunderte währenden Verfolgung und für die Freiheit und die Akzeptanz ihrer Kulturen. Den Sarkasmus der Fest- und Freudenfeiern von den spanisch-/amerikanischen Regierungen zum fünfhundertsten Jahrestag der Invasion 1492 setzen sie eine Kampagne »500 Jahre indianischer Widerstand« entgegen. Gleichzeitig soll der Tag der Landung spanischer Schiffe zum Trauertag für die indianischen Völker erklärt werden. In der Erklärung der »Declaración de Quito«, wurden folgende Schwerpunkte herausgestellt:

»1. Wir lehnen die 500-Jahr-Feiern rundweg ab. Wir sind fest entschlossen, dieses Datum zum Anlaß zu nehmen unsere Einheit zu festigen, und auf dem ganzen Kontinent unseren Befreiungskampf zu verstärken.

2. Wir bestehen auf unserem unverzichtbaren politischen Projekt, im Rahmen der Nationalstaaten und auf der Basis einer neuen, vom Volk getragenen politischen Ordnung unsere Selbstbestimmung und Autonomie durchzusetzen. Wir werden dabei die politischen Prioritäten respektieren, die die jeweiligen Völker sich setzen

3. Wir betonen unsere Entschlossenheit, unsere Kultur, unser Erziehungswesen und unsere Religion, die Grundlagen unserer Identität als Völker, zu verteidigen. Wir wollen unsere eigenen Formen des spirituellen Lebens und Gemeinschaftslebens in enger Verbundenheit mit unserer Mutter Natur wiedergewinnen.

4. Wir weisen die Machenschaften durch Organisationen, ohne indigene Vertretungsbefugnisse zurück, denn sie mißbrauchen unseren Namen zugunsten imperialistischer Interessen und stehen in Verbindung mit den herrschsüchtigen Schichten unserer Gesellschaften. Dem gegenüber bestätigen wir unseren Willen, unsere eigenen Organisationen zu stärken, ohne Abschottung und Isolierung von andern Teilen des Volkswiderstands.

5. Wir erkennen die bedeutende Rolle an, die der indianischen Frau im Kampf unserer Völker zukommt. Wir sind uns der Notwendigkeit bewußt, die Beteiligung von Frauen in unseren Organisationen zu vergrößern und

betonen, das Mann und Frau gemeinsam sich für unsere Befreiung einsetzen müssen. Das ist ein entscheidendes Element unserer politischen Praxis.

6. Wir indianischen Völker betrachten die Verteidigung und den Erhalt der natürlichen Lebensräume als lebenswichtig, die gegenwärtig durch transnationale Konzerne bedroht werden. Wir sind überzeugt, daß diese Verteidigung erst wirksam wird, wenn die dort lebenden indianischen Völker, im Rahmen ihrer Lebensformen, diese Gebiete verwalten und kontrollieren.

7. Wir stellen die Rechtsordnung der Nationen in Frage, weil sie das Ergebnis kolonialer und neo-kolonialer Entwicklungen sind. Wir streben eine neue Gesellschaftsordnung an, die die Ausübung unserer traditionellen Gewohnheitsrechte schützt. Wir fordern unsere Anerkennung als Völker im Sinne des internationalen Völkerrechts und verlangen dies auch von den betreffenden Nationalstaaten anzuerkennen.

8. Wir klagen an, daß wir indianischen Völker von Gewalt und Verfolgung betroffen sind. Darum fordern wir Achtung vor unserem Recht auf Leben, Land, Organisationsfreiheit und freie Ausübung unserer Kultur. Gleichzeitig fordern wir die Freilassung aller unserer politischen Repräsentanten, das Ende der Repression und eine Entschädigung für die verursachten Schäden«(S.2).

Resolutionen:

Als Grundlage weiterer Beschlüsse erklärten die VertreterInnen der indianischen Völker zu den 500 Jahr Feiern:

»Von unserem Standpunkt aus gesehen sind die Invasion, die 1492 begonnen hat und dieses Regime, das Ausbeutung und Unterdrückung installiert hat, noch nicht vorüber. Es besteht nicht nur im Hinblick auf die indianischen Völker, sondern sie betreffen die Gesamtheit der jeweiligen Gesellschaften. Jedoch setzt sich auch der Widerstand und der Befreiungskampf unserer Völker fort.

- Die Arbeit in unserer panamerikanischen Kampagne »500 Jahre indianischer Widerstand« muß sich an der Basis orientieren, um Vertrauen aufzubauen, sie muß sich in nationalen Komitees mit Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten darstellen, die Kommunikation und Koordination fördern und gemeinsame regionale und kontinentale Kampagnen in die Wege leiten.

- Die Kampagne muß ein Kommunikationsnetz schaffen, um die verschiedenen Vorschläge, zum Widerstand gegen die 500 Jahr Feier, zum Ausdruck zu bringen

- Unser Bündnis mit anderen Bevölkerungsschichten wird vom Prinzip gegenseitigen Respekts geprägt sein und soll dazu beitragen, daß wir in unserem Bemühen vorankommen, die Realität unserer Länder umzugestalten.

- Wir müssen den kulturellen Austausch zwischen den alten und den jungen Menschen fördern.

- Wir müssen den 11. Kongreß 500 Jahre indianischer Widerstand und Volkswiderstand, der 1991 in Guatemala stattfinden soll, unterstützen und an ihm teilnehmen.

- Wir schlagen vor, daß in Guatemala die Möglichkeit diskutiert wird, Anfang 1992 in Cuba einen Weltkongreß über die 500 Jahre und die Indianerfrage abzuhalten. Dadurch soll in der Öffentlichkeit mehr Interesse an unserer Situation geweckt werden und auf dem ganzen Kontinent eine ernsthafte Debatte über die Lage der Indianer initiiert werden.

- Wir müssen gegen die Politik der Modernisierung, Privatisierung und der totalen Unterordnung für die Interessen des US-amerikanischen, europäischen, israelischen und japanischen Imperialismus, die von den Regierungen unserer Länder gegenwärtig gefördert werden, kämpfen. Denn diese Interessen haben für die indianischen Völker den Raub ihres Landes und ihrer Naturressourcen zur Folge gehabt und uns in Abhängige und Ausgebeutete verwandelt.

- Der Kampf um die Agrarreform in unseren Ländern muß auch die Rückgewinnung unseres Gemeinschaftslands zum Ziel haben.

Kampagnenbellage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften, Auflage 33.000

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, COORDINATION GEGEN BAYER, Cuba Libre, Dritte Welt, EPD Entwicklungspolitik, EPK, FORUM, ideas, ika, ila, Lateinamerika-Nachrichten, Lateinamerika Anders, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbriefe, TRIALOG

Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, Kronenstr. 16 HH, 7800 Freiburg, 0761-74003

Layout: Andreas Wenzel
V.i.S.d.P.: Gerhard Rieger

Wir danken dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für finanzielle Unterstützung.

- Der Kampf um unsere Rechte (Land, Bildung, Gesundheit usw.) muß in ein eigenes politisches Projekt eingebettet sein, das ein organisiertes Vorgehen ermöglicht und zu einer Umgestaltung der herrschenden Gesellschaftsordnung und zur Herausbildung einer Gegenmacht beiträgt.

- Um unsere Völker zu entkolonisieren, müssen wir um eine zweisprachige, interkulturelle Erziehung für die gesamte Gesellschaft kämpfen, wobei die indianische Erziehung in den Händen der Indianer liegen muß.

- Unterstützen und koordinieren müssen wir einerseits ein Tribunal der Völker um der fünf-hundertjährigen Invasion den Prozeß zu machen und andererseits die Konferenz von Befreiungstheologen mit dem Namen »Santo Domingo für das Volk«. Solche Aktivitäten tragen dazu bei, die Zusammenarbeit mit anderen Interessierten zu erleichtern und ein erweitertes Publikum zu erreichen.

- Wir fordern, daß die Vereinten Nationen im Hinblick auf 1992 das Recht der indianischen Völker auf Selbstbestimmung bestätigen. Hierzu ist es nötig, daß wir Basisarbeit leisten, um Druck auf die Regierungen auszuüben und Bündnisse mit anderen unterdrückten Volksschichten und fortschrittlichen Regierungen zustandebringen.

- Die Delegierten aus den USA nehmen sich für die Präsidentschaftswahlen 1992 vor, Druck auszuüben, damit die Probleme der indianischen Völker Nordamerikas Beachtung finden. Sie wollen auch auf die Außenpolitik der USA in Fragen, die die indianische Völker betreffen, Einfluß nehmen.

- Es ist nötig, daß die indianischen Völker sich koordinieren, um gemeinsam offizielle Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen aufzunehmen, die es uns ermöglichen, politische Freiräume und Verhandlungsspielräume zu erobern.

- Wenn Spanien bereit ist, für die Schäden, die die Invasion angerichtet hat, Entschädigungszahlungen zu leisten, fordern wir, daß diese Mittel für Projekte verwendet werden, die den Bedürfnissen unserer Völker entsprechen. Wir sollten daher ein Seminar veranstalten, um unsere Politik in der Frage der Entschädigung zu definieren.

- Wir solidarisieren uns mit den afroamerikanischen Völkern, die ebenfalls Opfer der Zerstörung durch die europäischen Invasion sind. Wir fordern diese Völker auf, sich unserem Kampf anzuschließen, im Sinne der Einheit und der Achtung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten beider Kontinente.

- Unsere Kampagne muß sowohl kurz- als auch langfristig gemeinsame Ziele und Aktionen umfassen. Unsere Strategie ist anticolonialistisch und antiimperialistisch. Wir sollten in jedem einzelnen Land und auf dem ganzen Kontinent Protestaktionen durchführen:

★ Proteste gegen Regierungskonferenzen, welche die 500 Jahre feiern unterstützen.

★ Unsere Kampagne sollte sich gegen die multinationalen Konzerne und ihre Raubzüge auf indianischen Gebiet richten.

★ Wir protestieren gegen das Wettrüsten, das unsere Gesellschaft stranguliert.

★ Wir protestieren gegen Organisationen und Institutionen, die den Namen der Indianer mißbrauchen, um eigennützige Projekte durchzuführen, die unseren Interessen widersprechen.

★ Wir unterstützen Widerstandsformen, die ein Vorbild für die Kämpfe unserer Kampagne sind, wie z.B. der Indianeraufstand in Ecuador.

★ Wir wollen in in- und ausländischen Massenmedien eine intensive Pressekampagne beginnen, um über unsere Lebensweisen und unsere Wahrheiten zu informieren" (S.3).

Der Kongreßbericht beschreibt anschließend die Differenzen und die Gemeinsamkeiten der indianischen Lebensvorstellungen und Existenzbedingungen, und formuliert Ansprüche an Aufbau und Struktur von Vertretungs- und Kommunikationsorganen. »Unsere Führung und Basis muß ständig geschult werden, die Arbeit der Organisation muß regelmäßig hinterfragt werden und es muß möglich sein die Führung zu ersetzen, um eine Spaltung der Organisation zu vermeiden« (S.5). Dabei werden die Gefahren fehlender Basisdemokratie verdeutlicht, da: »Internationale Indianerorganisationen wie der Südamerikanische Indianerrat (CISA) und der Weltirat indianischer Völker (CMPI) Apparate sind, die sich von den Indianerorganisationen der einzelnen Länder entfernt haben und oft individuellen Interessen dienen«(S.5). Gefordert wurde auch, daß: »Alle Institutionen, die Objekte, heilige Handschriften und andere überlieferte Werte, der amerikanischen Indianer besitzen, müssen diese an unsere indianischen Nationalitäten zurückgeben. Es müssen nationale Museen geschaffen werden, die von Indianern kontrolliert werden« (S.4). Die indianischen Frauen verknüpfen in ihrer Analyse ihre Existenzbedrohung mit der Zerstörung und Vergewaltigung der Erde. Exemplarisch stellen sie den Militarismus als lebensfeindlich, frauenfeindlich und gewaltverherrlichend heraus; denn die Rekrutierung von Männern sorgt dafür, daß: »Diejenigen, die nach Hause zurückkehren, verlieren haben frei und friedlich zu leben« (S.6). Die Frauen fordern schließlich die Solidarität und Hilfe zur Auffindung der Verschwundenen und weisen die Praktiken der Zwangssterilisierung zurück. Sie beschreiben auch die Arroganz der Männer in ihren Organisationen und schlagen vor, daß auf allen Ebenen und auf den zukünftig organisierten Treffen, der Anteil der Frauen und Männer gleich groß sein soll. »Wir wollen keine isolierten Frauenorganisationen schaffen, sondern die Einheit mit den männlichen Compañeros suchen« (S.6).

Daß die indianische Lebensvorstellung insgesamt eine Alternative für die weltweiten Umweltzerstörungen bedeuten, drückt sich in ihrer Einschätzung zum 20. Jahrhundert aus: »Am Ende des 20. Jahrhunderts, wo angeblich die Zivilisation ihren höchsten Stand erreicht hat, wo die technologischen Fortschritte alle Erwartungen übertreffen, wo es den beiden Gesellschaftssystemen nicht gelungen ist, die Probleme der Menschheit zu lösen, haben die sogenannten Großmächte, die sich mit ihrem Entwicklungsstand brüsten, die Ungleichheit, die Krise und die ökologische Zerstörung verschärft und damit wurde das Gleichgewicht des Planeten ernsthaft in Gefahr gebracht. In dieser Situation tritt verstärkt das indianische Gegenmodell mit seiner historischen Verantwortung ans Tageslicht, eine Folge ihres klaren Weltbildes und ihrer harmonischen Lebensweise mit der Natur« (S.6).

KULTUR/MEDIEN

Filmtitelliste zum Thema »500 Jahre«

EZEF (Evangelisches Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit) und CON Film aus Bremen stellen eine Liste von verfügbaren Filmen zu 500 Jahren Kolonialismus zusammen. Diese Liste wird voraussichtlich als Sonderbeilage im Frühjahr 1991 in den "Dritte Welt" Zeitschriften erscheinen. Kontakt: EZEF, Gänsheidestr. 67, 7000 Stuttgart 1

Peruanische Radiobeiträge

Unter dem Titel »500 Jahre Völkermord und Evangelisation« wurden im letzten Jahr in Puno (Peru) elf Beiträge von einer Gruppe von Befreiungstheologen für den örtlichen Radiosender erstellt. In den Sendungen werden das Bewußtsein und der Glaube der Eroberer als Grundlagen von Aggression und Versklavung behandelt und es wird im Sinne der Befreiungstheologie der Widerstand von Dominikanern gegen die Gewalt zur Befreiung der Unterdrückten beschrieben.

Die Sendungen wurden auf Kassette aufgenommen und können ausgeliehen werden.

Kontakt: **Brigitte Berdeismann,**
Ferdinand-Weiß-Str. 116, 7800 Freiburg,

Filmprojekt »Begegnung zweier Welten«

Anhand der derzeitigen Situation von vier indianischen Völkern sollen sowohl die bedrückende Aktualität der Kolonisation als auch die Formen indianischer Selbstbehauptung erzählt werden. Es wird gezeigt, daß jede Phase der Kolonialgeschichte in ihrem Wesen noch heute auf dem Kontinent stattfindet. Dabei soll im Norden des amerikanischen Kontinents begonnen werden und exemplarisch verschiedene Episoden der 500-jährigen Geschichte thematisiert werden. Kontakt: Pfanz, Oranienstr. 45, 1 Berlin 36

»Die Vereinigten Theaterstaaten von Amerika«

Für 1992 ist eine große Kultur- und Theaterkarawane durch Lateinamerika geplant. Die Aktivitäten, die unter der Überschrift »La des-conquista« stehen, werden von der 1989 gegründeten lateinamerikanisch-karibischen Theaterschule (EITALC) koordiniert. Sie beginnt mit der Mobilisierung der verschiedenen nationalen Theatergruppen. Von Mexiko, Feuerland und Brasilien setzen sich die Gruppen in Bewegung, geben Theatervorstellungen, bieten Kurse für die Bevölkerung an und fahren dann zusammen weiter. Ziel der Karawanen ist ein großes Treffen vom 15.-30. Juni '92 in Ecuador.

Außerdem werden VertreterInnen kultureller und politischer Projekte aus den Industriestaaten zum NORD-SÜD-Dialog eingeladen. Im Anschluß daran besteht die Möglichkeit, die Karawane in Europa fortzusetzen.

Max Meier, Görölzerstr. 50,1 Berlin 36

Literaturtipps

Urs M. Viechtner, Sergio Vesely

Erwachen in der neuen Welt

Die Geschichte von Bartholomé de las Casas

Signal Verlag, Baden-Baden 1989, 152 Seiten, DM 22,80.

Best.-Nr 1016

Bartholomé de las Casas (1484 bis 1566) zählt ohne Zweifel zu den berühmtesten Persönlichkeiten der lateinamerikanischen Kolonialgeschichte. Als einer der ersten wandte er sich gegen die Greuelthaten der spanischen Eroberer und begann einen, mit zäher Verbissenheit geführten Kampf um die Lebensrechte der Indio-völker.

»**Erwachen in der neuen Welt**« ist eine Erzählung aus den ersten Etappen im Leben des späteren Bischofs Las Casas, aus jenen drei Jahrzehnten, die aus dem "ganz normalen" spanischen Kaufmannssohn eine Ausnahmeerscheinung in der Geschichte der Eroberung Lateinamerikas machten. Es handelt sich nicht um ein Biographie im engen Sinne, sondern um ein farbiges Buch über einen Menschen und seine Zeit.

Hans Magnus Enzensberger (Hrsg.)

Bartholomé de las Casas kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder

Insel Verlag, Frankfurt 1987, 152 Seiten, DM 12,00, Best.-Nr.1030

Originaltexte des oben beschriebenen de las Casas. Nichts beschönigend und ausgezeichnet, mit einer Genauigkeit, mit der die Strukturen der kolonialen Herrschaft erfaßt werden. Ergänzt ist das Buch von einem Kommentar Enzensbergers.

Heinz Dieterich (Hrsg)

Die Neuentdeckung Amerikas

Essays, Gedichte, Interviews von und mit Mario Benedetti, Alejo Carpentier, Gustavo Gutiérrez, Elena Pontiatowska u.a.

Lamuv Verlag, Göttingen, Oktober 1990, 240 Seiten, DM 29,80. Best.-Nr. 1012

Die Beiträge des Buchs sind im Rahmen des internationalen Wettbewerbs »**Emancipación e Identidad de America Latina: 1492-1992**« entstanden. Es sind Versuche, die Geschichte der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika aufzuarbeiten und Perspektiven für ein neues Verhältnis zwischen "Erster" und "Dritter" Welt aufzuzeigen.

Frauke Gewecke

Wie die neue Welt in die alte kam

Klett-Cotta, Stuttgart 1986, 315 Seiten, DM 38,00. Best.-Nr. 1006

Nicht die Taten und Untaten europäischer Entdecker in der neuen Welt interessieren die Autorin, sondern wie die neue Welt von der alten wahrgenommen wurde, wie diese Wahrnehmung von Anfang an durch stereotype Vorstellungen und Vorurteile geprägt war: schöne Wilde, nackte Kannibalen, Heiden, Barbaren, Monster, unermäßliche Schätze, das irdische Paradies...

Dieses Buch, gut lesbar und spannend, sollte schon deswegen gelesen werden, weil es sich mit den Wurzeln unseres alltäglichen (auch linken) Rassismus beschäftigt. Und der wird uns im "Europa 1992" noch mächtig zu schaffen machen.

Edition Nahua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

TAGUNGSWIESE

AFRIKA, der vergessene Kontinent 21.-25.11.'90

Internationales Symposium/Beratungstreffen
in Münster/Enschede

Neben Themen wie: Multis, Weltmarktintegration einzelner Regionen, Rohstoffpreisentwicklung, Strukturpassung (IMF, Weltbank, Lomé-Abkommen) und Ökoflüchtlinge wurden die Auswirkungen des EG-Binnenmarkts und die Bedeutung Afrikas in der Kampagne zu 500 Jahre Kolonialismus beraten. Kongreßergebnis bei: AKAFRIK, Lingenerstr.9, 4400 Münster

Europäisches NGO-Treffen in Kopenhagen am 24./25.11.'90

Als Ergebnis einer Diskussion von Internationalismus-, Umwelt-, Menschenrechts- und ökumenischen Gruppen vom 13.-15. September in Strasbourg, lädt nun die dänische SIMU (Cooperation for International Environment and Development) nach Kopenhagen zu einem Fortsetzungstreffen ein. Zentrales Thema ist die Bildung eines europaweiten Netzwerks. Die Konsequenzen des EG-Binnenmarkts, die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (1992 in Brasilien) und der 500-jährige Kolonialismus sollen erörtert werden. Ein Tagungsbericht erscheint in der nächsten Beilage. Grundsatzpapiere sind anzufordern bei: SIMU, c/o NOAH, Studiestraede 24, 1455 Kopenhagen, Dänemark

Feministischer Internationalismus 21.-23.9.'90 Oberhausen

Auf dem Treffen in Oberhausen wurde an die Diskussionen des BUKO-Frauenplenums in Nürnberg angeknüpft. Themen waren Erfahrungen und Entwicklungen von Frauenaktivitäten und Frauengruppen in der Solidarität.

An einem möglichen Brückenschlag unterschiedlicher Frauenaktivitäten im Zusammenhang zu 500 Jahre Kolonialismus und dem EG-Binnenmarkt bestand Interesse.

Das Frauenarchiv in Dortmund hat sich bereit erklärt, Material zu dem Thema Frauen und 500 Jahre Kolonialismus zu verteilen: Frauenarchiv c/o Geschichtswerkstatt Dortmund, Am Oelpfad 27, 4600 Dortmund 30

Ein Fortsetzungstreffen ist für den 18.-20. Januar '91 geplant, Schwerpunktthema ist feministische Ökonomie. Kontakt: Elke c/o BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Vorbereitungsseminar für den BUKO - 1991

Am letzten Oktoberwochenende wurden in Köln die thematische Ausrichtung und die Ziele des Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Gruppen vom 9.-12. Mai 1991 in Köln geplant. Schwerpunkt sind der EG-Binnenmarkt und 500 Jahre Kolonialismus in Verknüpfung mit weiteren Themen wie Ökologie, Rassismus, Militärstrategien und Alternativen zur Weltwirtschaft. Es wurden verschiedene politisch-ideologische Positionen sichtbar, die konkrete inhaltliche und organisatorische Festlegungen verhinderten.

Materialien über BUKO-Geschäftsstelle und im der Zeitschrift FORUM

Gruppen stellen sich vor

Lelio-Basso-Stiftung

Der Zweig der Organisation, der für die internationalen Beziehungen zuständig ist, plant verschiedene Aktivitäten gegen die 500-Jahr-Feiern. Hauptziel der Organisation ist es, die Problematik über einen spezifischen Personenkreis hinaus, zu vermitteln. Geplant sind u.a. Schulmaterialien und ein Videofilm, die in mehreren Sprachen herausgegeben werden sollen. Außerdem planen sie 1992 ein Tribunal zum Thema »500 Jahre Eroberung« abzuhalten. Adresse: Lelio-Basso-Stiftung, J. Ramos Regidor, Via Santa Maria dell' Anima 30, 00186 Roma

Seit einiger Zeit geben die Fondazione internazionale Lelio Basso zusammen mit der Lega italiana per il Diritti e la Liberazione del Popoli ein vierseitiges Informationsbulletin mit dem Titel: »1992 500 Anos de la Conquista de America« in spanisch heraus. Darin wird über laufende oder geplante Konferenzen und Veranstaltungen zum Thema informiert. Redaktion: Segretaria della Campagna, Via Stradella 10, 20129 Milano

»Autonomie für die Mapuce«

Die Mapuce-Indianer wehren sich gegen die Auflösung ihrer Gemeinschaften, die durch die Privatisierung ihrer Flüsse, Seen, Wälder, Erde und das Misere verursacht wird. Die Mapuce verstehen ihren Kampf als ungestörtem Widerstand gegen fünfzehnjährige koloniale und neokoloniale Unterdrückung. »Autonomie für die Mapuce« ist eine in Freiburg neu gegründete Initiative, die dem Befreiungskampf der Mapuce-Indianer im Süd-Chile hier bekannt macht und auch finanziell unterstützt. Die Initiative will ein Informations- und Aktions-Netzwerk aufbauen. Kontakt: Habsburgerstr. 9, 78 Freiburg



Offensichtlich ist ein handfester Konflikt zwischen der Solidaritäts-/Internationalismusbewegung auf der einen Seite und dem Projekt »Emanzipation und lateinamerikanische Identität« auf der anderen Seite entstanden. Verschiedene Zeitschriften aus dem Solidaritätsspektrum kritisierten in erster Linie die abgehobene Vorgehensweise und den Singularitätsanspruch des o.g. Projektes.¹⁾

Aus welchem Grund kommt es zu einer auffällig häufigen Kritik an diesem Projekt?

Um diese Frage beantworten zu können, ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die Ausgangspositionen notwendig. Hier sollen beide Positionen anhand ihrer Grundlinien verdeutlicht werden, damit wir zu einer konstruktiven Auseinandersetzung zurückfinden, die für eine zukünftige Kampagne entscheidend ist und unbeteiligten Dritten verständlich wird.

Das Projekt »Emanzipation und lateinamerikanische Identität« wurde vor zwei Jahren in Mexico gegründet und versteht sich als Sprachrohr in Europa für die Forderungen lateinamerikanischer Positionen, v.a. aus dem intellektuellen Spektrum, aber auch der Bauern und Indianerorganisationen. Sie wollen dem "Jubeljahr 1992" ein "kritisch-emanzipatorisches Diskussions- und Arbeitsforum" entgegenseetzen. Durch Buchveröffentlichungen, jährlichen nationalen Kongressen in lateinamerikanischen und europäischen Ländern, Wettbewerben im kulturellen Bereich, Stipendien und geplanten Großveranstaltungen 1992, soll ein breites Zielgruppenspektrum angesprochen werden.

Die Gruppen aus dem Solidaritäts- und Internationalismusbereich stehen demgegenüber noch am Anfang ihrer Aktivitäten im Bereich 500 Jahre Kolonialismus. Sie sind mit verschiedenen organisatorischen und inhaltlichen Problemen konfrontiert. Das hat Gründe: Es wird versucht, über Schwerpunktseminare, der Entwicklung einer Forderungsplattform, regionalen Aktionsbündnissen und Publikationen, wie dieser Beilage, Schritt für Schritt, durchaus unter Einschluß verschiedener Konfliktpotentiale, die auch öffentlich ausgetragen werden, die Grundlage für eine erfolgreiche Kampagne zu legen. An ihrer Kernfrage: Wie läßt sich das historische Thema 500 Jahre Kolonialismus mit den Auswirkungen des EG-Binnenmarktes

verbinden, werden die Hürden klar, die es zu überspringen gilt. Unverzichtbare Voraussetzungen ihrer Kampagne sind eine längerfristige Perspektive, die über den Oktober 1992 hinausgeht und die Zusammenarbeit mit möglichst vielen Initiativen.

Die Konfliktlinie begann vor einem Jahr anläßlich des ersten Bundeskongresses von »Emanzipation und lateinamerikanische Identität« in Hamburg. In ihrem Tagungsbericht heißt es: "Er (der Kongreß) stellt zugleich einen wichtigen Schritt in der Entwicklung unserer antiimperialistischen Arbeit in der BRD dar". Wünschenswert wäre es ja durchaus, wenn sich in Europa ein breites Kampagnenbündnis zum Thema Emanzipation und Identität in Europa bilden würde, um einen wirkungsvollen Dialog zwischen den kritischen und emanzipatorischen Bewegungen beider Kontinente in Gang zu setzen. Das Hauptproblem ist jedoch, daß »Emanzipation und lateinamerikanische Identität« einem Singularitätsanspruch unterliegt, der die Bündnisfähigkeit des Projekts erheblich einschränkt. Formulierungen wie: "Das hier vorgestellte Projekt ist das z.Zt. einzige existierende internationale Forum, welches den nationalen Initiativen gestattet, in kritisch-emanzipatorischer Absicht länderübergreifend und koordiniert gegen das imperiale Projekt des V Centenario zu arbeiten" deuten die schwierige Situation derjenigen an, die nicht innerhalb des Rahmens des Projektes arbeiten, aber nichtsdestotrotz an Diskussionen mit den VertreterInnen interessiert sind.²⁾

Abgrenzungen gegenüber den Solidaritätsgruppen finden aber auch direkt statt: In einem Interview mit "Die Andere" (Nr. 39/ 1990) bringt Heinz Dieterich, der Koordinator des Projekts, den Konflikt unter den Nenner "Marktverdrängungshysterie oder Paranoia bei den eingefahrenen Solidaritätsgruppen". Für ihn ist die Solidaritätsarbeit von gewissen Gruppen "monopolisiert", die auf neue Projekte allergisch reagieren. "Man muß bedenken, daß der Solidaritätsmarkt zehn Jahre von bestimmten Strukturen beherrscht wurde. Und die Reproduktion von Funktionären - im soziologischen Sinne - ist natürlich wie in jedem Arbeitsverhältnis abhängig von ihrer Produktion".

Die Gruppen der Solidaritätsszene wurden bisher eher umgekehrt eingeschätzt. Stichworte wie chaotisch, zersplittert und unprofessionell sind häufig zu hören. Funktionäre, oder solche die es werden wollen, verlassen uns aus monetären Gründen und besitzen keinen funktionierenden Apparat, der, wie in hierarchischen Betrieben, nach ihren Vorgaben tanzt.

Im Vergleich zur Vietnambewegung haben die Mehrzahl der heute agierenden Gruppen und Organisationen für Dieterich keinen politischen Kern. Darauf aufbauend stehen diese Gruppen in einem "paternalistischen Verhältnis" zur Dritten Welt. "Die Menschen aus Lateinamerika, aus der Dritten Welt, kamen hierher, hielten Vorträge und wurden glorifiziert". Auf dem zweiten Bundeskongreß des Projekts »Emanzipation und lateinamerikanische Identität« Ende September in Frankfurt wurde für ihn zum "ersten Mal gleichberechtigt geredet". Ob das der Fall war? Ich habe gelinde gesagt da meine Zweifel? Wie letztes Jahr durften auch in diesem Fall die Prominenten ihre Reden halten. Anschließend wurden nur noch "Verständnisfragen" (vgl. Einladung zum Kongreß) zugelassen. Der Vorwurf der Glorifizierung fällt aber auf Dieterich selbst zurück. Nach der durchaus zwiespältigen Rede von Thomas Borge (Ex- Innenminister in Nicaragua) applaudierte das Podium stehend.

Mit Begriffen wie "nationalen Begegnungen", "Bundeskongreß" und "Kampagne" werden LeserInnen und ZuhörerInnen an der Realität vorbeigelotst. Auch den Gästen aus Lateinamerika wird eine Kampagne vorgespielt, die schlichtweg nicht existiert. Beide werden auf diese Art und Weise funktionalisiert. Die einen als Konsumenten, die Klatschen dürfen, und die anderen als Prominente, die viel aus ihrer Lebenswelt schildern können, aber doch bitte nicht mit der Realität hier konfrontiert werden sollen.

500 Jahre Kolonialismus ist heute schon ein Thema für JournalistInnen, HistorikerInnen und Intellektuelle. Ob dieser Themenkomplex sich zu einer Kampagne entwickelt, die in qualitativer und quantitativer Form den Namen wirklich verdient, ist aber noch völlig offen. Es wird viel Energie und Phantasie nötig sein, hier die richtigen Pfade zu finden. Das Projekt »Emanzipation und lateinamerikanische Identität« hat die Fähigkeiten, dazu viel beizusteuern. Aber die VertreterInnen müssen vom Elfenbeinturm des singulären Anspruchs herabsteigen.

(1) Vergl. LN Nr.197: »Thema verfehlt«, ila Nr.140: »Die Ein - Mann - Kampagne«, ides Nr.505: »Randvölker Herrenvölker - Bundeskongreß über ein durchaus ernstzunehmendes Thema?«, blätter des iz3w Nr.167: »Diskussionsbeitrag zu den Thesen von Heinz Dieterich« und epd Entwicklungspolitik 16/90: »Schwierigkeiten einer Annäherung«. Vgl. auch »Das Wort haben die Betroffenen« in: »Perspektiven«, Sept. 1990, Hrsg.: ASTA Uni Frankfurt

(2) Zitat aus dem Spendenaufruf von Monimbo

Georg Lutz, ADW Freiburg

Probleme gibt es auch mit der relativ neuen Kläranlage. Sie arbeitet laut Umweltkontrollbehörde mit einem durchschnittlichen Wirkungsgrad von 0-50%, da den Bakterien zu wenig Aktivschlamm zugeführt werden kann. Es wundert daher nicht, wenn angesichts einer "Pflanzenschutzproduktion" die Fischtoxizität des Abwassers zu hoch ist. Es gibt für viele Stoffe keine spezifischen Grenzwerte, so daß das Unternehmen im großen und ganzen behaupten kann, es bewege sich innerhalb der brasilianischen Gesetzgebung.

Klassenkampf von oben - "Tag der offenen Tür"

Als wir von der Reise zurückkamen, konnten wir im nachhinein in den Bayer-Medien von dem großen Erfolg des "Tags der offenen Tür" in der Bundesrepublik (am 15.09.90, d. Red.) lesen. Für uns war in Brasilien die Tür erst einmal verschlossen. Die zugesagte Werksbesichtigung wurde kurzerhand abgesagt, weil drei unserer deutschen Bayer-Kollegen an einer entscheidenden Gewerkschaftsversammlung über den Abschluß des schon erwähnten Kollektivvertrags wenige Tage vor dem geplanten Besuch teilgenommen hatten. Die Unternehmensleitung empfand das als "Einmischung". Wir empfanden das als seltsames Demokratieverständnis. Nach längerem Tauziehen der Veranstalter mit der Zentrale in Leverkusen wurde der Besuch dann doch wieder möglich. Dadurch, daß wir unseren Zutritt davon abhängig machten, daß auch die uns betreuenden Gewerkschaftskollegen mitgehen durften, sahen die seit dem Streik 1989 Suspendierten das Werk zum ersten Mal wieder von innen.

Innen herrschte dann eine frostige Atmosphäre. Es wurde ein Besuchsprogramm abgespult: Video, Kläranlage, Mittagessen...Auf Fragen zum Problem der Belegschaftsvertretung verweigerte man jede Stellungnahme. Der Werksleiter Carlos Bruno May war dazu nicht autorisiert, wie er sagte.

Hire and Fire

Überhaupt fühlten wir uns bezüglich der Behandlung der Arbeitskraft in die Zeiten des Frühkapitalismus versetzt. Ob bei Glasurit (1985), Hoechst (1990), Bayer (1989), Trorion (Bayer-Beteiligung, 35 Fabrikkommissions- und CIPA-Mitglieder 1990), überall sind im Gefolge von Lohnkämpfen mit Streiks die aktiven Gewerkschafter gefeuert worden. Zum Teil konnten nach Gerichtsprozessen die Wiedereinstellung bzw. Bezahlung erreicht werden. Für die Betroffenen bedeutet das Existenzunsicherheit, Lohnverlust zum Teil über Jahre, für die anderen Kolleginnen bleibt die Einschüchterung. Obwohl

die Unternehmer in Brasilien heuern und feuern können wie es ihnen beliebt, gibt es einen hohen Anteil von Fremdfirmen- und befristet Beschäftigten. Auf 2500 Beschäftigte kommen bei Bayer z.B. 900 Fremdfirmenbeschäftigte. Der Anteil ist

Arbeiterpartei (PT):

Ein Mann kann eine Frau bis zu 14 Tagen nach der Hochzeit zurückgeben", wenn sie nicht mehr Jungfrau war. Die Companheiras gingen davon aus, daß quasi in jeder Familie die Frauen geschla-



Gewerkschaftsversammlung der BAYER-Kolleginnen

Foto: B. Sassermaann

höher als in den deutschen Werken, obwohl er auch hier besorgniserregend hoch ist. Zuhause wird er damit begründet, daß die Kündigungsschutz- und Mitbestimmungsgesetze einen flexiblen Personaleinsatz erschweren. Warum ist der Fremdfirmenanteil in Brasilien dann nicht niedriger?

Frauen trifft es am härtesten

Wie immer sind die Frauen am schlimmsten dran. Dazu ein paar Schlaglichter von einem Frauentreff bei der

gen werden. Eine Vergewaltigung kann nur mit Einverständnis des Mannes angezeigt werden. Ein Mann kann gegen den Willen der Frau ihr Arbeitsverhältnis kündigen. In Rio (9 Mio. Einwohner) gibt es nicht ein Frauenhaus. In Sao Paulo (15 Mio. Einwohner) gibt es ein einziges Frauenhaus mit 15 Plätzen. Obwohl verboten, wird die vollzogene Sterilisation faktisch zum Einstellungskriterium gemacht. Aufgrund des seit neuem erweiterten Mutterschutzes ist es für Unternehmen besonders wichtig, daß Fra-



Landbesetzung in Brasilien: Versammlung von Landlosen

Foto: B. Sassermaann

Nach Redaktionsschluß:

Entlassungswelle in Brasilien

Seit April 1990 wurde annähernd 250 Beschäftigten des BAYER-Werks Belford Roxo gekündigt. Von den Entlassungen sind alle Bereiche des Werks betroffen. Es handelt sich offenbar um eine allgemeine Ausdünnung der Belegschaft.

Die Entlassungswelle, von der nicht nur ArbeiterInnen betroffen sind, erfolgt nach offizieller Darstellung der Unternehmensleitung aus Kostengründen.

Die gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen für Kündigungen werden von BAYER offenbar eingehalten. Ein Sozialplan o.Ä. existiert jedoch nicht.

Gleichzeitig verlautete aus Gewerkschaftskreisen, das Unternehmen wolle anscheinend die geplante Bildung einer Fabrikkommission bis zum Jahresende hinauszögern.

Anzeige



Trudi und Heinz Schulze (Hg)
**ZUKUNFTSWERKSTATT
 KONTINENT**
 Volkserziehung
 in Lateinamerika
 ISBN 3-923 126-57-3
 336 Seiten DM 28,-



In Lateinamerika hat sich – ausgehend von der Pädagogik Paulo Freires – eine Bildungsbewegung entwickelt, deren theoretischer Rahmen und damit verknüpften praktischen Erfahrungen in aller Ausführlichkeit in diesem Buch dokumentiert werden.

Der Herausgeber ist mit der Bildungsarbeit in Lateinamerika vertraut und steht in ständigem Kontakt zu vielen Gruppen und Institutionen der "educacion popular".

In diesem Buch läßt er – wie schon in früheren Veröffentlichungen – lateinamerikanische Volkserzieher und die Basisbewegung selbst zu Wort kommen.

Eine aktuelle Theoriediskussion mit Beiträgen von Paulo Freire (Brasilien) und Oscar Jara (Costa Rica) und Konzeptionen der politischen Bildungsarbeit werden vorgestellt.

Neben H.P. Gerhardts Rückblick auf zwei Jahrzehnte Volkserziehung in Brasilien, finden sich Beiträge zur praktischen Arbeit im einzelnen zu folgenden Schwerpunkten: Bildungsarbeit mit Frauen; Erziehung zum Frieden und für Menschenrechte; Kulturarbeit und Alphabetisierung; Gesundheitserziehung und ökologische Bildungsarbeit; Volkserziehung und Theologie der Befreiung; Volkserziehung in Elendsvierteln und ländlichen Bereich; politische Parteien und Volkserziehung; zur Rolle der Bildungszentren...

Berücksichtigt werden die Erfahrungen aus der politischen Bildungsarbeit in Nicaragua, Costa Rica, Kuba, Chile, Peru, Brasilien, Ecuador und Mexiko.

AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2 Tel.: 089/774078

Fortsetzung: Reisebericht

en möglichst nicht schwanger werden. Daher gehen manche Firmen so weit, Frauen in gehobenen Positionen monatlich untersuchen zu lassen, ob sie ihre Menstruation bekommen. Verhütungsmittel sind leicht zugänglich und billig. In einigen Städten gibt es schon Frauenbeauftragte (ca.100).

Kein Opium für's Volk

Die meisten, die hier in der Bundesrepublik Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen, haben ein sehr distanzierendes Verhältnis zur Kirche. In Brasilien haben wir Kirche ganz anders erlebt. Hier soll zumindest in wenigen Sätzen die Rede von den diesbezüglichen Eindrücken sein.

Es haben uns nämlich die Menschen tief beeindruckt, die so klar und konsequent Partei für die Schwachen ergriffen haben. Geleitet von der Einstellung "kann man Christ sein, ohne sich am ökonomischen und sozialen Kampf zu beteiligen?" ergreifen sie Partei für die Ausgebeuteten, für die Verfolgten, für die Straßenkinder, die Landlosen, für Zeugen, die vor Prozessen beseitigt werden sollen und für den Umweltschutz. Diese Parteilergreifen findet nicht nur in den Sonntagspredigten in den Gotteshäusern statt, sondern ist spürbar in der Hilfe beim Aufbau demokratischer gesellschaftlicher Strukturen, wie der CUT-Gewerkschaft, der Arbeiterpartei PT und unzähliger Basisorganisationen. Es findet statt angesichts massiver Bedrohungen und Verfolgungen. Viele Priester werden ermordet. Und, was für Gewerkschafter besonders ungewöhnlich ist: Die Unterstützung wird gegeben ohne kleinkarierte Bedingungen zu stellen.

Und die Gewerkschaft?

Die brasilianischen KollegInnen sind enttäuscht von der Unterstützung, die sie in Auseinandersetzungen durch die IG-Chemie erfahren haben. Sie sahen sich gezwungen, einen Hilferuf an die Kirche (Caritas, Franziskaner) zu richten. Durch sie ist (in Kooperation mit der 'Coordinacion gegen BAYER-Gefahren, d. Red.) die Kunde über den Streik im Bayer-Werk zur deutschen Gewerkschaftsbasis gedrungen. Sie organisierte Öffentlichkeit und Solidarität. Sie verschaffte Leuten der Basis die Möglichkeit eines Chemiewerksaustausches. Die IG-Chemie ließ Hauptvorstandsmittglieder nach Rio ins Hotel und auf Pressekonferenzen fahren, nachdem sie sich laut Rappé von den Patern auf die Füße getreten fühlte (SWB 3/90 S. 11). Es gäbe noch mehr zu berichten. Aber wir kennen sie ja, die IG-Chemie Papier Keramik. □

Zwei Warnstreiks bei BAYER INDUSTRIAL

Tiefe Mißachtung der Bedürfnisse der Arbeiter

Die Situation der etwa 740 bei BAYER INDUSTRIAL in Lima, Peru, beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter bleibt ernst. Trotz eines tarifvertraglich fixierten 65%igen Inflationsausgleichs weigerte sich die Unternehmensleitung Anfang September, entsprechend höhere Löhne aus-zuzahlen.

Durch die jüngsten Wirtschaftsmaß-nahmen der neuen Regierung Fujumori erlebte Peru eine Rekordinflation, die allein im August 397% erreichte. Diese enorme Höhe machte die Weigerung des Unternehmens für viele Kollegen existenz-bedrohend.

Die Beschäftigten legten zum Zei-chen des Protests gegen den Vertrags-bruch vom 14. bis 16. September für 48 Stunden die Arbeit nieder. In einer Pres-seerklärung informierte die Betriebsge-werkschaft die peruanische Öffentlich-keit über die wirtschaftliche Situation ihrer Mitglieder.

Am 24. September solidarisierte sich die Coordination gegen BAYER-Gefahren in der Bundesrepublik in einer Pressein-formation mit den Arbeitern bei BAYER INDUSTRIAL.

Zwei Tage später zahlte das Unter-nehmen in Lima der Belegschaft die zum Monatsanfang fälligen erhöhten Löhne aus, und erfüllte damit fast vier Wochen verspätet diesen Teil des Tarifvertrags.

Zweite Arbeitsniederlegung

Schon einen Monat später sah sich die Arbeiterschaft von INDUSTRIAL er-neut zu Protesten veranlasst. In einer Zeitungsanzeige, die wir nebenstehend im Original dokumentieren, klagte die Ge-werkschaft am 10. Oktober öffentlich die Unternehmensleitung an, weitere Ver-einbarungen des Tarifvertrages nicht zu erfüllen:

„Wir klagen das Verhalten offener Provokation an, daß der deutsche Multi Bayer Industrial S.A. zeigt, indem er sich weigert, die vertraglichen Verpflichtun-gen in Bezug auf Zusatzleistungen zu erfüllen, die in der gegenwärtigen Wirt-schaftslage für die Arbeiter von elemen-tarer Bedeutung sind.“

Gemeint sind hier zahlreiche Rege-lungen über Sozialmaßnahmen, die der geltende Vertrag neben den eigentlichen Tarifen enthält. Hierzu erhob die Gewerkschaft unter anderen die folgenden Vor-würfe:

„Nichterfüllung der monatlichen Zur-verfügungstellung von Milch (...), die zur Entgiftung der Arbeiter dient. (...)

Nichtgewährung des Urlaubskredits (30 Tagesgrundlöhne) an die Arbeiter, die ihren Urlaub antreten. (...)

Nichteinhaltung des Baus der Cafeteria am Eingang der Fabrik.

Nichtfestsetzung des durchschnittlichen

realen Sonntagslohns, der zur Festle-gung der im Tarifvertrag vorgesehenen Nebenleistung (Fünfjahresbonus, Fami-lienzuwendung, etc.) dient.
Nichtaufstockung des Kantinenbudgets, (...).“

„Diese Überschreitungen haben zugenommen, seit Félix Seminario S. die Leitung der Abteilung Industriebeziehun-gen angetreten hat, der nicht nur eine Unfähigkeit zur Lösung von Arbeitspro-blemen zeigt, sondern vor allem seine tiefe Mißachtung der Bedürfnisse der Arbeiter. Auf diese Weise verwandelt er sich in den Feind der Arbeiterklasse bei Bayer Industrial, (...).“

Wenig später rief die Gewerkschafts-leitung zur Bekräftigung Ihrer Forderun-gen zu einem 40-stündigen Warnstreik auf, der vom 19. Oktober, 7.00 Uhr, bis zum 20. Oktober, 23.00 Uhr, von der Be-legschaft geschlossen befolgt wurde.

Peruanisches Gericht entscheidet gegen BAYER

Besonderes Augenmerk richtet sich zur Zeit aber auf das Schicksal von acht entlassenen BAYER INDUSTRIAL-Arbei-tern. Ende September wurde fünf von ih-nen in Lima vor Gericht Recht zugespro-chen: Die vor mehr als einem Jahr ausge-sprochenen Entlassungen sind rechtswi-drig! Die drei übrigen Entlassenen erwar-ten in Kürze ähnliche Urteile.

Die BAYER INDUSTRIAL S.A. hatte den acht Arbeitern und weiteren 13 Kol-legen im August und September 1989 wegen angeblicher Fälschung ärztlicher

Atteste gekündigt. Die Urteile 69 bis 73 des Arbeitsgerichtes in Callao/Lima be-stätigen nun die Unrechtmäßigkeit dieser Entlassungen und verpflichten die Firma zur sofortigen Wiedereinstellung und Lohnnachzahlung.

Die BAYER-Unternehmensleitung hat diese Entscheidungen jedoch nicht ak-zeptiert, sondern Berufungsanträge ge-gen die fünf bisher ergangenen Urteile ge-stellt und gegen mögliche weitere ange-kündigt.

Da die Revisionsanträge aufschie-bende Wirkung besitzen, bleibt die wirt-schaftliche Notlage der illegal Entlasse-nen bestehen. Sie müssen sich allein von Solidaritätszahlungen ihrer Kollegen er-nähren, die momentan wöchentlich nur die Höhe eines Tageslohns erreichen. Diese Notlage hatte angesichts der Lang-wierigkeit der gerichtlichen Klärung in den vergangenen Monaten schon 13 der ursprünglich 21 Entlassenen bewogen, eine „freiwillige“ Arbeitsplatzaufgabe zu unterschreiben, um von BAYER zu-mindest eine Abfindungssumme ausge-zahlt zu bekommen.

BAYER INDUSTRIAL S.A. ist eine 60%ige Tochter der bundesdeutschen BAYER AG und produziert seit 1972 rund um die Uhr die Kunstfaser DRALON, mit der sie von Lima aus den gesamten Andenraum beliefert. (hm/Übersetzungen K.Müller) □

BAYER PERU:

Gift und knurrende Mägen

Ein Bericht aus Lima von Katharina Müller

Die Beziehungen mit der Gewerk-schaft der Arbeiter bei Bayer Peru S.A. finden weiterhin in Harmonie und gegen-seitigem Verständnis statt“ (1), so heißt es im Geschäftsbericht der peruanischen Tochter des BAYER-Konzerns, der über seine kanadische Holding im Besitz von 91.96 % des Gesellschaftskapitals ist. BAYER PERU S.A. ist in Peru vor allem für ihre Geschäfte im Pharma- und Pestizid-sektor bekannt und schon einige Jahr-zehnte länger im Land als die „große Schwester“ BAYER INDUSTRIAL S.A.,

die die Kunstfaser Dralon produziert.

In der zu fast einem Drittel mit Deutschen besetzten Vorstandsetage wird man sich erneut die Hände reiben, nach-dem am 23. Oktober auf dem Verhandlungsweg und ohne so ärgerliche Zwi-schenfälle wie Streiks oder öffentlichen Protest der Tarifvertrag für die kommen-den 12 Monate unterzeichnet werden konnte. 3,7 Mio. Inti verdienen die 24 festangestellten, gewerkschaftlich orga-nisierten ArbeiterInnen bei BAYER PERU jetzt pro Tag - ca. 8,50 Dollar. Das

reicht nicht ganz, um sich den Mindestbedarf an Nahrungsmitteln zu leisten, den das Nationale Institut für Ernährung für eine fünfköpfige arme Familie ermittelt hat (2).

Um sich mit ihrem Verdienst in etwa an den offiziell ermittelten Unterschicht-Warenkorb für Lima-Stadt (ENAPROM III) anzunähern (3), hatte die Gewerkschaft eine Lohnerhöhung von 8 Mio. Inti pro Tag gefordert und BAYER zunächst 1 Mio. Inti angeboten. Nach mehrwöchigen Verhandlungen "einigte" man sich dann auf 2,5 Mio. Inti realer Lohnerhöhung - nicht ganz in der Mitte zwar, aber wieviel Verhandlungsspielraum bleibt einer durch psychologischen Druck und finanzielle Lockmittel auf 24 reduzierte Belegschaft schon gegenüber dem auch in Peru für sei-

nen ökonomische und politische Macht bekannten BAYER-Konzern? Bei einer Jahresinflation von über 11.000 Prozentpunkten von Oktober '89 bis September '90 hätten die ArbeiterInnen, um auch nur ihr Reallohniveau nach dem letzten Tarifvertrag zu halten, jetzt mindestens 4,3 Mio. Inti pro Tag verdienen müssen. Und diese Rechnung berücksichtigt noch nicht, daß das (Über)leben in Peru derzeit so teuer ist wie nie zuvor. Nach dem Amtsantritt der neuen Regierung unter Präsident Fujimori wurden die Preise im Land durch ein neoliberales Wirtschaftspaket nach IWF-Rezept um ca. 400 % angehoben. Betroffen waren insbesondere Grundnahrungsmittel, deren Subventionierung eingestellt wurde. Das war Anfang August, als die Tarifverhandlungen bei BAYER PERU noch lange nicht anstanden. Der Anstieg des Preisniveaus ist seither nicht zum Stillstand gekommen.

Für den BAYER-Konzern mit seinem Gewinnboom der letzten "sieben fetten Jahre" wäre es ein Leichtes gewesen, die Notlage seiner langjährigen peruani-

schen MitarbeiterInnen abzufedern. Dies hatte er jedoch gar nicht nötig; war doch 1988/89 bereits durch das sogenannte "Programm zur freiwilligen Arbeitsplatzaufgabe", begleitet von einer eigens entfesselten Schließungspsychose, die Zahl der ArbeiterInnen von 161 auf 24 reduziert und damit die Gewerkschaft und eine effektive Vertretung der Inter-

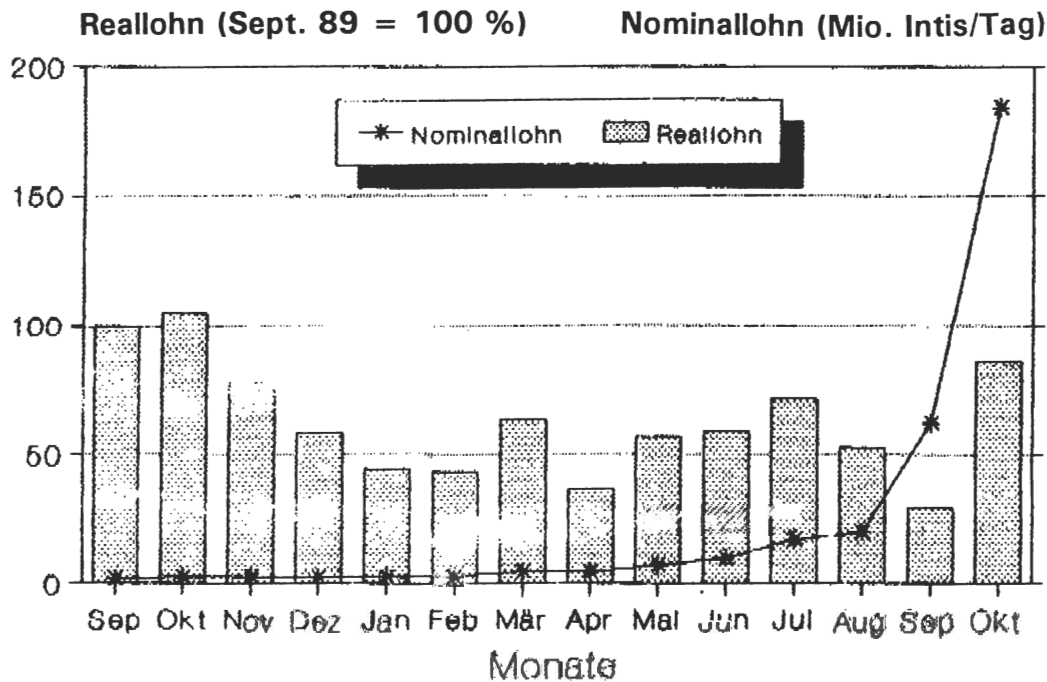
zeschlagen.

Das oben beschriebene Rezept war erfolgreich - bis auf die 24, die auf ihrem Recht auf Arbeitsplatzsicherheit beharren und wenigstens ein regelmäßiges Einkommen bis zur Pensionierung beanspruchen, nachdem sie in jahrzehntelanger Arbeit in der gefährlichen Pharma- und v.a. Pestizidproduktion für den BAYER-

Konzern ihre Gesundheit ruiniert haben. Dieselben Arbeitsschutzstandards wie in bundesdeutschen BAYER-Werken sind bei weitem keine Selbstverständlichkeit.

Im neuen Tarifvertrag sind als "Gefahrenzulage" (Bonificaciones por Tóxicos) für den Umgang mit Insektiziden und Fungiziden umgerechnet ca. 40 Pfennig pro Tag vor-

Nominal- und Reallöhne September 1989 bis Oktober 1990



Die Lohnerhöhung im September 1990 galt ab dem 01. August, wurde aber erst Ende August ausgezahlt - lange nach der Fujimori-Preisexlosion.

sen der Beschäftigten quasi unmöglich gemacht worden. Die freiwerdenden Arbeitsplätze wurden mit Hilfe von befristeten Arbeitsverträgen besetzt - der peruanischen Version von ABM-Stellen.

Ökonomische Gründe können dafür nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn noch im Geschäftsbericht 1987 wird von einem "außerordentlich zufriedenstellenden" Geschäftsergebnis gesprochen (4). Ein Blick in die jüngste Geschichte des Unternehmens ist da aufschlußreicher: Als sich 26 Jahre nach der Firmengründung (1947 unter dem Namen SOCOLAN) Anfang der 70er Jahre eine Gewerkschaft bei BAYER PERU formierte, gab es zunächst nichts für das Unternehmen zu befürchten. Die Gewerkschaftler mieden Arbeitskonflikte derart, daß sie schon in den Ruf kamen, "Gelbe" zu sein. 1987 war dann aber das Maß voll: Im Rahmen der Tarifverhandlungen gab es einen elftägigen Streik, der von Presse und Radio dokumentiert wurde. Umgehend wurde von der Unternehmensleitung alles darangesetzt, um die neu erwachte Gewerkschaftsdynamik zu

gesehen; im Kontakt mit dem als besonders giftig eingestuftem Insektizid *Curater* gar 1,60 DM. Es gibt keine Zulagen für die ebenfalls durchgeführte Herbizid-Produktion. Für die Insektizide *Tamaron*, *Metasystox* und *Baythroid*, die ebenfalls eine hohe Toxizität aufweisen, existiert keine Sondervergütung wie für *Curater*.

Das Unternehmen führt monatliche Blutentnahmen bei den Beschäftigten durch, um den Cholinesterase-Gehalt (Indikator für akute Vergiftung mit Insektiziden) zu messen und ist somit genauestens über den Gesundheitszustand der ArbeiterInnen informiert. Den Betroffenen werden die zugehörigen Ergebnisse jedoch vorenthalten.

Trotz allem wird auch in Peru noch der Werbeslogan geschaltet: "Si es Bayer, es bueno" (Wenn es Bayer ist, ist es gut) - für wen?

Quellen:
(1) Bayer Peru S.A., Memoria y Balance General, Ejercicio 1989, Lima, März 1990, S. 15
(2) Nach CEDAL (Hrsg.), Actualidad Económica, No. 119, Lima, Oktober 1990, S. 28
(3) ADEC-ATC (Hrsg.), Cuadernos Laborales, No. 60, Lima, Oktober 1990, S. 14
(4) zit. nach: CEFEL, Diagnóstico Económico y Financiero de la Empresa Química Bayer Perú S.A., Lima 1988

Vertrieben im eigenen Land

Pestizidmißbrauch in Paraguay

Auch eineinhalb Jahre nach dem Sturz des langjährigen Militärdiktators Alfredo Stroessner hat sich für die Mehrheit der Bevölkerung Paraguays kaum etwas geändert. Über 70% der Paraguays sind Campesinos (d.h. Landbevölkerung). Sie haben nach der Machtübernahme des Generals Andrés Rodríguez im Februar 1989 vor allem auf die versprochene Landreform gehofft. Geschehen ist aber nichts: Noch immer befinden sich 90% des Landes in den Händen von weniger als 2% der Bevölkerung. Noch immer sind 67.000 Campesinofamilien ohne Land.

1980 begannen die land- und rechtlosen Campesinos, sich landesweit zu organisieren. Ihr Dachverband Movimiento Campesino Paraguayo (MCP, Bauernbewegung Paraguays) arbeitete während der Stroessner-Diktatur in der Illegalität und hat auch heute nur einen geduldeten Status. Die MCP fordert vor allem eine sofortige Agrarreform, soziale Sicherungen, gerechte Preise für die Erzeugnisse der Campesinos und die Rechtsgleichheit der Frau in der Gesellschaft. Im Oktober besuchten eine Vertreterin und ein Vertreter der MCP auf Einladung der bundesdeutschen Paraguay Arbeitsgemeinschaft (PAG) die Bundesrepublik. Bei einem Treffen mit der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) berichtete der Sekretär für Außenbeziehungen der MCP, Elvio Romero Florentin, von der anhaltenden Verfolgung, der MCP-Funktionäre ausgesetzt seien. Seit dem Putsch 1989 seien vier MCP-Führer ermordet worden. Das vorerst letzte Opfer, Nicolas Caseres, sei im August 1990 von Polizisten erschossen worden, ohne daß die Täter bestraft worden seien.

Die landlosen Campesinos Paraguays versuchen seit Jahren erfolglos, auf juristischem Wege brachliegendes Land übereignet zu bekommen. In ihrer wirtschaftlichen Not greifen sie häufig zum letzten Mittel: der Landbesetzung. Derzeit finden landesweit etwa 200 Besetzungen nicht bewirtschafteten Bodens statt, mit denen mehrere Tausend Personen versuchen, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Sie sind ständig der Gefahr ausgesetzt, von Polizeieinheiten und bewaffneten Banden gewaltsam vertrieben zu werden.

Die MCP-Sekretärin für Bildung, Petrona Coronel, schilderte gegenüber der CBG eine andere, häufig angewandte Methode, um die Landbesetzer zu vertreiben: Die Großgrundbesitzer benützten ihre Pestizid-Sprühflugzeuge als Waffe. Statt die Chemische Keule gegen Acker-schädlinge einzusetzen, würden die Agrargifte gezielt auf die Landbesetzer versprüht.

Bei der Ortschaft Sanguina Que seien auf diese Weise kürzlich 17 Hektar Land `geräumt` worden. 350 Familien hätten das Gebiet verlassen müssen, weil durch die Pestizide ihre eigene Ernte verdorben und das Trinkwasser verseucht worden sei. Doch auch der zweckgemäße Gebrauch der sogenannten Pflanzenschutzmittel berge zahlreiche Gefahren für die Landarbeiter, wie die MCP-Vertreter berichteten. Von Kopfschmerzen, über Haut-, Augen- und Nierenschäden, bis hin zu Gedächtnisverlust und Todesfällen reichten die nach Pestizidanwendungen im Ackerbau auftretenden Effekte. Sowohl auf den Plantagen der Großgrundbesitzer als auch in der Subsistenzproduktion seien dabei selbst einfachste Schutzausrüstungen für die Campesinos völlig unbekannt. BAYER mittendrin

Wie in den meisten Staaten Lateinamerikas, stammt auch in Paraguay ein großer Teil der verkauften Pestizide vom BAYER-Konzern. Der Vertrieb erfolgt hier über die Firma CONFAR S.A.. Gegen die Pestizid-Industrie im allgemeinen erhoben die Vertreter der MCP im Gespräch mit der CBG vor allem drei Vorwürfe:

- Die Verpackungen der Agrargifte seien zwar in der Regel mit einem Totenkopf gekennzeichnet, enthielten ansonsten

jedoch keinerlei konkrete Hinweise auf die Gefährlichkeit der Mittel und notwendige Vorsichtsmaßnahmen beim Umgang mit ihnen.

- Die Beschriftungen der Pestizidpackungen seien grundsätzlich in spanischer Sprache verfasst. Die Mehrheit der Campesinos späche jedoch ausschließlich Guaraní, die Sprache der Tieflandindianer.

- Landwirtschaftliche Berater, die für eine fachgerechte Anwendung der Agrerchemikalien sorgen könnten, würden von den Herstellerfirmen nicht entsendet. Alle bundesdeutschen Pestizid-Firmen haben sich bereits 1986 verpflichtet, den 1985 von der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) verabschiedeten `Internationalen Verhaltenskodex für das Inverkehrbringen und die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln` einzuhalten.

In Artikel 3.4 regelt der Kodex: `Hersteller und Händler sollten folgende Praktiken beim Umgang mit Pflanzenschutzmitteln befolgen [...]: [...] jeder Packung Pflanzenschutzmittel Informationen und Anweisungen in einer Form und Sprache beizufügen, die den sicheren und wirksamen Gebrauch gewährleisten können; aktives Interesse daran zu haben, den Weg ihrer Produkte bis zum Endverbraucher zu verfolgen, um die wichtigsten Verwendungszwecke und das Aufkommen jeglicher Probleme zu beobachten, die sich bei der Anwendung ihrer Produkte ergeben, um auf dieser Grundlage festzustellen, ob Änderungen bei Kennzeichnung, Gebrauchsanweisung, Verpackung, Formulierung oder Produktverfügbarkeit notwendig sind.` (hm) □

Anzeige

Jetzt
bestellen!

Kaum ein Ereignis in den letzten Monaten hat daran das Image von BAYER geschädigt, wie die harte Gangart des Konzerns gegen die brasilianischen Kolleginnen und Kollegen. Auf beflaggante Weise organisierte die Coordination gegen BAYER-Gefahren praktische Solidarität. Dies nicht ohne Erfolg: Rausgeschlossene Gewerkschafter mußten wieder eingestellt werden. Doch noch immer sind fast 200 Menschen entlassen. Noch immer zahlt BAYER Löhne unterhalb des Existenzminimums.

Ich bestelle "REPRESSION STATT LOHN" und lege DM 5,- in Briefmarken bei. Mit dem Kaufpreis unterstütze ich die Lateinamerika-Solidarität

Name _____
 Straße _____
 Wohnort _____
 Unterschrift _____

Bitte mitbringen: ein "Sicherung: BA REPT", Alter r. 78, 1000/Direktort

DM 5,-
incl. DM 2,- für die
Lateinamerika-
Solidarität

Standorte

BAYER plant eigene Produktion in Taiwan

Taiwan, das Newcomerland in Südostasien, boomt. Grund genug für ausländisches Kapital, sich verstärkt dort niederzulassen. Kommt hinzu, daß der Binnenmarkt wie auch die vielfältigen Beziehung zu benachbarten Staaten zusätzlich gute Wachstumschancen versprechen. Immerhin: Der hightechgewohnte Produktionsfaktor Arbeit ist selten so günstig zu erhalten. Vermutlich um 20 % auf satte 300 Mio. DM wird BAYER seinen Umsatz in Taiwan zum Jahresende gesteigert haben. Der Zeitpunkt, an den Aufbau einer eigenen Produktion zu denken, ist gekommen. BAYER, heißt es, suche hierfür noch einen geeigneten Kooperationspartner. □

32 Hektar für BAYER

Auf einer Bürgeranhörung hatte der ehemalige Leiter des Wuppertaler BAYER-Werks gedroht, der Konzern werde einen anderen Standort auswählen, wenn dem Projekt in Wuppertal nicht zugestimmt würde. Gegen die Stimme der Grünen genehmigte die Bezirksvertretung Uellendahl/Katernberg im August daraufhin die Erweiterung des BAYER-Forschungszentrums.

Auf dem zur Diskussion stehenden, 32 Hektar großen Gelände am Aprather Weg wird das größte Chemieunternehmens Nordrhein-Westfalens außerdem ein neues Verwaltungszentrum errichten. Wie die "Westdeutsche Zeitung" berichtet, fürchten viele Anwohner, daß durch die BAYER-Pläne wesentlich mehr Autos durch ihr Wohngebiet fahren werden. □

Imperium

Ein Jubiläumsjahr neigt sich dem Ende

... und heute die ganze Welt

Ein Jubiläumsjahr neigt sich dem Ende - nicht nur bei BAYER. 125 Jahre deutsche Chemie. Ein ereignisreiches Jahr zugleich, das die Erinnerung an alte, dunkle Zeiten quasi durch Wiedervereinigung alter Besitzstände verdrängen zu wollen scheint. Ohne die "Interessengemeinschaft Farben" hätte das deutsche Reich den ersten Weltkrieg nach einem halben Jahr beenden müssen. Den zweiten hätte es gar nicht erst beginnen können. Und das Dritte Reich wäre vielleicht nicht zustande gekommen. Aus dem Pakt zwischen Industrie und Hitler entstand die furchtbare Produktionsstätte der Weltgeschichte, die IG Auschwitz. 1945 schien das Ende der IG Farben gekommen. Doch deren Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF, einst auch Schöpfer der Interessengemeinschaft, sind heute jeder für sich größer und mächtiger als die IG Farben.

Nicht nur bei BAYER helfen seit nunmehr vielen Jahren kritische AktionärInnen dem Gedächtnis der Nachfolger auf die Sprünge. Einen gedanklichen Vorgriff auf das Jubiläumsjahr leistete bereits am 25. Juni 1987 der Journalist und Schriftsteller Otto Köhler auf der BASF-Hauptversammlung, das ganze Ausmaß der Entwicklung freilich nicht vorhersehend. Seiner soeben neu aufgelegten Geschichte der IG Farben, BAYER, BASF und HOECHST "...und heute die ganze Welt" haben wir den folgenden Redebeitrag entnommen.

Die meisten von den ehrlichen Aktionären hier im Raum, das haben einige Zwischenrufe bewiesen, wollen endlich einmal andere Töne hören, als wir sie in den letzten Minuten und Stunden (zuvor sprach eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Aktionäre) zu hören bekamen. (Beifall)

Sehr verehrter Herr Professor Seefelder, sehr geehrter Herr Dr. Albers, eigentlich gibt es in dieser Hauptversammlung gar nichts mehr zu sagen: Sie haben - obwohl es logischerweise Rückgänge gab - ein großartiges Ergebnis für uns Aktionäre erzielt. Sie haben guten Kurs gehalten und es müßte genügen, Ihnen stumm und dankbar die Hand zu drücken. Dieses Ergebnis - da kann ich nur wiederholen, was ich bei Hoechst gehört habe: »Ein echter Aktionär des Unternehmens kann darauf stolz sein. Und wer nicht darauf stolz ist, der

ist kein echter Aktionär. « Und die Leute kennen wir ja, auch wenn Sie jetzt manchmal mit Schlips und dunklem Anzug hier auftreten. Ich habe gleichwohl eine Bitte an die - ich möchte sagen - an die Weisheit und Erfahrung unserer Herren im Aufsichtsrat, eine Bitte, die ich am liebsten zum Antrag erhoben hätte, wenn man so etwas durch den Beschluß einer Hauptversammlung verordnen könnte. Nehmen Sie bitte, sehr ernst, was unser Vorstandsvorsitzender Herr Dr. Albers letztes Jahr gesagt hat, daß wir wieder ein »höheres Wir-Gefühl« in unserem Haus brauchen. Sie, sehr verehrter Herr Dr. Albers, haben dabei - in einem Interview mit der »Welt«, ich habe das sehr sorgfältig aufgehoben - Sie haben kritisiert, daß »viele Führungskräfte so gut wie nichts über unsere Geschichte wissen«. Und leider haben Sie mit dieser Kritik völlig recht. Wir leben heute in der Bundesrepublik im freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab. Und deshalb müssen wir auch wieder Mut zur Geschichte haben, Mut dazu, mit aufrechtem Gang aus dem Schatten der Geschichte herauszutreten und endlich wieder ein verbindliches Geschichtsbild zugewinnen. Und was draußen im Staat gilt, das muß auch in unserem Haus gelten. Wir sollten nicht länger - und da appelliere ich an die Herren im Aufsichtsrat, die ein Leben lang unserem Werk gedient haben, insbesondere an Sie, Herr Professor Seefelder lassen Sie nicht zu, daß unser Licht noch länger unter den Scheffel gestellt wird. Wir können stolz sein auf unser Werk. Carl Bosch hat mit seiner Ammoniaksynthese die Menschheit vor dem Hungertod gerettet. Und er

DER KONZERN SCHLÄGT ZURÜCK

DEUTSCHE SHELL AG. GEGEN MEDICO INTERNATIONAL



HELL BETANKT APARTHEID. So unsere Anklage. Auf 25000 verbreiteten Aufklebern, Zehntausenden von Flugblättern & Materialien, unterstützt von Aktionskampagnen & Boykottinitiativen wurde das Ermittlungsverfahren kritischer Verbraucher gegen den Multi eröffnet. Jetzt schlägt der Konzern mit seinem großmächtigen Einfluß zurück. Zuerst durch warnende Briefe an medico. Dann durch persönliche Interventionen des Vorstandsvorsitzenden Hans-Georg POHL beim Entwicklungsminister WANKÉ. Mit klarem Hinweis darauf, daß medico BMZ-Gelder für einige (wenige) Entwicklungsprojekte erhalten hat. Die Kampagne Shell gegen medico wird weitergehen. Unsere gegen Shell auch.

WER GEWINNT, ENTSCHEIDEN AUCH SIE.
Wir verbreiten weiter:
- Shell betankt Südafrika
- Shell entwickelt gentechnische Manipulationen
- Shell ist einer der größten Saatgutmultis, der den Hunger der Armen dieser Erde kontrolliert.
Davon soll weiterhin die Rede sein. Dazu müssen wir Öffentlichkeit herstellen.
Deshalb bereiten wir neue ANZEIGEN, Kampagnen & Materialien vor.
Was Geld kostet, das wir nicht unserer allgemeinen Hilfstätigkeit entziehen wollen. Ihr VETO GEGEN SHELL wäre eine entschlossene Spende auf unsere Konten:
1800 Frankfurter Sparkasse
BLZ: 500 50102, oder Post girokonto Köln, Nr. 0399-938.
Stichwort: »Shell-Kampagne«



WHAT SHELL WE DO

hat 1915 in der Stunde der Not mit der genialen Umstellung dieser Ammoniak-synthese auf die verteidigungswirtschaftlichen Bedürfnisse unseres Landes dieses Land vor der sicheren Kapitulation bewahrt. Wir sind 1985 - der kleine Rückschlag in diesem Jahr braucht uns nicht zu stören - eines der größten, ja ich glaube, das umsatzstärkste Chemieunternehmen der USA geworden, des Landes, das 1945 in Nürnberg das Bündnis der deutschen Chemieunternehmen, die Interessengemeinschaft Farben, aus durchsichtigen Gründen zerschlagen hat. Heute holen allein wir von der BASF aus dem Land der Liquidatoren jährlich fast vier Milliarden Dollar heraus, heute steht uns das Land der Sieger, ja die ganze Welt offen. Ein Werk, das so viel geleistet hat wie das unsere - das darf auch mit Stolz auf seine geschichtlichen Gedenktage zurückblicken. Und deshalb verwundert es mich sehr, ja ich möchte hier so unbecheiden sein und unseren Vorstand und Aufsichtsrat dafür tadeln, daß sie mit keinem Wort des Tages gedachten, an dem es uns gelang, Hitler endlich zur Vernunft zu bringen, heute - heute - auf den Tag genau vor 55 Jahren, am 25. Juni 1932.

Was war das damals für eine Zeit? Das war damals für uns eine Zeit der bitteren Not, die über unser Werk gekommen war, weil wir unserem Land, ja der ganzen Welt helfen wollten. Denn Carl Bosch hatte mit seinem sicheren Instinkt für die Zukunft schon in den zwanziger Jahren erkannt, daß eines Tages die Ölquellen versiegen werden, daß wir nur dann eine Zukunft haben, frei von politischen Erpressungen, wenn es uns gelingt, im eigenen Land Benzin aus Kohle zu gewinnen. Carl Bosch hatte rund 300 Millionen, damals ungeheuer viel Geld, in die zukunftssträchtige synthetische Herstellung von Benzin aus Kohle investiert. Doch die Erdölkonzerne der Welt wollten uns damals nicht hochkommen lassen. Sie senkten den Einfuhrpreis für ihr Benzin von 15 auf 14 und zuletzt auf fünf, ja auf vier Pfennig, während der Gestehungspreis für unser synthetisches Benzin sich nicht unter 20 Pfennig senken ließ. Das war die gefährlichste Stunde für unser Haus. Nicht nur in unserem Werk in Leuna, wo das Benzin produziert wurde, standen die Arbeitsplätze auf dem Spiel, die ganze Interessengemeinschaft Farben war in höchster Gefahr. Und zu allem Überfluß fing damals auch noch die nationalsozialistische Presse an, gegen unser Haus zu pöbeln.

»Das wird ja immer verrückter«, rief damals Carl Bosch aus. »Haben die denn gar kein Hirn mehr? Man muß doch einmal feststellen, ob das auch die Meinung der Parteiführung ist. Es müßte doch möglich sein, wenn man den Leuten die wirtschaftliche Bedeutung der syntheti-

schen Benzinerzeugung vernünftig auseinandersetzt, zu erreichen, daß diese Angriffe gestoppt werden. «Und so schickte Carl Bosch heute genau vor 55 Jahren Heinrich Gattineau, den Leiter der

wirtschaftspolitischen Abteilung, und Heinrich Bütetisch, den technischen Leiter der Benzinerzeugung unseres Werkes in Leuna, zu Hitler nach München. Das Treffen mit Hitler war ein voller Erfolg. Er kapitulierte auf ganzer Linie. »Gestatten Sie, daß ich stehen bleibe«, sagte er, als er den Raum betrat. Denn Hitler war von Anstrengungen des Wahlkampfes so müde, daß er

fürchten mußte, während des Gespräches einzuschlafen. Aber er wurde sofort hellwach, als ihm unsere Herren die Bedeutung unseres Benzinprojektes für unser Land auseinandersetzten. Hitler erkannte schnell, daß all seine hochfliegenden Pläne sich nur verwirklichen ließen, wenn es ihm gelang, Deutschland vom Welterdölmarkt unabhängig zu machen. Natürlich war Hitler, dieser Mann, ein Verbrecher, ein Dämon, der seit Stalingrad bittere Not über unser Land brachte. Aber das muß man um der Gerechtigkeit willen sagen, und ich sage es mit den Worten von Joachim Fest, dem Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen«, der die einzige wirklich gültige Hitler-Biographie geschrieben hat, daß nämlich Hitler, wäre er 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen, als einer der größten Staats-

männer der Deutschen in die Geschichte eingegangen wäre. Dieser Hitler und nicht der Hitler, dem wir heute die Katastrophe von 1945 zuschreiben müssen, war damals unser Gesprächspartner, und wir sollten mit Stolz bekennen, daß dieses

Gespräch heute vor genau 55 Jahren im Ergebnis unserem Werk zu neuer, ungeahnter Blüte verhalf. Denn Hitler hatte sich von den Argumenten der wirtschaftlichen Vernunft, die von uns kamen,



1916: Gaskrieg an der Front ...

überzeugen lassen. Am Ende des Gespräches vor genau 55 Jahren sagte er zu unseren Herren: »Die technische Ausführung muß ich Ihnen überlassen. Dafür sind Sie da. Unser Weg aber deckt sich. Und hoffentlich führt dieser Weg bald zu einer gewaltigen Stärkung unseres Deutschland.«

Und so geschah es. Unmittelbar nach dem Gespräch mit Hitler vom 25. Juni faßten wir im Vorstand im Juli den Beschluß, daß das Benzin-Synthese-Ver-



... Gaskriegsgewinner in der Heimat: Sitzung der IG Farben in Leverkusen

fahren weitergeführt werden muß - koste es, was es wolle. (Unruhe) Unser Lohn war der Benzinvertrag, den ein Finanzgenie namens Schmitz, es war Hermann Schmitz (am Morgen war Vorstandsmitglied Ronaldo Schmitz als Finanzge-

nie gefeiert worden) -

Seefelder: Herr Köhler, ich muß Sie unterbrechen. ... Ihr Vortrag ist ein historischer

Köhler: Nein, er ist -

Seefelder: Sprechen Sie zur Sache, sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen. (Beifall)

Köhler: Ich spreche zur Sache. Wir haben bald unser 125jähriges Jubiläum und ich möchte vorsorglich -

Seefelder: Herr Köhler, das Jubiläum ist eine Sache des Jahres 1990-

Köhler: Eben! Wir müssen jetzt daran denken, die Festschrift für dieses Jahr zu erstellen, und deshalb müssen wir wichtige Daten, die bisher in der Geschichte unseres Unternehmens untergegangen sind, hier in Erinnerung bringen. Ich komme, ich bin in einer Minute am Schluß-

Seefelder: Herr Köhler, ich muß Sie darauf hinweisen, daß ich Ihnen bald das Wort entziehen werde, wenn Sie nicht zur Sache kommen.
Köhler: Ja, ich bin bei der Sache und ich komme zur Sache. (Beifall, vermutlich noch für Seefelder) Es war doch unser Problem damals 1933, wir hätten doch damals (Unruhe) viel lieber mit den demokratischen Politikern der Weimarer Republik den Benzinvertrag, der das Ergebnis dieses Gespräches war, abgeschlossen, aber da war ja keiner, der uns auf Dauer einen gesunden Benzinpreis garantieren konnte, keiner, auf den wir uns verlassen konnten - die Weimarer Republik ist an sich selbst zugrunde gegangen, und so sollten wir uns nicht scheuen, dieses Tages zu gedenken. (Zwischenrufe) Mit dem Mut zur Geschichte, der fortan unser Werk auszeichnen soll, müssen wir - ich appelliere an die Herren des Vorstands und des Aufsichtsrats - rechtzeitig zum 7. April 1991 (Unruhe) - es sind keine vier Jahre mehr - das 50-jährige Jubiläum des Werkes vorbereiten, das hier von Ludwigshafen aus gegründet wurde und das als ein »fester Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten« gedacht war: unser Werk in Auschwitz. (Unruhe)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. □

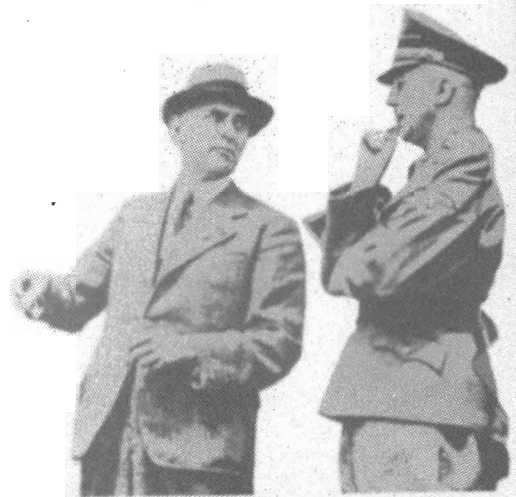


Interessengemeinschaft Auschwitz:
Menschenvernichtung als Industrie

Otto Köhler

... und heute die ganze Welt

Die Geschichte der IG Farben
BAYER, BASF und HOECHST



PapyRossaVerlag

BAYER in Japan

Seit Ende 1988 wird die BAYER-Aktie an einer der wichtigsten Drehscheiben des weltweiten Wertpapiermarktes, der Tokyo Stock Exchange, notiert. Inzwischen befinden sich rund 650.000 Aktien in den Händen japanischer Aktionäre. 14 Gesellschaften unterhält der Konzern in Japan derzeit, die mit etwa 3500 Beschäftigten 1989 einen Gesamtumsatz von 2,7 Mrd.DM und einen Gewinn von 112 Mio.DM erzielten. Die bedeuten

sten davon sind: BAYER YAKUHIN, LTD., das Pharmaprodukte für den Japanischen Markt produziert, davon das Herztherapeutikum ADALAT, das mehr als 50% des Gesamtumsatzes erzielt, sowie CI-PROBAY, MYCOSPOR und CANESTEN. 1988 erfolgte der Zusammenschluß mit CUTTER JAPAN, einer einstigen Tochtergesellschaft der MILES INC., USA, die ihrerseits eine 100% BAYER-Tochter ist. Die Zusammenarbeit erfolgt im pharma-

zeutischen Bereich. Geplant ist darüber hinaus ein Pharma-Forschungszentrum (Bauzeit 1992 bis Ende 2000) unter enger Zusammenarbeit mit den beiden Universitäten in Osaka und Kyoto. Die Kosten belaufen sich auf 200 Mio. DM.

BAYER JAPAN LTD. produziert Farbstoffe, Chemikalien, Kunstfasern sowie Veterinärprodukte. Angegliedert ist seit 1984 ein Vertriebszentrum, das zu 98% Produkte für den japanischen Markt ausliefert. Die MILES-SANKYO CO., LTD. produziert Diagnostica für klinische Tests. Die SUMITOMO BAYER URETHANE CO, LTD. fungiert als einer der wichtigsten Lieferanten von Polyurethan-Kunststoffen, vor allem für die japanische Autoindustrie. Die NIHON TOKUSHU NOYAKU SEIZO K.K. formuliert Pestizide wie: MONCEREN, BAYCOR sowie HINOCHLOA (ein Reisherbizid) und beliefert den gesamten asiatischen Raum. Angegliedert ist das BAYER-Pestizid-Forschungszentrum in Juki bei Tokyo. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die japanische Landwirtschaft bei der Verwendung von Pestiziden eine Spitzenstellung einnimmt. Je qkm Ackerland versprühen die Japaner 1500 kg Pestizide (Großbritannien 356 kg, Frankreich 274 kg, BRD 262 kg). (rg) □

Rang acht für BAYER

An der Spitze der Rangskala deutscher Chemiekonzerne tut sich weiterhin wenig. Nach einer in "Die Welt" veröffentlichten Liste der 500 umsatzgrößten deutschen Unternehmen aller Sparten stehen die drei Riesen BASF (Platz 6), HOECHST (7) und BAYER (8) mit annähernd gleichgroßen Umsätzen im vergangenen Geschäftsjahr nach wie vor unangefochten da. Erst auf Rang 44 folgt mit der HENKEL-Gruppe das nächste Chemie-Unternehmen, dessen 11,6 Mrd. DM Umsatz neben den 43,3 Milliarden von BAYER allerdings eher bescheiden anmuten. □

Vom Multi zum Globi

BAYER geht ab 1992 dazu über, entsprechend internationalen Gepflogenheiten, Jahresbilanzen und Hauptversammlungen vorzulegen. "Die Vorverlegung der Abschlußbilanz ist ein weiteres Anzeichen für die fortschreitende Globalisierung des BAYER-Konzerns", hieß es in der letzten Stichwort-Ausgabe (SWB 4/90, S. 10). Unlängst bezeichnete nun der Konzern eben diese Entwicklung selbst als Strategie hin zu einer "globale(n) Pu-

blikumsgesellschaft". Die Entwicklung der letzten Zeit bestätigt den Trend.

Heutzutage beträgt der Inlandsanteil des Konzernumsatzes lediglich 30%. Dabei befinden sich erst die Hälfte der 64 Mio. Aktien in ausländischer Hand. Die zunehmende Präsenz an internationalen Börsen leistet der fortschreitenden Globalisierung weiteren Vorschub. Nach erfolgreicher Einführung der Anteilsscheine an den Börsen von Mailand und Madrid ist BAYER bereits an 14 Plätzen vertreten. Als nächste Hürde gelte es, in New York zu landen. Noch stellt die Konzernbilanzierung nach EG-Vorschrift hier ein Hindernis dar. (ho) □

Dr. Dieter Becher neues Vorstandsmitglied

Der BAYER-Aufsichtsrat hat den Chemiker Dr. Dieter Becher, Jahrgang 1936, zum neuen Vorstandsmitglied des Konzerns bestellt. Damit wird die Mitgliedszahl dieses Leitungsgremiums von acht auf neun Personen erhöht.

Zuletzt leitete Dr. Becher den Geschäftsbereich Organica. Nach dem Erwerb von POLYSAR (SWB 4/90, S. 17) koordiniert er die Zusammenführung des kanadischen Kautschukriesens mit BAYER.

Wie BAYER mitteilt, wird Becher "im Vorstand Mitglied der Vorstandsausschüsse 'Forschung und Entwicklung' sowie 'Umweltschutz und Arbeitssicherheit' übernehmen. Zudem übernimmt er den Vorsitz der Zentralkommission Produktion." (ho) □

Marktführer bei Zitronensäure

Für die "BILD" war es eine sportliche Leistung: "Bayer-Konzern jetzt Zitronen-Weltmeister"! Immerhin 56 Millionen Britische Pfund lässt sich BAYER den Ausbau der weltweiten Marktführerschaft bei einem ihrer zahlreichen Produkte kosten. Wie das Unternehmen mitteilte, wird es von der französischen Rhone-Poulenc deren gesamte Zitronensäure-Produktion übernehmen und damit seine Produktionskapazität auf 150.000 Tonnen pro Jahr (jato) erhöhen. Auf dem Zitronensäure-Weltmarkt von 500.000 jato ist BAYER bereits größter Hersteller.

Der Kauf der Anlagen von Sturge in Selby, Yorkshire, Großbritannien verschafft BAYER erstmals auch in Europa Produktionsanlagen für Zitronensäure. Das

umgerechnet 168 Mio. DM teure Unternehmen wird BAYER in "Haarmann & Reimer Food Ingredients Division" umbenennen und bei der "Bayer UK Ltd." in den Konzern eingliedern. Die BAYER-Tochter Haarmann & Reimer stellt bereits in Brasilien, Mexiko, Kolumbien und den USA Zitronensäure her.

Das durch Fermentation biochemisch hergestellte Säuerungsmittel wird hauptsächlich in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie verwendet. Da Zitronensäure zudem auch in steigendem Maße als Phosphat-Ersatz in Waschmitteln eingesetzt wird, rechnet BAYER mit einem weltweit steigenden Verbrauch. Der Anteil der Leverkusener am Zitronensäure-Weltmarkt dürfte sich trotzdem nicht verringern, da die Produktion in Selby mit geringen Investitionen auf 36.000 jato gesteigert werden kann. (hm) □

Kunststoffe

BAYER-Kunststoff T E D U R Aus der Giftküche der Chlorchemie

Bei BAYER ANTWERPEN N.V. ist eine neue Produktionsanlage für den Hochleistungs-Kunststoff TEDUR angelaufen. Der harmlos anmutende Kunststoff enthält ein gefährliches Abfallprodukt.

TEDUR ist ein POLYPHENYLENSULFID, das chemikalienbeständig und flammwidrig ist und eine Dauertemperaturbeständigkeit bis 240 °C aufweist.

Ähnlich wie der BAYER-Massenkunststoff POLYURETHAN ist POLYPHENYLENSULFID ein Produkt der Chlorchemie, das jedoch selbst (bis auf Verunreinigungen) kein Chlor mehr enthält und damit vermutlich als problematisches Produkt nicht mehr zur Diskussion stehen soll. Rohstoffbasis von PPS ist Schwefelwasserstoff, Natronlauge und Para-Dichlorbenzol, das als Abfallprodukt bei der Produktion von Lösemitteln anfällt und ansonsten seine Verwendung in Form von Pinkelsteinen oder Mottenpulver als billigsten Weg der Entsorgung findet. Para-Dichlorbenzol müsste ohne Weiterverwendung als Sondermüll entsorgt werden, da es extrem schlecht abbaubar ist und sich daher ubiquitär nachweisen läßt. Bei Großstadtbewohnern wurde der Stoff sogar im Fettgewebe gefunden.

Langzeituntersuchungen über die Wirkung von Paradiichlorbenzol sind bisher unzureichend. (ef) □

Sport

Titelgewinn nur Nebensache

Mittelmaß ist verpönt. Wenn BAYER-Manager in Leverkusen die Etats für ihre Sportabteilungen festlegen, wird selten gekleckert, aber umso öfter geklotzt. Die Konkurrenz kann da nur staunen.

Dies gilt insbesondere für die Konzernsparte Basketball, deren Grundsatz "Auf nach Europa" mit ähnlicher Konsequenz verfolgt wird wie an den internationalen Finanzmärkten. Der Etat wurde auf "120 Prozent" gegenüber dem Vorjahr (Manager Reintjes: "Über Geld spricht man nicht") erhöht, die beiden überragenden Amerikaner Clinton Wheeler und Kannard Johnson für zwei bzw. drei Jahre verpflichtet. Spektakulärster Neueinkauf der Saison war Christian Welp, der nach drei Jahren US-Profiliga selbst lukrative Angebote aus Italien und Spanien ausschlug, um mit BAYER die Liga zu "bereichern". Denn der nationale Basketballtitel genügt den Werkssportlern nun endgültig nicht mehr. Die Europaliga - das erklärte Ziel - wurde im Oktober mit dem Sieg über den belgischen Meister Mechelen erreicht. Dieser größte Erfolg der Spartengeschichte hat

viele Väter, aber letztlich nur eine Ursache: Finanzkraft und Risikobereitschaft. Der schnöde Mammon schweißt die Spielgemeinschaft zusammen.

Mit der traditionsreichen BAYER-Familie und ihren Sportgemeinschaften hat das nicht mehr viel zu tun. In der Sparte "Fußball" scheint der Weg zum nationalen Thron etwas steiniger zu sein - trotz einer erklecklichen Anzahl von Neulingen: aktuelle Nationalspieler von Gnaden der Konzerntöchter (Brasilien, Korea), naturalisierte ausländische Profis und hochkarätige (ex-)DDR-Abwerbungen. Das spart sogenannte Ausländerplätze im BAYER-Team, ist durchaus finanzierbar und läßt sich in den Medien sogar als fußballerische "Hilfe zur Selbsthilfe" verkaufen. Diese Strategie würde im Wirtschaftsleben jedem Ökonomen alle Ehre machen; doch Sport ist nicht nur Kommerz. Erfolg läßt sich nicht einfach kaufen. Und: Jeder Markt hat seine eigenen Gesetze. Diese Erkenntnis umzusetzen hätten wir von Strengers Mannschaft allerdings wirklich erwartet. (uf) □

Tennissponsoring in UdSSR

Finanzielles Engagement im Sport zahlt sich aus. Kaum eine bessere Gelegenheit, das Firmenkreuz ins Rampenlicht der Medien zu katapultieren! Eine "Abteilung Sportwerbung" wurde eigens geschaffen, "den Sport für BAYER und seine Produkte stärker zu nutzen" (vgl. u. a. SWB 3/90 S.31/32).

Während die "westliche Welt" diesbezüglich nahezu lückenlos erschlossen worden ist, scheint BAYER in der Sowjetunion ein gewisses Defizit festzustellen. Hierfür jedenfalls spricht die Tatsache, daß der Konzern beim ersten offiziellen Tennisturnier der UdSSR vom 5. bis 11. November als Hauptsponsor aufgetreten ist. Allein an Preisgeldern sind über 300'000 US-Dollar vergeben worden.

Die Sportler kämpften um den werbewirksam getauften BAYER KREMLIN CUP. (ho) □

Ex-DDR

BAYER bezeichnet Ansprüche auf Ost-Betriebe als 'Ente'

Billig, attraktiv und preiswert !

BAYER dementiert Berichte, denen zufolge der Konzern Ansprüche auf alten IG FARBEN-Besitz in der ehemaligen DDR erhebt. Warum auch einen Streit vom Zaun brechen, wenn die Objekte der Begierde sich quasi aufdrängen, geschluckt zu werden?

Der LEUNA-Vorstand hatte das Ansinnen schärfstens zurückgewiesen. Will man unbestätigten Berichten Glauben schenken, so haben BAYER, HOECHST und BASF, Nachfolgesellschaften der berühmten IG FARBEN INDUSTRIE, beim Lanratsamt Merseburg einen Antrag auf Wiedereinverleibung ehemaliger Besitzgüter gestellt. Es handele sich um die Chemiebetriebe LEUNA und BUNA sowie um Unternehmen in Piesteritz, Wolfen und Bitterfeld.

Der Einigungsvertrag zwischen der Bundesregierung und der ehemaligen DDR jedoch schließt Ansprüche auf Grundstücke, die zwischen 1945 und 1949 enteignet worden sind, ausdrücklich aus. Doch vermag auch der zuständige Merseburger Landrat Wolfgang Janka nicht

abzuschätzen, ob hier nicht noch Rechtsunsicherheiten und Interpretationsspielraum bestehen. So meldet etwa die Nachfolgeorganisation des Blutkartells, die IG FARBEN IN ABWICKLUNG/Frankfurt, ebenfalls Ansprüche in Milliardenhöhe auf ehemalige Besitztümer an.

Doch auch ohne industrielle Wiedervereinigung ist der bevorstehende Ausverkauf bereits eingeläutet. Schon hat das Unternehmen seine Messepräsenz in Leipzig deutlich ausgebaut. Zur traditionellen Prestigeschau im Herbst treten der Umweltschutzmarkt, die Interpharm (Apothekenmesse) sowie die Bautech. Der BAYER-Vorstandsvorsitzende Hermann Josef Strenger erläutert eine alte Firmenphilosophie: "Wir werden nicht

zu spät kommen und echte, in unsere weltweite Strategie passende Chance wahrnehmen." Sonderangebote, so weit das Auge reicht! Selbst der Schönheitsfehler mit Namen "Altlasten" kann mittlerweile die Euphorie nicht mehr trüben. Eine Übernahme des Synthesewerkes SCHWARZHEIDE in Brandenburg durch die alte BAYER-Schwester aus braunen Zeiten, die BASF, praktiziert in leicht abgewandelter Form, was der "Bundesverband der Deutschen Industrie" (BDI) vor Monaten erst vorgedacht hat: Übernahmeverträge nämlich sollten nach BDI-Ansicht eine Pächterklausel enthalten, der zufolge der - verseuchte - Grundbesitz bei den östlichen "Partnern" verbliebe. Mit zunehmender Pleitenwelle jedoch, das wußte der BDI, würde schließlich der Staat einspringen. Im Fall BASF/SCHWARZHEIDE übernimmt nun die Bundesregierung die Verantwortung für die Altlasten - sogar ohne Konkurs. Erinnern wir uns: Noch vor kurzem hatte Strenger öffentlich eine gewisse - vorläufige, wie wir heute wissen - Zurückhal-

tung seines Konzerns hinsichtlich des Engagements in der ehemaligen DDR mit der Unsicherheit die Handhabung der Altlastenproblematik begründet. Nun hat sich das Jammern also ausgezahlt und der BAYER-Chef signalisierte Zuversicht auf der ersten Generalkonferenz der deutschen Wirtschaft, einberufen von Bundeskanzler Helmut Kohl Anfang Oktober dieses Jahres.

BAYER 2000

Schlechtere Bilanz - noch weniger Umweltschutz

Können wir nicht mehr so viel tun

Die bundesdeutsche Chemie befürchtet "drastische Ertragseinbrüche", hauptsächlich ausgelöst durch den Kursverfall des US-Dollars sowie steigende Ölpreise. So sank etwa der BAYER-Konzernumsatz im ersten Halbjahr 1990 (die Zahlen für das dritte Quartal lagen bis Redaktionsschluß noch nicht vor) um 3,7 % auf 21,8 Mrd. DM, der Gewinn um 5,0 % auf offiziell 1,02 Mrd. DM.

Während zu Zeiten, als BAYER noch besser als heute verdiente, kaum ein Tag vergangen ist, da hohe Manager gigantische Summen für den Umweltschutz in Aussicht stellten, heißt die Devise heute: Leiser treten! Vorstandler Ernst Heinrich Rohe: "Durch die jetzigen Rahmenbedingungen geraten wir in eine Situation, in der Geld

knapper wird." Investitionen in den Umweltschutz nämlich setzten "günstige konjunkturelle Rahmenbedingungen voraus, die wir in den zurückliegenden Jahren zweifellos hatten, die aber jetzt und in naher Zukunft deutlich ungünstiger zu werden scheinen. ... Ich kann nicht ausschließen, daß das Investitionsbudget in Zukunft kritischer betrachtet wird." Zwar wolle man sich bemühen, die gesetzlichen Vorschriften zu erreichen und einzuhalten, Eigeninitiativen, in der Vergangenheit stets zur Abwehr öffentlicher Kontrolle beschworen, stünden jedoch zur Disposition. Rohe: "Wir haben uns im Umweltschutz viel Selbstverpflichtungen auferlegt. Hier können wir nicht mehr so viel tun." (ho) □

Anzeige

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



* seit zwanzig Jahren kontinuierliche Berichterstattung über die Länder der Dritten Welt, Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung, Kampagnen, Ausländerpolitik ...

* Informationen über die Hintergründe und Zusammenhänge zwischen Politik hier und den Verhältnissen in der Dritten Welt

* Nachrichten zu Politik, Wirtschaft, Kultur, Rüstung ...

* gemacht von einer unabhängigen Gruppe kritischer und engagierter Leute

erscheint acht mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,- + 1,80 Porto
Bezug:
iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

- Bitte schick mir Eure Materialliste
 Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
 im Abonnement
 als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM 10,-
 in bar
 per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift



Leuna: eine Benzinfabrik mit Geschichte

"Wir freuen uns auf Deutschland", frohlockte Friedrich Hujer, Sprecher der BAYER-Tochter AGFA GEVAERT aus Anlaß der PHOTOKINA 90. "Wir in Leverkusen freuen uns auf einem neuen Abschnitt unserer Unternehmensgeschichte", leutete er die Bekanntgabe der Kooperation - im Vorfeld einer Übernahme? - mit der JENAOPTIK CARL ZEISS JENA GmbH ein. AGFA, europaweit führendes Unternehmen seiner Branche, wird auf dem Jenaer Betriebsgelände eine Produktionsstätte für Fotolaborgeräte errichten.

Doch damit nicht genug. Zum Einkauf in der ehemaligen DDR sind fünf weitere Projekte "in die engere Wahl" gekommen (vgl SWB 3/90 S. 25 u. SWB 4/90 S. 22). Bei Fasern plant BAYER den Erwerb der ELASTAN-Faserproduktion der SÄCHSISCHEN KUNSTSEIDEN in Pirna, bei Organica die Übernahme des Ionenaustauscherbereiches der Chemie im Bitterfeld-Wolfen. Pigmente und Keramik sollen durch ein Engagement bei der zur LAUFAG gehörenden KAU-CHEMIE in Berlin ergänzt werden. Die Garnveredelungswerke des Leverkusener Stammtaus wollen die Leineweiler Textilwerke übernehmen. Zudem gedenkt die Mannheimer BAYER-Tochter RHEIN-CHEMIE RHEINLAU die Sparte Schmieröl-Additive des HYDRIERWERKES ZEITZ erwerben. (ho) □

Zu Besuch bei Marianne Hürten, für die Grünen im NRW-Landtag

Organisiertes Vollzugsdefizit und Pyromanie im Land

Marianne Hürten sitzt für Die Grünen im Düsseldorfer Landtag. Zugleich ist sie Betriebsratsangehörige bei BAYER in Leverkusen. Als Mitbegründerin der oppositionellen 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' hat sie dem Konzern wie auch der IG CHEMIE einiges an Kopfzerbrechen bereitet. Ob die Belegschaft nun eine Stimme im Landtag hat und vieles andere mehr wollte Stichtwort-Redakteur Hubert Ostendorf bei einem Besuch in ihrem AbgeordnetInnenbüro wissen.

Stichtwort: Marianne, Die Grünen NRW haben endlich den Sprung in den Landtag geschafft. Gibt es überhaupt Möglichkeiten der Profilierung grüner Politik angesichts einer sich fortschrittlich gebenden SPD?

Marianne Hürten: Natürlich glauben wir, daß es da Möglichkeiten gibt: Anträge, Vorschläge, Beiträge im Plenum und den Ausschüssen, Anträge zu aktuellen Stunden und ähnliches. Dadurch können wir die Debatte zu wichtigen Themen erzwingen. Ein großes Problem ist das Herantragen unserer Arbeit an die Öffentlichkeit. Denn die Presse hier in Nordrhein-Westfalen ist doch stark ein Sprachrohr der SPD-Landesregierung. Das stellt natürlich ein Problem für uns dar.

Stichtwort: Aber Ministerpräsident Rau hat ja wohl auch eine besondere Gabe, seine Politik zu verkaufen, oder?

Marianne Hürten: Er bemüht sich redlich, bleibt aber bei allgemeinen Verlautbarungen stehen. In der Praxis jedoch ist hier ökologische Politik nicht erkennbar. Nehmen wir nur das Beispiel Müllverbrennung, das ja im Wahlkampf auch eine wichtige Rolle gespielt hat. Hier stand Umweltminister Mathiesen als Pyromane des Landes dar, der NRW mit Verbrennungsanlagen geradezu überziehen will. Daß wir Grünen da energisch gesagt haben, daß das nicht der richtige Weg sei, hat ja wohl auch mit dazu geführt, daß wir die Fürstprozent-Hürde geschafft haben. Wir haben beschlossen, daß die Auseinandersetzung mit der Abfallpolitik wesentlicher politischer Schwerpunkt im ersten Jahr sein wird.

Stichtwort: NRW hat vermutlich die höchste Chemiesdichte der Welt überhaupt. Mathiesen will das Land gewissermaßen zum Musterlande machen. In puncto Umweltschutz und gerade was das

Problem der Müllverbrennung angeht, bedient er sich dabei so mancher Ansicht, die auch BAYER lauthals verkündet. Wen wundert da, daß auch BAYER die Verbrennung forciert. Aber mal ehrlich: Gibt es angesichts steigender Müllberge überhaupt eine Alternative?

Marianne Hürten: Die ganze Abfallpolitik aber auch die Produktion selbst müssen verändert werden. Alle gängigen Konzepte sind ja schlicht nachsorgeorientiert. Es reicht nicht über knapper werdenden Deponieraum zu jammern. Die Frage ist doch: Wie läßt sich mit möglichst geringem Abfallvorkommen produzieren, wie müssen Produktionsverfahren umgestellt werden, sodaß weniger Müll entsteht und die Produkte schadstofffrei sind? Und weiter: Wie ist es möglich, Abfälle, die sich nicht vermeiden lassen, wieder zu verwerten? Verbrennung und Verwertung schließen sich gegenseitig aus.

Stichtwort: Gibt es ein Thema, das der grünen Landtagsfraktion derzeit besonders auf den Nägeln brennt?

Marianne Hürten: Ja. Die Gewerbeaufsichtsämter, die bisher Immissionschutz und Arbeitsschutz unter einem Dach betrieben haben, sollen in diese beiden Bereiche aufgespalten und entsprechend umbenannt werden. Dabei sagen alle Fachleute: Emissionsschutz und Arbeitsschutz gehören zusammen. Umweltschutz muß am Arbeitsplatz beginnen, das läßt sich überhaupt nicht trennen. Aber die Landesregierung kann das trennen, ohne daß damit eine Verdoppelung des Personals verbunden wäre. Diese Pläne nehmen das, wie wir sagen, "organisierte Vollzugsdefizit" in Kauf. Die Aufsichtsbehörden sind doch heute bereits personell und materiell stief-

kindlich ausgestattet. Die neue Regelung läßt den Beamtinnen und Beamten noch weniger Zeit, in den Betrieben vor Ort nach dem Rechten zu sehen. Die Industrie wird sich darüber freuen. Die Grünen haben einen Antrag gestellt, der eine Neuordnung verhindern soll. Zunächst einmal müssen wir jetzt die Notbremse ziehen. Im zweiten Schritt müssen wir in den Ausschüssen darüber reden, wie eine Gewerbeaufsicht eigentlich aussehen muß, die ihren Aufgaben gerecht werden kann. Stellenaufstockung haben wir ja im Grunde schon immer gefordert. Das hatten wir auch bei den letzten Nachtragshaltsdebatten eingebracht. Aber das allein reicht noch nicht. Es muß auch gründlich darüber diskutiert werden, wie der ganze Aufbau angesichts neuer Probleme, wie zum Beispiel gentechnische Anlagen, verändert werden kann.

Stichtwort: Marianne, Du hast Dir als oppositionelle Betriebsrätin bei BAYER einen Namen gemacht und zusammen mit den 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' Pionierarbeit geleistet. Hat die Belegschaft nun eine Stimme im Landtag?

Marianne Hürten: Die Kolleginnen und Kollegen haben mich ja zunächst einmal in den Betriebsrat gewählt. Die beiden Wahlen, Betriebsrat und Landtag, lagen zeitlich relativ nahe beieinander. Wir haben in unserer Gruppe diskutiert und man war der Meinung, ich solle beide Mandate wahrnehmen. Ich habe deshalb eine der unserer Gruppe zufallenden Freistellungen erhalten. Die Betriebsratsarbeit ist für mich als Landtagsabgeordnete auch ein Stück Basisanbindung. So hoffe ich, praktische Erkenntnisse von sog. normal arbeitenden Menschen mit in den Landtag einbringen zu können. Meine Betriebsrats- und Gewerkschaftspolitik sehe ich somit als sinnvolle Ergänzung zu meiner neuen Tätigkeit an.

Ich bin zum Beispiel in unserer Fraktion für die Frauenpolitik zuständig, bin also frauenpolitische Sprecherin. Die Probleme der Frauen am Arbeitsplatz sind ja auch gesamtgesellschaftliche Probleme, die einer gewerkschaftlichen und politischen Antwort bedürfen.

Stichtwort: Wie lautet Deine Hauptforderung für Frauen im NRW?

Marianne Hürten: Frauen haben ein Recht auf eigenständige Existenzsicherung. Dazu gehört einerseits der Zugang zu Erwerbsarbeitsplätzen aber auch, daß Frauen, die sich der Kindererziehung widmen, adäquat leben können. So geht es nicht an, daß gerade Alleinerziehende häufig zu den Armen unserer Gesellschaft zählen.

Stichwort: Läßt sich das BAYER-Modell, wonach Frauen und auch Männer sich bis zu sieben Jahren beurlauben lassen können, unter Gewährung einer Arbeitsplatzgarantie, als Ideal für alle Betriebe propagieren?

Marianne Hürten: Das wäre sicherlich schon ein kleiner Fortschritt. Wobei gesagt werden muß, daß BAYER durchaus Eigeninteressen an diesem Modell hat, Stichwort: knapper werdende Facharbeitskräfte. Das Ziel aller Wünsche ist dieses Modell aber keineswegs. Das Problem bei dieser Form von Freistellung ist nämlich, daß es keine Finanzierung dafür gibt.

Normal Arbeitende können sich das nicht leisten. Deswegen wollen wir, daß Freistellungen auch mit Lohnersatzleistungen einhergehen.

Stichwort: Stellt sich die Frage: Wer soll das bezahlen?

Marianne Hürten: Kindererziehung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, d. h., bei der Finanzierung ist auch die Wirtschaft gefordert.

Stichwort: Ein heißdiskutiertes Thema in den fünf bundesdeutschen BAYER-Werken ist neben der Tarifpolitik das neue sog. Vollkonti-Schichtsystem. Geht es nach dem Willen der Betriebsleitungen - und die angepaßten Betriebsräte um den Vorsitzenden Laux werden wohl kaum nennenswerte Einwände vorbringen - dann sollen demnächst über 10'000 Kolleginnen und Kollegen rund um die Uhr arbeiten. Was sagst Du als Betriebsrätin und Politikerin dazu?

Marianne Hürten: Rund um die Uhr arbeitet ja leider ein großer Teil der Beschäftigten schon lange. Mit dem neuen Schichtsystem soll der Schicht-Rhythmus verändert werden. Das liegt vor allem im Interesse des Betriebes. Denn die Arbeit wird noch weiter flexibilisiert. Ausfälle durch Urlaub und Krankheit etwa sollen so leichter ausgeglichen werden.

Es gibt, glaube ich, nichts im Betrieb, das in letzter Zeit umstrittener war, als dieses Schichtsystem. Kritisiert wird vor allem die Urlaubsregelung. Durch Verrechnung von Urlaubstagen wird die von BAYER propagierte Arbeitszeitverkürzung zum Teil wieder zunichte gemacht. Das nenne ich: Kolleginnen und Kollegen hinter's Licht führen.

Stichwort: Aber BAYER verkauft doch dieses neue Schichtmodell unter dem Deckmantel "Humanisierung der Ar-

beit" und läßt sich das sogar noch wissenschaftlich-arbeitsmedizinisch absi-

Stelle noch zu sparen wäre. Manchmal wundere ich mich, daß überhaupt noch



"Es ist ja nichts neues, daß BAYER Sozialleistungen reduziert" chern.

Foto: H. Ostendorf

Marianne Hürten: Humanisierung zielt ja auch auf Arbeitszeitverkürzung ab. Durch die schon erwähnte Verrechnung der Urlaubstage und die Flexibilisierung ist davon kaum was zu spüren. Nehmen wir die Nachtschichten. BAYER argumentiert, die Anzahl der an einem Stück zu arbeitenden Nächte verringere sich. Entscheidend ist aber auch, daß größere Freizeitblöcke hinter den Nachtschichtblöcken sein müßten. Das neue Schichtsystem zerstückt die Freizeit. Nachtarbeit läßt sich an sich nicht humanisieren.

Stichwort: Die Stelle des ausgeschiedenen Direktors für das Sozialwesen bei BAYER, Helmut Salomon, ist nicht neu besetzt worden, die Abteilung in "Mitarbeiterdienste" umbenannt worden. Sozialabbau bei BAYER?

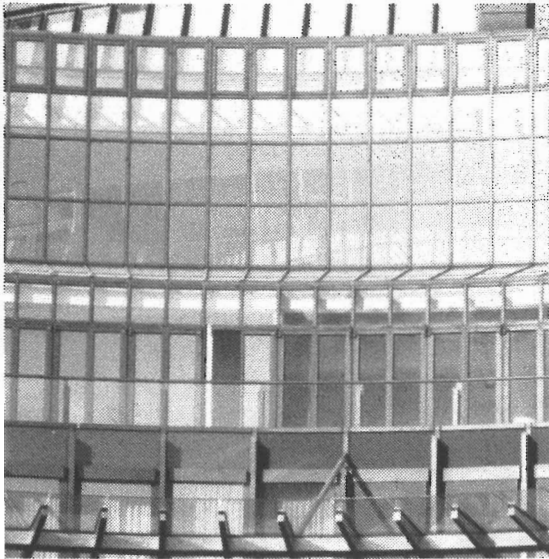
Marianne Hürten: Es ist ja nichts neues, daß BAYER Sozialleistungen reduziert. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder kritisiert. BAYER betreibt in der Tat eine Sparpolitik, die mit dem wirtschaftlichen Ergebnis des Unternehmens in überhaupt keinem Verhältnis steht. Man sucht relativ gezielt danach - auch im Zusammenhang mit dem Umbau entsprechender Abteilungen - an welcher

was da ist, das abzubauen ist.

Stichwort: Der Chefjustitiar von BAYER, Jürgen Schwericke, sichert den BAYER-Einfluß im Landtag und seiner Fraktion, der CDU. Gibt es angesichts einmal unterstellter konträrer Auffassungen zwischen Schwericke und Hürten Auseinandersetzungen im Landtag?

Marianne Hürten: Ich bin ihm bisher direkt noch nicht begegnet, außer daß ich ihn ab und zu so schräg links von mir im





Landtag in NRW: Heiße Debatten im Glaskasten Plenum sitzen sehe. Wir haben auch keine gemeinsamen Ausschüssen.

Foto: H. Ostendorf

Schwericke sitzt übrigens im Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstand, wobei er ironischerweise für sich in Anspruch nimmt, den Mittelstand zu vertreten, zu dem seine Firma ja nun tatsächlich nicht zählt. Im Plenum hat er bisher noch nicht gesprochen.

Stichwort: Über 64'000 Kolleginnen und Kollegen in NRW arbeiten direkt bei BAYER. Unzählige weitere Menschen sind indirekt von BAYER abhängig. Hat ein kritischer Umgang mit dem Konzern, wie Du ihn betreibst, überhaupt Chancen, die Köpfe und Herzen der Menschen zu erreichen?

Marianne Hürten: Ich hoffe es! Solange ich die Hoffnung habe, kann ich daran noch arbeiten. Ich sehe allerdings, daß es hier auf Landtagebene ungleich schwieriger ist, als im Betrieb.

Stichwort: Weil die unmittelbare Betroffenheit fehlt?

Marianne Hürten: Das ist sicherlich ein wesentlicher Faktor.

Stichwort: Die Bundes-Grünen tun sich, so scheint es, schwer, chemiepolitisches Profil zu entwickeln. Was glaubst Du: Wird die NRW-Fraktion der Grünen es schaffen, bis, sagen wir, Ende der Legislaturperiode, Konzepte für eine sanftere Chemie im Land vorzulegen?

Marianne Hürten: Nach der Sommerpause soll das Thema Chemiepolitik stärker in den Vordergrund rücken. An den Anfang stellen wollen wir nach jetzigen Überlegungen Begehren hinsichtlich Datentransparenz für die Öffentlichkeit. Wir haben uns vor kurzem erst mit einem Vertreter der US-Umweltbewegung darüber ausgetauscht.

Die Unternehmen sollen verpflichtet werden, Daten über alle Einleitungen zu veröffentlichen und zwar unter öffentlicher Kontrolle. Informationen sind Grundlage für ein Konzept der sanften Chemie, von daher müßten solche Informationsrechte als erstes verankert werden. Beim

Umbau der chemischen Industrie sind meiner Meinung nach vorrangig das Problem der Chlorchemie und der wahnsinnige Mengenumsatz anzugehen.

Stichwort: Du hast da ein wichtiges Stichwort genannt: Umbau. Da nicht für jedes giftige Produkt umweltfreundliche Alternativen denkbar sind, läuft Umbau ja wohl auch auf Verzicht hinaus. Läßt sich das gesellschaftspolitisch durchsetzen?

Marianne Hürten: Ich will das noch um einen Aspekt erweitern. Bei dem Problem der Alternativen stellt sich doch auch die Frage, ob sie unbedingt aus dem Bereich der chemischen Industrie kommen müssen. Der Biolandbau etwa verzichtet gänzlich auf Agrargifte. Im Bereich der Verpackungsmittelindustrie

zum Beispiel denke ich, um auf Deine Frage einzugehen, ist die Bereitschaft zum Verzicht sicherlich sehr groß. Überhaupt denke ich, daß mit fortschreitender ökologischer Krise die Menschen immer bewußter konsumieren werden.

Stichwort: Deutschland ist wieder vereinigt. Während die Konzerne den Kuchen unter sich aufteilen, erstickt die ehemalige DDR im Chemiedunst. Das Diktat der Arbeitsplatzsicherung scheint nahezu jeden Preis wert zu sein. Siehst Du Mittel, BAYER und andere Unternehmen zu mehr Umweltschutz zu bewegen?

Marianne Hürten: Wir fordern die Anwendung des Verursacherprinzips. Das heißt, daß sowohl die Unternehmen bzw. der Staat, als auch die ehemaligen Betreiber, wie etwa die IG FARBEN INDUSTRIE, der ja auch BAYER angehörte, für Hinterlassenschaften aus der Zeit des zweiten Weltkrieges zahlen müssen. Läßt sich ein Verursacher nicht mehr ausmachen, müssen Fonds einsetzen.

Stichwort: Wer soll darin einzahlen?

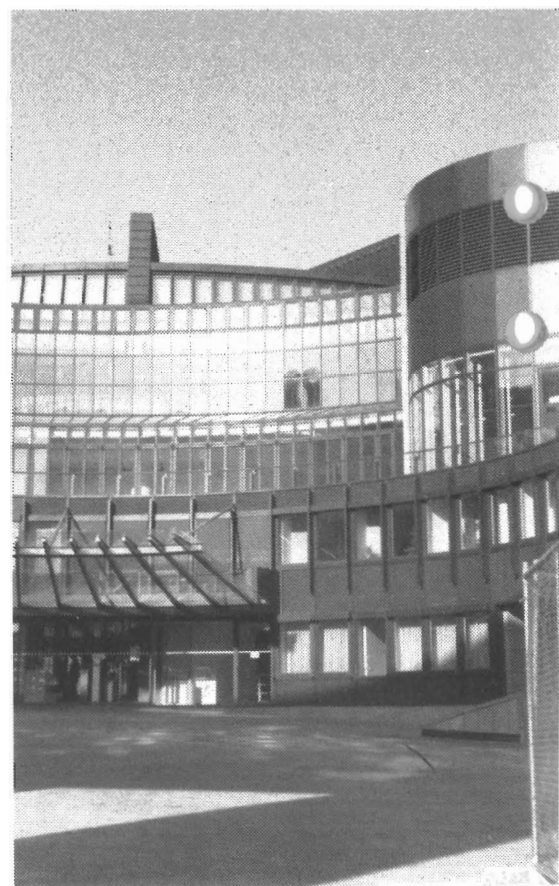
Marianne Hürten: Die heutigen Schadstoffproduzenten entsprechend ihrer Umweltbelastung. Die Bundestagsfraktion fordert hier ja Ökosteuern.

In NRW gibt es einen Altlastenfonds, der allerdings so bescheiden ist, daß sich davon keine Altlastensanierung finanzieren läßt. Der müßte auch durch die Schadstoffproduzenten aufgestockt werden.

Stichwort: Marianne, herzlichen Dank für das Gespräch.



"Die Unternehmen sollen verpflichtet werden ..."



Die Landesregierung wolle die Gewerbeaufsicht schwächen.

Wissenschaft/Forschung

Forschung und Entwicklung wird ins Ausland verlagert

In einer aktuellen Umfrage der Zeitschrift "highTech" rechtfertigt BAYER-Vorstandsvorsitzender Strenger die Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten im Pharma- und Pestizidbereich in die USA und Japan mit den Worten: "Um als internationales Unternehmen wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir auch unsere Forschung und Entwicklung weltweit ausrichten. Das hat aber nichts mit einer Flucht aus der Bundesrepublik Deutschland zu tun." Etwa 40% aller Forschungsvorhaben des BAYER-Konzerns werden mittlerweile im Ausland durchgeführt. So wurden in die beiden Hauptforschungseinrichtungen, die der Konzern in den USA unterhält, die Molecular Therapeutics Inc. und das Molecular Diagnostics Institute, gerade weitere 100 Millionen DM investiert. Ihre Kapazität soll bis 1992 noch einmal verdoppelt werden. "Wer heute in diesen Technologien den Ton angeben will", so Strenger weiter, "muß das große Forschungspotential in den USA für sich erschließen." Wie lange der Konzern aber noch ohne Behinderung durch Tierschutz- und Gentechnik-Gesetze in der bisher als gentechnische Freihandelszone gepriesenen USA forschen und produzieren kann, wird zunehmend fragwürdiger. Denn auch in den USA wird der Ruf nach gesetzlichen Beschränkungen endlich unhörbar lauter. (rg) □

Buchbesprechungen

Tödlich böses Blut

Aktionärshauptversammlung 1989 des BAYER-Konzerns in Köln. Der Redebeitrag eines kritischen Aktionäres wird abgebrochen. Er wollte die Herren Vorstände der Inkaufnahme von Krankheit und Tod aus geschäftlichen Interessen anklagen. Die Verantwortlichen schenken ihm kein Gehör. Umso wichtiger, keine Gelegenheit auszulassen, über die Opfer zu berichten.

Nach spektakulärer Ausstrahlung im deutschen Fernsehen endlich als Buch, um viele Fakten und Dokument erweitert, erhältlich: "Böses Blut" ist die Geschichte eines Medizinskandales, dem tausende von Menschen zum Opfer fiel.

Durch Plasmaproducte AIDS-verseucht, leiden sie und ihre Familien an den Folgen dieser tödlichen Krankheit. Verdient an dem Deal hat eine internationale Cilque aus Industrie, Ärzten, Institutionen und Behandlungszentren. Die zuständigen Behörden in den USA und der Bundesrepublik, frühzeitig alarmiert, drückten wieder einmal beide Augen zu.

Das moralisch-ethische an den blutigen Geschäften wird umso größer, als bewiesen werden kann, daß beteiligte Firmen, darunter eine amerikanische Tochter des BAYER-Konzerns seit 1983 bekannte Maßnahmen zur Eindämmung der AIDS-Epidemie unter den betroffenen Bluterkranken wirksam hätte eindämmen können (SWB berichtete vielfach). (ho)

Egmond R. Koch, Böses Blut,
304 S., DM 28,- □

Pillen gegen Armut ?

Im Grunde nichts Neues. Wer die Veröffentlichungen und Aktionen des 'Bundeskongresses entwicklungspolitischer Arbeitsgruppen' (BUKO-Pharmakampagne) regelmäßig mitverfolgt, weiß, daß BAYER etwa den indischen Markt mit dem nutzlosen wie gefährlichen Prä-

parat BAYER-TONIC, von der indischen Ärztin Mira Shiva als "Pharmamüll" bezeichnet, überschwemmt oder auf den Philippinen für das Antibiotikum CIPROBAY irreführende Werbekampagnen führt.

Dennoch: Der in Zusammenarbeit mit "medico international" herausgegebene Reader bietet selbst für Insider eine hervorragende Zusammenschau der wesentlichen Aspekte zu den Themen Gesundheit und Dritte Welt. Fachlich überaus kompetent und dabei reich mit Graphiken und Bildern bestückt, verliert das Werk zu keiner Zeit die politischen Rahmenbedingungen, die Pharmamultis für sich rücksichtslos zu nutzen wissen, aus den Augen.

Bei vielen Krankheiten können Medikamente helfen ..., doch solange die krankheitsauslösenden Ursachen bestehen bleiben, sind sie nur Teil eines Teufelskreises.

Die bundesdeutsche Pharmaindustrie ist eine der Hauptexporteure in die Dritte Welt. Ihre Geschäftspraktiken ignorieren nicht nur diese Zusammenhänge, sondern tragen überdies noch zu einer Verschlechterung der Situation bei... (ho)

BUKO-Pharmakampagne/medico international, Pillen heilen keine Armut, 80 A 4-S., DM 8,- + Porto
Bezug: BUKO 0521/60550 □

APPELL GEGEN DIE PATENTIERUNG VON LEBEWESSEN

Bereits im Jahr 1980 urteilte ein US-amerikanisches Gericht, daß "alles unter der Sonne, was von Menschenhand geschaffen wurde" patentiert werden könne. Am 13. April 1988 wurde in den Vereinigten Staaten das erste Patent auf ein lebendes Tier eingetragen: eine gentechnisch manipulierte Maus, eigens dazu "konstruiert", an Krebs zu erkranken.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft will, daß lebende Organismen auch in Europa patentiert werden können. Selbst die Patentierung von "Teilen des menschlichen Körpers" soll möglich werden. Damit beugt sie sich dem Druck der Gentechnik-Industrie, deren Investitionen sich nur lohnen, wenn sie nachher auch Eigentumsrechte an den manipulierten, "verbesserten" Zellen, Gewebeproben, Pflanzen oder Tieren besitzt.

Die Patentierung von Lebewesen hätte tiefgreifende Folgen:

- Lebensformen würden zu "Erfindungen" und zum Eigentum großer Konzerne werden. ZüchterInnen müßten für ihre Arbeit Genehmigungen der Patentinhaber einholen und Lizenzgebühren entrichten. Bauern und Bäuerinnen dürften ihre eigene Ernte nicht mehr als neues Saatgut verwenden, denn die Ansprüche der neuen Eigentümer würden sich auf alle Nachkommen einer Pflanze oder eines Tieres beziehen.

- Die genetische Vielfalt hat ihren Ursprung weitgehend in den Ländern der Dritten Welt. Jahrtausendlang haben dort Bauern und Bäuerinnen die Grundlagen unserer Ernährung gepflegt und weiterentwickelt. Mit der Patentierung wären die Menschen der Dritten Welt gezwungen, die Ernährungsgrundlagen, die sie selbst mitgeschaffen haben, als "lebende Materie" zurückzukaufen.

- Wenn Leben zum Eigentum wird, erreicht die ohnehin schon fragwürdige Beziehung zwischen Mensch und Natur eine neue, erschreckende Dimension. Schon jetzt wird die Integrität des Lebendigen, zu dem auch wir gehören, vielfach verneint, verletzt und mißachtet, doch:

Die Patentierung ist der Ausverkauf des Lebens selbst!

Darum sagen wir NEIN zur Patentierung von Lebewesen

MitträgerInnen der Kampagne sind: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL); Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin (AKKT); Arbeitsgemeinschaft Jüdische Welt (ASW); Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKEP); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BEU); AK Bio- und Gentechnologie des BUND; BUNDjugend; Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen - Agrarkoordination (BUKO-Agrar); Coordination gegen Bayer-Gefahren; Deutscher Tierschutzbund; Dritte Welt Haus Bielefeld; Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering (FNRRAGE); Gen-Archiv Essen; Gen-ethisches Netzwerk (GeN); Göttinger Arbeitskreis gegen Gentechnologie; Juso Hochschulgruppen; Katholische Landjugendbewegung (KLJB); Öko-Institut Freiburg/Darmstadt; Ökologischer Ärztebund; Ökumenische Initiative Eine Welt; Pestizid Aktions Netzwerk (PAN); Sehering Aktions-Netzwerk (SCHAN); Stiftung Ökologischer Landbau; Umweltinstitut München; Verein Partnerschaft 3. Welt e.V.

Gen-ethisches Netzwerk e.V. Winterfeldtstr. 3 1000 Berlin 30

Zur Unterstützung bitten wir um Spenden auf das GeN-Kampagnenkonto Nr.: 4521 13-106, PGA Berlin-West, BLZ 100 100 10

Das Allerletzte

"...ganz besonders hinterhältig"

Erwin Stroh, Geschäftsführer der IG Chemie in Wuppertal, kann "nicht in Frieden leben". Kritische Mitglieder seiner Organisation im Wuppertaler BAYER-Werk, darunter der Kollege Franz, machen ihm zu schaffen. Zum Ansinnen dieser "Gruppe", die Vertrauensleutewahlen anzufechten, heißt es im 'IG-Chemie-Report', einer äußerlich dem 'BAYER-aktuell'-Info erstaunlich ähnlich sehenden Schrift: "... Darum ist es ganz besonders hinterhältig, das Wahlverfahren ... aus sicherer Distanz zu beobachten und nach gelaufener Wahl zum Protest zu blasen und Wahlbetrug zu unterstellen, offenbar ist die 'Gruppe Franz und ähnliche' mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Es scheint, sie hätten am liebsten wieder unter sich die Positionen ausgekegelt. ..."

Erst unmittelbar vor Drucklegung erreichte uns eine Presseerklärung der betroffenen KollegInnen, die wir im folgenden auszugsweise dokumentieren. (Bzgl. der Ungereimtheiten beim Ablauf der Wahl bitten wir, den Artikel "Gezielte Einflußnahme" auf S. 6 dieses Heftes zu beachten.)

"Zu viele Ungereimtheiten haben nahezu 200 Gewerkschaftsmitglieder bei der BAYER AG in Wuppertal veranlaßt, die ... Vertrauensleutewahlen beim Hauptvorstand der IG Chemie anzufechten. Schon vor Ablauf der Wahlfrist sahen sie sich zu diesem Protest gezwungen, da Wahlkreise zielgerichtet verändert worden waren, vorgeschlagene Kandidaten nicht auf den Stimmzetteln erschienen, die Vertrauensleuteführung gänzlich aus dem Wahlvorstand herausgehalten worden war, durch die Form der Briefwahl unnötige Kosten verursacht und eine wachsame Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde.

Als die ersten Wahlergebnisse bekannt wurden, war das Entsetzen bei den Mitgliedern komplett. So sollten in mehreren Wahlkreisen Kandidaten als gewählt gelten, die, nachweisbar dokumentiert, auf keinen Fall die Stimmenmehrheit ... erhalten hatten. Die Kolleginnen und Kollegen in den ... Abteilungen sprechen offen von Wahlbetrug und von Verhältnissen, schlimmer als in der ehemaligen DDR und verlangen Neuwahlen unter öffentlicher Kontrolle. Betroffen von diesen Ereignissen sind ausschließlich aktive, 'unbequeme' Kandidatinnen und Kandidaten, die jetzt anscheinend gemäßigeren Platz machen sollen. ..."



h
Die Prozeß(fr)ansels

So sieht der 'IG Chemie-Report' vom 14.11.90 die KollegInnen von BAYER in Wuppertal.

**DRITTE
WELT**



Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr.10/Oktober 1990

Persischer Golf

Für Bush in den Golfkrieg? ■ Kein Ausweg aus der Kuwaitkrise? ■ Irak-BRD: Illegale Giftgasgeschäfte ■ Aufruf zu einer gewaltfreien Lösung der Golfkrise ■ Mongolei: Votum für Erneuerung ■ Südafrika: Krieg gegen Verhandlungen ■ Außerdem: Vietnam, Uruguay, Türkei

Nr.11-12/Nov.-Dez. 1990

Sozialistische Orientierung

Ein Revolutionsmodell steckt in der Krise ■ Abschied Benins vom Sozialismus ■ Persischer Golf: Innenansichten aus dem Irak ■ Weltkindergipfel ■ Kambodscha: Vereinbarungen von New York und Jakarta ■ Außerdem: Südafrika, Chile, Weltwirtschaft, 40 Seiten, 4,50 DM
Probeabo: 3 Hefte für 10 DM; keine automatische Verlängerung
Jahresabo: 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Ich möchte

- ein DRITTE WELT Probeabo (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)
- ein DRITTE WELT Jahresabo

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift